

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

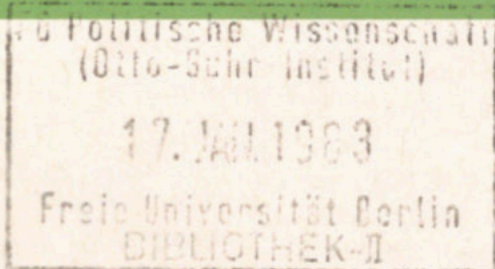
GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, Januar 1983

Einzelpreis 4,— DM

XXIII. Jahrgang

D 3476 E



Zwei Hauptfragen bewegen im neuen Jahr die arbeitenden Menschen unseres Landes: die Sicherung des Friedens und die Verteidigung des Lebensstandards. Die Gewerkschaften haben dazu seit langem Konzepte und Forderungen entwickelt. Von den verantwortlichen Politikern konnte man zum Jahreswechsel jedoch nur nichtssagende Sprüche vernehmen. In Kontinuität zu Helmut Schmidts „Mut zur Zukunft“ forderte Helmut Kohl in seiner Neujahrsansprache „Mut und Zuversicht“. Die Wiederbelebung der Wirtschaft erfordere „das Opfer aller“. Bundespräsident Carstens, der Mann, der Weihnachten sprach, lobte gar die „Opferbereitschaft“, die er angeblich festgestellt hatte. Der Kurs zur Absenkung des Lebensstandards, damit die Unternehmer-Profitspannen wieder größer werden, soll also weitergesteuert werden.

Dabei schlagen die Herrschenden in allen Bereichen zu: in der staatlichen Sozialpolitik mit dem Abbau von Leistungen, in der Tarifpolitik mit Druck auf das Lohn- und Gehaltsniveau und in den Betrieben mit Verringerung übertariflicher Zahlungen und sozialer Einrichtungen. Das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem

beweist wieder einmal in seiner langen Geschichte die Unfähigkeit zur dauerhaften Sicherung des Erreichten und von der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung Er kämpften. Neben den sozialen Kampf zur Verteidigung des materiellen Lebensstandards tritt darum immer stärker die Notwendigkeit des Kampfes um demokratische Umgestaltungen der Gesellschaft. Aber alles das ist mit Kanzlergesprächen und Unternehmertreffs des DGB nicht zu bewerkstelligen. Es bedarf vielmehr einer an Umfang und Entschlossenheit noch nicht dagewesenen Massenbewegung der Arbeitenden und der Gewerkschaften.

1983 ganz vorn: Kampf um Frieden und Arbeit

ter. Dasselbe gilt für die Sicherung des Friedens, für die Beendigung des atomaren Wettrüstens als der wichtigsten Voraussetzung für ein sinnvolles Leben. Darum ist es so notwendig, die gewerkschaftliche Kraft in die Waagschale zu werfen für die Verhinderung der für dieses Jahr vorgesehenen Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen, die der Beginn für eine neue, infernalische Runde des Wettrüstens wäre, deren Ende nicht kalkulierbar ist. Was hatte der Bundespräsident dazu zu sagen? „Wir alle suchen nach Wegen zur Verminderung der Spannungen, vor allem zur Verminderung der Rüstung.“

Es besteht die reale Gefahr, daß der Bundespräsident und sein Kanzler in dem Wald der sowjetischen Abrüstungsvorschläge weder Wege noch Bäume finden. Die postwendende Ablehnung der von Juri Andropow vorgetragenen neuen Vorschläge zum beiderseitigen Raketenabbau ist die Reaktion derjenigen, die um jeden Preis — egal, was die Sowjetunion tut oder nicht tut — weiterrüsten wollen. Allerdings geraten Kohl, Reagan, Thatcher und Mitterrand in immer größere Bedrängnis bei der Rechtfertigung der NATO-Vorrüstung. Es wird deutlicher denn je: Nicht die Sowjetunion bedroht den Frieden, sondern jene sind die potentiellen Brandstifter, die sich vorgenommen haben, die Sowjetunion an die Wand und zu Tode zu rüsten. Das Jahr 1983 erfordert darum die enge Verbindung von Friedensbewegung und Kampf gegen Sozialabbau. Der DGB und seine Gewerkschaften sind dabei am meisten in der Pflicht.

1/83

Aus dem Inhalt:

Widerstand gegen „Nachrüstung“ zum Wahlkampfthema machen Interview mit Christian Götz, Mitglied des HBV-Hauptvorstandes	2
Gedanken zum 30. Januar	3
Baden-Württemberg und Hessen im Regen stengelassen	4
IG Druck ergriff Initiative zu koordiniertem Vorgehen	7
Vor der BDA sprach Esser Klartext auch zur Lohnpolitik	11
Abwehrkampf der Gewerkschaften für Arbeitnehmer lebensnotwendig Interview mit Herbert Mai, Vorsitzender des Bezirks Hessen der ÖTV	12
NACHRICHTEN-DOKUMENTATION Reden — Beschlüsse — Meinungen	
Grundsätze des DGB zur Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsrechts	
Auf Verleumdungen und Tricks unzweideutige Antworten Interview mit Herbert Mies, Vorsitzender der DKP	
Protest gegen Verkauf der Büchergilde	13—22
DGB-Vorstand mit zweierlei Maß bei „Neue Heimat“ und Büchergilde	23
„Gesamtgesellschaftliche Verab- redung“ soll Probleme lösen	24
„Verwaltet“ und „diffamiert“ Arbeitslose begehren auf	29
Unterschied: Israel offiziell oder mit eigenen Augen gesehen	34

Widerstand gegen „Nachrüstung“ zum Wahlkampfthema machen

Interview mit Christian Götz, Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft HBV

„Die Parteien müssen gezwungen werden, Farbe über Ziele und Wege ihrer Politik zu bekennen.“ Dies sei eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung und der Friedensinitiativen vor Ort im laufenden Bundestagswahlkampf. Christian Götz, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, äußerte sich gegenüber unserem Redakteur Werner Petschick zu wichtigen gewerkschaftspolitischen Aufgaben.

NACHRICHTEN: Das neue Jahr stellt die Gewerkschaften vor schwierige Probleme. Die Unternehmer wollen die Realeinkommen noch stärker senken als in den vergangenen Jahren und tarifliche Leistungen, wie das 13. Monatslohn, abbauen. Welche Aufgaben ergeben sich daraus für die Gewerkschaften?



Christian Götz: In der Tarifpolitik wird 1983 unsere Hauptaufgabe darin bestehen, den Lebensstandard der Arbeitnehmer gegen noch weiteren Abbau zu verteidigen. Wenn überhaupt, so wird uns das nur gemeinsam gelingen, indem wir die Forderung des letzten DGB-Bundeskongresses nach mehr Koordinierung in der Tarifpolitik praktisch umsetzen.

Um die aktuellste Notwendigkeit aufzuzeigen: Bereits im Vorfeld von Tarifrunden müssen wir der laufenden Lohnverzichts-Kampagne der Unternehmer durch gemeinsame, zwischen allen DGB-Gewerkschaften abgestimmte öffentlichkeitswirksame Maßnahmen begegnen. Ich denke dabei u. a. an Anzeigen, Flugblätter, Demonstrationen und Funktionärskonferenzen. Der inhaltliche Schwerpunkt muß darin liegen, überzeugend klarzumachen, daß weiterer Lohnverzicht nicht nur uns sozial, sondern nachweisbar auch ökonomisch unsinnig ist. Lohnverzicht vergrößert unsere wirtschaftlichen Probleme und schafft noch mehr Arbeitslosigkeit.

NACHRICHTEN: Die sozialreaktionäre Politik des Kapitals wird von der noch

im Amt befindlichen Bonner Rechtskoalition aktiv unterstützt und mit Kürzung von sozialen Leistungen noch verschärft. Reichen Gespräche mit der Regierung aus, oder muß nicht zugleich der Widerstand verstärkt werden?

Christian Götz: Ich habe prinzipiell nichts gegen Gespräche. Sie sind oft aus praktischen Gründen notwendig oder auch deshalb zweckmäßig, um die gegenseitigen Standpunkte genauer kennenzulernen. Gleichzeitig darf sich aber niemand irgendwelchen Illusionen hingeben: Mit Gesprächen oder gar einer Wiederbelebung der „Konzertierten Aktion“ werden wir die aufgezeigte negative Entwicklung mit Sicherheit nicht stoppen. Der DGB hat eine ganze Reihe von Demonstrationen durchgeführt, die bei Mitgliedern, Politikern und Medien beachtliche Resonanz fanden. Dieser richtige Weg muß verstärkt fortgesetzt werden. Die Parteien müssen gerade in Wahlkampfzeiten gezwungen werden, Farbe über Ziele und Wege ihrer Politik zu bekennen.

NACHRICHTEN: Die NATO will 1983 mit aktiver Unterstützung der Bundesregierung beginnen, atomare Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper in unserem Lande zu stationieren. Welche Aufgaben stehen vor den Gewerkschaften, um ihre ablehnenden Beschlüsse zu verwirklichen, und welcher Zusammenhang zeigt sich mit der sozialen Bewegung?

Christian Götz: Zusammen mit der Friedensbewegung und als deren Bestandteil sollten sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit gegen die immer deutlicher werdenden Bestrebungen der Bundestagsparteien wehren, die sogenannte „Nachrüstung“ aus dem Bundestagswahlkampf herauszuhalten. Hier sehe ich eine wichtige Aufgabe für die Friedensinitiativen und Gewerkschaften vor Ort. Kein Kandidat sollte darum herumkommen, gegenüber seinen unmittelbaren Wählern klarzumachen, wie er persönlich zur Nachrüstung und dem damit zwangsläufig verbundenen weiteren Sozialabbau steht. Zusätzlich zu auch weiterhin notwendigen großen Demonstrationen (z. B. Ostermarsch) können wir dadurch die

Diskussion über diese „Lebensfragen“ überall in Gang halten, verbreitern und vertiefen.

Einige führende SPD-Politiker setzen sich für ein besseres Verhältnis zur Friedensbewegung ein. Vor diesem Hintergrund sollte von SPD-Kandidaten die Erklärung abverlangt werden, daß sie sich zumindest für ein Stationierungsmoratorium einsetzen, damit weitere Luft für Verhandlungen gewonnen wird.

NACHRICHTEN: Voraussichtlich wird am 6. März ein neuer Bundestag gewählt. Welche Forderungen stellen die Gewerkschaften an die kommende Regierung?

Christian Götz: Mit meinen Antworten zu den ersten drei Fragen habe ich die wichtigsten Forderungen bereits beschrieben. Wir brauchen eine Bundesregierung, die in ihrem Einflußbereich den Rüstungswahnsinn stoppt, also die entsprechenden Haushaltspositionen kürzt. Wir brauchen eine Bundesregierung, die – auch in Umsetzung konkreter gewerkschaftlicher Forderungen – entschieden die Arbeitslosigkeit bekämpft und die darüber hinaus gesellschaftspolitisch wieder auf Reformkurs geht.

GLOSSE

Saure Trauben

Von Erzbischof Glemp bis zur FAZ – alle tun sie empört. Parlament, Staatsrat und Militärregierung in Warschau haben das Kriegsrecht aufgehoben. Die Normalisierung läuft. Also all das, was die bürgerlichen Medien unseres Landes seit nunmehr einem Jahr torderten, ist nun Wirklichkeit geworden.

Warum aber die Empörung?

Denn es gibt ein paar Gesetze – für die Übergangszeit –, die nicht nur die polnischen Bischöfe zum Predigen, sondern auch den bundesdeutschen Blätterwald zum Rauschen brachten: Wer in Rüstungsbetrieben sowie für Wirtschaft und Versorgung wichtigen Unternehmen den Arbeitsfrieden stört oder gar an illegalen Streiks teilnimmt, muß mit Entlassung rechnen. In Sonderfällen können Telefone abgehört und Briefe geöffnet werden.

Man müßte meinen, daß die FAZ und andere sich über so etwas überhaupt nicht aufregen könnten, sind sie doch schon höchst zufrieden, wenn in diesem Lande Leute schon deshalb aus den Betrieben geworfen werden, wenn sie Buttons mit nichtregierungskonformem Inhalt tragen.

Ist es etwa so, daß die Ewiggestrigen bei uns zwar Normalisierung für Polen forderten, aber in Wirklichkeit Sturz des Sozialismus meinten?

Sie wollen zwar Trauben, aber nicht diese, nein andere, diese sind ihnen zu sauer.

Nicht mehr zu überhören

„Arbeitslos – nicht wehrlos“ war das Motto des ersten bundesweiten Kongresses der Arbeitslosen, der vom 2. bis 5. Dezember in Frankfurt stattfand. Diesem Kongreß kommt sicherlich angesichts der hohen und immer noch wachsenden Arbeitslosigkeit eine große politische Bedeutung zu. So war es auch nicht verwunderlich, daß die Massenmedien diese von kirchlichen, autonomen und gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen einberufene Veranstaltung nicht übersehen konnten.



Das Bedeutsamste an diesem Kongreß war sicherlich, daß er überhaupt stattfinden konnte, daß politisch und auch in ihren spezifischen Interessen unterschiedliche Gruppierungen bereit waren, zu diskutieren, zu streiten und zugleich dennoch aufeinander zuzugehen und nach Wegen zu suchen, wie man trotz nicht zu leugnender Vielfalt und Gegensätze dennoch die Punkte findet, in denen man gemeinsam handeln kann. Von nicht geringer Bedeutung war, daß niemand von der Zusammenarbeit ausgegrenzt wurde. Der Verlauf des Kongresses bewies, daß Arbeitslose und noch in Arbeit Stehende zusammenarbeiten müssen und auch können.

Wenn auch keine Abschlusserklärung zustande kam, so wurde aber festgelegt, alle Beschlüsse der 15 Arbeitsgruppen zu dokumentieren. Dies wird sicherlich den bestehenden Arbeitsloseninitiativen viele Anregungen vermitteln und Arbeitslose ermuntern, neue Initiativen zu gründen. In mehreren Arbeitsgruppen wurde angeregt, im nächsten Jahr einen zentralen Arbeitslosenmarsch nach Bonn zu organisieren.

Es zeugt von einer bemerkenswerten politischen Reife, daß die überwältigende Mehrheit der Anwesenden – Arbeitslose und noch Beschäftigte – den Versuchen eine Absage erteilte, eine Arbeitslosengewerkschaft oder eine andere bundesweite Organisation als Gegenstück zu den Gewerkschaften zu schaffen. Harte Kritik mußten sich allerdings die Gewerkschaften schon gefallen lassen, weil sie sich bisher völlig

ungenügend um ihre eigenen arbeitslosen Mitglieder und auch um die noch nicht organisierten Arbeitslosen kümmerten. Dabei müssen die Gewerkschaften aus selbstverstandener Eigeninteresse doch dafür sorgen, daß die Unternehmer Arbeitslose nicht als Lohndrücker oder rechte Rattenfänger für ihre dunklen politischen Ziele mißbrauchen können.

Die Arbeitslosen benötigen die Unterstützung vieler gesellschaftlicher Kräfte, so auch der Kirchen, besonders aber der Gewerkschaften. Dies war auch der Grund, daß diejenigen, die der Losung „Viel Feind – viel Ehr“ folgen wollten und ihren Hauptgegner gar in den Gewerkschaften sahen, keine Mehrheiten gewinnen konnten. Die Arbeitslosen haben den DGB-Gewerkschaften die Hand hingehalten. Es bleibt zu hoffen, daß der DGB diese Hand nicht ausschlägt. Auch hier sollte 1933 mahnen. Heinz Schäfer

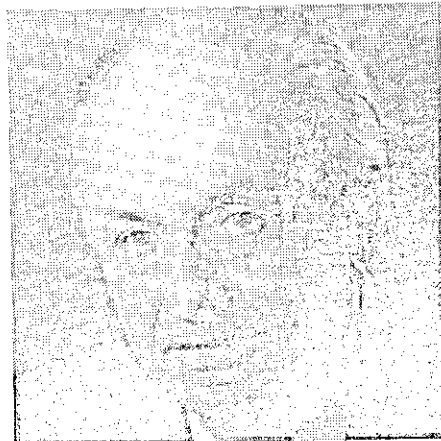
Nichts gelernt

Norbert Römer, Redakteur der „Einheit“, Zeitung der Mitglieder der IG Bergbau und Energie, befaßte sich in einem Artikel „Auf den Leim getreten“, mit dem „Aufruf 30. Januar 1933 bis 30. Januar 1983“.

Hierfür würden, so bedauerte er, auch im gewerkschaftlichen Raum Unterschriften gesammelt. So hätten Detlef Henschke, Christian Götz, Bernt Engelmann und sogar der DruPa-Vorsitzende Leonhard Mahlein unterschrieben. Ganz schlimm sei aber, daß dies zusammen mit DKP-Funktionären geschehen sei. In dem Aufruf stehe zwar „diese verführerische ‚einfache Wahrheit‘“, daß heute wie vor 50 Jahren die Befürworter der Aufrüstung ihre Politik mit demagogischen Phrasen begründeten und ein antikommunistisches Feindbild propagierten. So einfach sei dies aber, so meint Norbert Römer, damals nicht gewesen, und heute sei es schon gar nicht mehr so einfach.

Die Unterzeichner hätten sich auf eine „Ebene mit der parteikommunistischen Hof-Geschichtsschreibung“ gestellt. Und dann liest Römer den Kommunisten anständig die Leviten. Sollten diese nun wieder den Sozialdemokraten Saures geben? Soll es wieder, ist Römer zu fragen, zu gegenseitiger Beschimpfung kommen, zur Freude der Rechten unseres Landes?

Nein, Norbert Römer hat, im Gegensatz zu den Unterzeichnern des Aufrufs, aus 1933 noch nichts gelernt. Sch.



Zum 30. Januar

Am 30. Januar vor 50 Jahren begannen die Nazis, unterstützt durch Großindustrielle und Reaktionäre aller Schattierungen, ihre braune Diktatur zu errichten, die nach 12 Jahren in Blut, Trümmern und Tränen endete. Aus Anlaß dieses Tages finden am 29. Januar in Hamburg, Köln, Frankfurt und München Demonstrationen und Kundgebungen statt, um der Opfer zu gedenken, aber besonders um zu warnen. Aufgerufen dazu haben u. a. namhafte Gewerkschafter. Einer der Initiatoren ist Kurt Georgi, bis Oktober 1981 1. Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK). Folgende Gedanken zum 30. Januar schrieb er für NACHRICHTEN nieder:

„Wär's nicht gut, wenn der 30. Januar tatsächlich nur ein Gedenktag wäre? Wenn er nur noch böse Erinnerungen zu wecken hätte an jenen Tag, an dem der schändlichste und schmerzlichste Abschnitt unserer Geschichte begann? Hätten wir nicht auch dann noch Grund genug, uns dafür zu schämen, daß das Volk der ‚Dichter und Denker‘ so was mitgemacht und geduldet hat?“

Muß da noch hinzukommen, daß es auch heute noch Zeitungen und Zeitschriften gibt, die uns zu beschwichtigen versuchen, wenn es um den millionenfachen Mord dieser Nazi-Ära geht? Muß da noch hinzukommen, daß man in diesen Zeitungen und Zeitschriften auch heute noch den Krieg verherrlichen und vom ruhmvollen Tod auf dem ‚Feld der Ehre‘ schreiben darf?

Muß da noch hinzukommen, daß ehemalige SS-Knechte auch heute noch ihre Kameradschaftstreffen veranstalten und uniformierte Schwarzhemden in Reih und Glied aufmarschieren dürfen? Muß da noch eine Wehrsportgruppe Hoffmann mit Panzerwagen und Totenkopfemblemen und ein Bombenattentat auf dem Münchener Oktoberfest hinzukommen? Und Waffenlager in der Lüneburger Heide und Nazidemonstrationen beim Begräbnis ehemaliger ‚Helden‘ und Gerichtsurteile, bei denen man sich der Schamröte nicht erwehren kann? Und, und, und.

Fragen über Fragen – und aus Bonn ist nicht eine einzig vernünftige Antwort zu hören. Fünfzig Jahre danach!“

Baden-Württemberg und Hessen im Regen stehengelassen

Am 20. Dezember 1982 hat der Vorstand der IG Metall die Forderungen der regionalen Tariffunktionen beraten und, bis auf die von Baden-Württemberg und Hessen, alle bestätigt. Er folgte seiner Empfehlung vom 7. Dezember, die, wie sich im nachhinein herausstellte, mehr als eine solche war. Sie sah vor, Forderungen von bis zu 6,5 Prozent mehr Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen zu erheben. Darin könnte auch die überdurchschnittliche Anhebung der unteren Lohngruppen enthalten sein, hieß es darin.

Vier Tarifbezirke — Bayern, Westberlin, Niedersachsen und Volkswagen — nannten keine konkrete Zahl. Sie wollen den „Ausgleich der Preissteigerungsrate“, wobei Westberlin eine Einmalzahlung als soziale Komponente zwischen 600 und 300 DM und Niedersachsen eine Vorweganhebung des Ecklohns um 5 Pfennig pro Stunde fordern. Nordrhein-Westfalen will nur die reinen 6,5 Prozent, der Nordverbund 6,5 Prozent, mindestens 115 DM, das Saarland 6,5 Prozent, mindestens 114 DM, und Rheinland-Pfalz/Rheinhausen 6,5 Prozent und stärkere Vergünstigung der

„Kriegserklärung“

Die Arbeitgeber sprechen von „Kriegserklärung“. Finanzminister Gerhard Stoltenberg forderte die IG Metall am Dienstag sogar auf, sie solle ihre Forderungen „sofort entscheidend nach unten korrigieren“. Dies ist ein offener Angriff auf die Tarifautonomie, eine „Kriegserklärung“, um mit den Worten der Arbeitgeber zu sprechen. Die Bundesregierung schreckt jetzt nicht einmal mehr davor zurück, in den Meinungsbildungsprozess einer demokratischen Massenorganisation wie der IG Metall einzugreifen. „Hier zeigt sich deutlich, daß Stoltenberg Hand in Hand mit den Arbeitgebern die Krise auf den Rücken der Arbeiter und Angestellten abwälzen will“, erklärte dazu Franz Steinkühler.

unteren Lohngruppen. Die Forderungen Baden-Württembergs nach 7,5 Prozent, mindestens 133 DM, und Hessen nach 7 Prozent, mindestens 125 DM, wurden vom Vorstand der IG Metall nicht bestätigt. Deren Forderungen wurden auf 6,5 Prozent, mindestens 115 bzw. 114 DM herabgesetzt.

Die Presse der Unternehmer ahnte oder wußte es aber schon zuvor. Hans Mundorf schrieb im „Handelsblatt“ am 14. und am 16. Dezember, also lange, bevor der Vorstand der IG Metall sich endgültig entschied, daß die IG Metall auf keinen Fall über 6,5 Prozent fordern werde. Er schlußfolgerte daraus, daß der Vorstand damit signalisieren wolle, daß er 1983 einen Lohnabschluß wolle, „der erheblich unter dem 82er Abschluß liegt“. (16. Dezember 1982.) In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß 1981 8 Prozent gefordert und 4,9 Prozent abgeschlossen wurden. Für das Jahr 1982 betragen die entsprechende Zahlen 7,5 und 4,2 Prozent.

Wenn in der IG Metall sich jemand der Hoffnung hingeben sollte, daß die For-

derung von 6,5 Prozent die Unternehmer nachgiebig stimmten könnte, so soll er diese schnell fallenlassen. Auch hier zeigt sich einmal mehr, daß die Unternehmer jedes Zurückweichen vor ihnen, und sei es auch nur das Erwecken des Anscheins, nutzen werden, um den Druck auf die Gewerkschaften und Belegschaften noch zu verstärken.

Schon nach der Empfehlung des Vorstandes der IG Metall von 6,5 Prozent sprach Gesamtmetall von einer Kriegserklärung. Finanzminister Stoltenberg forderte die IG Metall Baden-Württembergs auf, sofort ihre Forderung von 7,5 Prozent beträchtlich zu reduzieren. In dasselbe Horn stieß der Vorsitzende des baden-württembergischen Metallunternehmerverbandes, Stahl.

Die Baden-Württemberger und Hessen haben allerdings alle Argumente auf ihrer Seite. Sie nahmen die Orientierung der Ludwigsburger Klausurtagung vom September 1982 ernst, auf der sich die IG Metall das Ziel stellte, 1983 zumindest die Realeinkommen zu sichern.

SPD setzt auf Tarifrrente NGG-Modell stand Pate

Wenige Wochen nach ihrem Ausscheiden aus der Bundesregierung will die SPD in die Offensive gehen. Arbeitszeit- und Beschäftigungspolitik sind erklärte Schwerpunkte zukünftiger Oppositionszeiten. Inwieweit sie in die Praxis einer demnächst möglichen sozialdemokratisch geführten Bundesregierung einfließen, bleibt abzuwarten. Auf einem Forum im November 1982, zu dem Vertreter der Gewerkschaften, der Unternehmerverbände, Wissenschaftler und sozialdemokratische Politiker eingeladen waren, sollten die Vorstellungen des SPD-Parteivorstandes zur Arbeitszeitverkürzung diskutiert werden.

In seinem Begrüßungsreferat faßte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt die Überlegungen seiner Partei kurz zusammen: Wochenarbeitszeit, Vorruhestandsregelungen (Tarifrrente), Teilzeitarbeit, unbezahlter Elternurlaub und die Neufassung der Arbeitszeitordnung. Eine gesetzliche Herabsetzung der Altersgren-

Die Preissteigerung ist nach wie vor hoch, und der Prozentsatz, um den die Löhne und Gehälter 1982 entwertet wurden, dürfte nicht unerheblich über 5 Prozent liegen. Zwar dürfte die Preissteigerung etwa um ein halbes Prozent unter der des Vorjahres liegen, jedoch sind schon Mehrbelastungen beschlossen, die den Rückgang bei den Preisen mehr als kompensieren werden.

Auf das Jahr umgerechnet, betragen diese bei der Erhöhung der Arbeitslosenversicherung ab 1. Januar 1983 0,3 Prozent, bei der Mehrwertsteuererhöhung ab 1. Juli rund 0,35 Prozent und der Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung ab 1. September rund 0,1 Prozent, dies sind rund 0,75 Prozent.

Die Tariffunktionen des Bezirks Stuttgart hatten die 7,5 Prozent mit großer Einmütigkeit gefordert, und auch in Hessen scheiterte diese Höhe nur an einer einzigen Stimme. Die Erwartungen sind folglich vorhanden, daß der Reallohn einigermaßen gesichert und die nach unten gerichtete Tendenz der beiden letzten Jahre gestoppt wird. Dann müßte allerdings nahe an den 6,5 Prozent abgeschlossen werden.

Dies wird nicht einfach sein. Dazu bedarf es der vollen Mobilisierung der Mitgliedschaft. Ob dies allerdings möglich sein wird, wenn die Mitglieder vermuten, daß schon im Vorfeld der Tarifauseinandersetzung ihre Gewerkschaft den Rückzug antritt, nicht mehr Gas gibt, sondern schon die Handbremse zieht, dürfte fraglich sein. Ohne eine solche umfassende Mobilisierung, wie sie im Bezirk Stuttgart begonnen wurde, ohne das unzweideutige Signal der Kampfbereitschaft, auch durch die neue Beweglichkeit, wird auch 1983 ein Jahr weiterer Reallohnsenkung sein.

Heinz Schäfer

ze stellte Brandt in Frage, weil dies seiner Meinung nach nur durch eine erhebliche Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge finanziert werden könne.

In der Diskussion, insbesondere in den abschließenden Bemerkungen des

SPD-Sozialpolitikers Egon Lutz, wurden Schwerpunkte gesetzt, die sich nicht unerheblich von Beschlüssen des DGB und einer Reihe von Einzelgewerkschaften unterscheiden. Die Wochenarbeitszeitverkürzung spielt für die SPD nur eine untergeordnete Rolle. Lutz erwähnte sie in seiner Zusammenfassung überhaupt nicht. Auf dem Forum wie auch in der Kieler Erklärung des sogenannten „kleinen Parteitages“ stellte die SPD fest, daß sie nur durch Abstriche bei den Reallohnen finanziert werden könne. Allerdings müßten für die unteren Einkommensgruppen besondere Regelungen gefunden werden.

Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Vorstellungen steht die Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch tarifvertragliche Regelungen. Das Modell der Gewerkschaft NGG wurde auf dem Forum ausdrücklich hervorgehoben. In der Opposition hat die SPD-Bundestagsfraktion inzwischen die Forderungen des ehemaligen IG-Chemie-Vorsitzenden Karl Hauenschild und des NGG-Vorsitzenden Günter Döding aus einem Brief an den damaligen Kanzler Schmidt aufgegriffen und einen Gesetzentwurf eingereicht, der die Vorruhestandsregelung gesetzlich absichern soll. Hauenschild und Döding waren im Sommer in den Gewerkschaften wegen dieses Briefes kritisiert worden, weil sie das auf dem DGB-Bundeskongreß festgelegte solidarische Handeln in Arbeitszeitfragen durchbrochen hätten.

Ein Gesetzentwurf für ein neues Arbeitszeitgesetz, das die alte Arbeitszeitordnung ablösen soll, liegt ebenfalls vor.

Unbeantwortet auf dem Forum ließ die SPD die Frage, wie die Forderungen durchgesetzt werden sollen. BDA-Präsident Esser sagte zu jeder Form von Arbeitszeitverkürzung ein klares Nein. Die große Mehrheit der Diskutanten versuchte, die anwesenden Kapitalvertreter durch die „besseren“ Argumente zu überzeugen. Die Erkenntnis, daß gerade unter verschärften Krisenbedingungen auch Arbeitszeitfragen Machtfragen sind, fand im Hause des SPD-Parteivorstandes keinen Raum, ebenso wie die Orientierung auf außerparlamentarisches Handeln der Arbeiterbewegung und die notwendige Unterstützung gewerkschaftlicher Aktionen durch die politische Arbeiterbewegung und damit auch die SPD.

So entstand der Verdacht, daß es weniger um die Verwirklichung von Arbeitszeitverkürzung gehen sollte, dafür um so mehr um die politische Profilierung der SPD als Arbeitnehmerpartei. Führende Sozialdemokraten haben von dem notwendigen Schulterschuß zu den Gewerkschaften gesprochen. Das Forum und auch die Wochen danach haben deutlich gemacht, daß hier nur der partnerschaftliche Flügel gemeint sein kann.

L. Sch.

Auf welcher Ebene gibt es heute die besseren Kampfbedingungen?

Die tiefe Wirtschaftskrise, die mit ihr verbundene Massenarbeitslosigkeit, der drohende Verlust des Arbeitsplatzes für weitere Hunderttausende, möglicherweise sogar Millionen, und die damit unvermeidlich verbundene Existenzangst haben die Kampfbedingungen für die Arbeiter und Angestellten sowie deren Gewerkschaften verständlicherweise weitaus komplizierter gestaltet als unter den Bedingungen langanhaltenden wirtschaftlichen Wachstums und relativ geringer Arbeitslosigkeit.

Damals war es möglich, daß gutorganisierte Belegschaften, vor allem in Großunternehmen, auf betrieblicher Ebene — durch Betriebsvereinbarungen oder auf anderem Wege — wesentliche Verbesserungen durchsetzen konnten. Dies trieb oft einen Keil in die Unternehmerfront und ermöglichte den Gewerkschaften, gestützt auf das in den Betrieben Erreichte, Tarifverträge abzuschließen, die auch den Belegschaften schwächer organisierter oder kleinerer Betriebe gleiche oder ähnliche Verbesserungen brachten.

Selbstverständlich war auf jedem dieser Wege einheitliches Handeln der Arbeiter und Angestellten notwendig. Dies ist in jeder nur denkbaren Situation erforderlich. Ohne an einem Strang zu ziehen, sind gewerkschaftliche Erfolge nicht möglich. Deshalb ist es notwendig, sich zu überlegen, wie auch unter den veränderten Bedingungen Geschlossenheit gewahrt werden kann, um zu erreichen, daß gekämpft und nicht gesozialpartnert wird.

DAS ARGUMENT

Wenn heute in den Gewerkschaften Auffassungen vertreten werden, daß der einzelbetriebliche Spielraum für Verbesserungen der Arbeits-

Lebensbedingungen, vor allem in Fragen, die die gewerkschaftspolitische Gesamtorientierung berühren — so z. B. Arbeitszeitverkürzungen —, kaum noch vorhanden sei, so scheint dies zutreffend zu sein. Offensivoperationen, die auf den Einzelbetrieb beschränkt werden, haben angesichts der geschlosseneren Unternehmerfront wenig Aussicht auf Erfolg.

Allerdings ist bei Unternehmerangriffen auf erreichte betriebliche Sozialleistungen oder bei der Verteidigung von Arbeitsplätzen ein beachtliches Konfliktpotential auch in den einzelnen Betrieben vorhanden. Betriebsbesetzungen wie die bei Videocolor in Ulm oder VDM in Frankfurt zeigen dies. Wenngleich diese Kämpfe nicht siegreich waren — das Hauptziel, Betriebsschließungen und Arbeitsplatzvernichtung zu verhindern, wurde nicht erreicht —, so lag dies vor allem daran, daß diese Kämpfe noch nicht in die gewerkschaftliche Gesamtstrategie eingeordnet waren.

Es wäre falsch, trotz der schwieriger gewordenen Situation, generell auf Offensivoperationen zu verzichten, um nur noch das Erreichte zu verteidigen. Eine defätistische Position, ein Zurückweichen vor der Unternehmermacht, würde die Gewerkschaften entwaffnen. Die Unternehmer nutzen stets, und werden dies auch weiter tun, ein Zurückgehen der Gewerkschaften zu neuen Angriffen. Wie aber kann die Unternehmerstrategie zur Senkung des Lebensstandards gestoppt und der Handlungsspielraum der Gewerkschaften erweitert werden? Auf welcher Ebene ist die heute notwendige Konfliktfähigkeit der Arbeiter und Angestellten am ehesten zu entwickeln?

Vieles deutet darauf hin — es sei hier an die neue Beweglichkeit, aber auch die Demonstrationen der 600 000 im Oktober/November 1982 erinnert —, daß die Konfliktbereitschaft eher auf der tariflichen oder gesamtpolitischen Ebene vorhanden ist. In diesen Auseinandersetzungen sind alle Betriebe mehr oder weniger den gleichen Bedingungen unterworfen, und das unternehmerische Argument vom angeblichen Verlust der Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen verliert an Wirkung.

Wenn diese Überlegungen stimmen, dann ist es notwendig, die gewerkschaftliche Strategie den veränderten Kampfbedingungen anzupassen. Auf der Ebene der Einzelbetriebe wären dann vor allem Verteidigungspositionen gegen die Angriffe des Einzelunternehmers zu beziehen, während Verbesserungen, in welchem Tempo auch immer, vor allem auf der tariflichen Ebene angestrebt werden sollten.

Wichtig ist in jedem Fall der Wille, sich nicht der Kapitallogik unterzuordnen.

Heinz Schäfer

Mit Investivlohn schneller den Arbeitsplatz vernichten?

Der gewerkschaftliche Druck für Arbeitszeitverkürzungen wird stärker, wie auch die Gegenwehr gegen Sozialabbau. Nach zwei Jahren Kaufkraftsenkung der Löhne und Gehälter sind die abhängig Beschäftigten immer weniger bereit, in der Tarifbewegung dieses Jahres einen nochmaligen Reallohnverlust hinzunehmen. In dieser Situation sinnen Bonner Politiker und Unternehmerfunktionäre fieberhaft auf die Eröffnung eines tarifpolitischen Nebenkampfplatzes zum Dampfblasen. Wie ihnen scheint, könnte eine neue Diskussion um „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ eine solche Funktion erfüllen.

In Bonn haben CDU/CSU und FDP jeweils Papiere zu diesem Thema ausgearbeitet, die in entsprechende Gesetzesinitiativen der Fraktionen münden sollen. Diesen Parteien schwebt vor, daß Arbeitnehmer Lohnbestandteile „investiv“ anlegen sollen, entweder in Wertpapieren oder als „Darlehen“ an den Betrieb, in dem sie beschäftigt sind. In jedem Falle ist vorgesehen, daß für Teile künftiger Lohnerhöhungen heranzuziehen, um das nachfragefähige Einkommensniveau der Arbeiter und Angestellten noch weiter zugunsten verfügbarer Mittel für die Unternehmer abzusinken. Die CDU überlegt sogar, die Gewerkschaften von ihrem Streben nach Sicherung der Realeinkommen dadurch wegzulocken, daß sie das 624-Mark-Gesetz auf 936 DM aufstockt.

Parallel zu diesen Bemühungen der Regierungsparteien laufen entsprechende Bestrebungen der Unternehmerverbände. Im Herbst letzten Jahres hatte BDA-Präsident Otto Esser bei seiner Begegnung mit dem DGB-Vorsitzenden Ernst Breit diesem das Zugeständnis abgewonnen, eine gemeinsame Arbeitsgruppe von DGB und Unternehmerverbänden zur Erörterung von Möglichkeiten der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ einzusetzen. Am weitesten ist in dieser Frage allerdings die Gewerkschaft Textil – Bekleidung vorgeprellt, die von ihrem 14. Gewerkschaftstag im Oktober 1982 in Mainz den Grundsatzbeschluss über Investivlohn-Tarifverträge (Ge 18) herbeiführen ließ.

Man könnte meinen, die Denkstrategien der Unternehmer seien vor lauter sozialer Verantwortung oder wenigstens doch aus Scham über die fortgesetzte Bereicherung aus der Arbeit der Lohnabhängigen jetzt wild darauf versessen, diesen von den Produktivvermögen etwas abzugeben. Natürlich weit gefehlt! Vielmehr handelt es sich um eine neue Teufelei, auch noch an den Teil des Lohns und Gehalts heranzukommen, der üblicherweise ausgezahlt werden muß. Deshab laufen alle „Vermögensbildungsmodelle“ darauf hinaus, von künftigen Lohn- und Gehaltserhöhun-

gen nur einen Teil auszuzahlen und den anderen für eine bestimmte Anzahl von Jahren dem Betrieb zum Investieren zu überlassen. Die Gewerkschaft Textil – Bekleidung, die bereit ist, dieses Spielchen mitzumachen, spricht von „Barlohn“ und „Sparlohn“. GTB-Vorsitzender Keller unterstellt, daß auf diese Weise die Unternehmer mehr Geld bekämen, welches sie dringend zum Investieren benötigten, um Arbeitsplätze zu schaffen. Dieser CDU-These traten auf dem Mainzer Gewerkschaftstag mehrere Delegierte mit der Feststellung entgegen, daß erstens die Unternehmer nicht wegen Geld-, sondern wegen Absatzmangels nicht investieren und zweitens, wenn doch investiert werde, dann, um alte Technik durch

neue zu ersetzen, was immer auch die Vernichtung weiterer Arbeitsplätze bewirke. Investivlohn der Beschäftigten würde darum zur schnelleren Vernichtung der eigenen Arbeitsplätze beitragen.

Unter dem Eindruck der massiven Gegenargumente hatten sowohl Keller als auch der Tarifsekretär Schumacher den Delegierten versichert, daß niemand daran denke, kurzfristig solche Modelle in der Tarifpolitik zu praktizieren. Man wolle mit der Annahme des Investivlohntrags Ge 18 lediglich den Weg für die Diskussion offenhalten, denn die neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erforderten auch neue Überlegungen tarifpolitischer Art. Im übrigen sei noch eine Unzahl rechtlicher Fragen zu klären.

Wie man nun aber hört, ist die Gewerkschaft Textil – Bekleidung fleißig dabei, Tarifverträge mit Investivlohnabschlüssen vorzubereiten. Viele Unternehmen seien dazu bereit (was auch kein Wunder ist!). Man wartet bei GTB nur noch auf den Gesetzgebungsrahmen aus Bonn. Und den wollen Kohl und Genscher schnellstens schaffen. Bekanntlich haben die IG Metall und andere DGB-Gewerkschaften solche Formen der „Vermögensbildung“ abgelehnt, weil sie die Lohnpolitik und den Kampf um Mitbestimmung erschweren und im übrigen nicht Vermögen, sondern Illusionen bringen. Will Keller die GTB zum Rammbock gegen diese Positionen machen? Gerd Siebert

Orakelhafte Lohnorientierung des HN in der „einheit“

In der Zeitung für Mitglieder der IG Bergbau und Energie „einheit“ wird in einem Artikel von (HN) „Lohnpause kein Thema für IGBE“ berichtet, daß im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau, dem größten Tarifbereich der IGBE, die Tarifparteien zusammen waren.

Diese Treffen zwischen zwei Tarifbewegungen gehörten zur „tarifpolitischen Normalität unserer Gewerkschaftsarbeit“, ist da zu lesen. Da gäbe es keine Pausen. Es bestehe Einigkeit zwischen den Tarifparteien, daß „im Laufe eines Jahres auch die vielen komplizierten Feinheiten der Tarifstruktur der einvernehmlichen Regelung durch Verhandlungen bedürfen“.

So rede man miteinander und versuche, vereinbarungsreife Ergebnisse zu erzielen, wenn immer dies möglich sei. So werde auch in den kommenden Wochen die Lohnrunde '83 vorbereitet, „dabei wohl wissend, daß die wirtschaftliche Lage national und weltweit nicht gerade eine Herausforderung zu lohnpolitischen Höhenflügen“ sei. Man müsse aber auf dem Teppich bleiben.

Wie ist diese orakelhafte Lohnorientierung zu deuten? Können sich die Bergleute angesichts der Einigkeit und Einvernehmlichkeit der Tarifparteien in ihrem Bereich darauf einstellen, daß sie 1983 Lohn- und Gehaltserhöhungen erhalten, die zumindest die realen Löhne und Gehälter sichern, oder aber Ergebnisse erzielen, die nicht unerheblich über den Abschlüssen anderer Gewerkschaften liegen, die mit ihren Unternehmern nicht so einig und einvernehmlich sind? Oder will die IGBE abwarten, bis andere vorangehen und die Kastanien aus dem Feuer holen? Dann bräuchte die IGBE nur noch deren Beispiel folgen und könnte, salopp ausgedrückt, nassauern. Auf das wirkliche Ergebnis darf man gespannt sein. H. Sch.

IG Druck ergriff Initiative zu koordiniertem Vorgehen

Seit Bestehen der Bundesrepublik müssen die Gewerkschaften nach Überzeugung der IG Druck und Papier neue Wege gehen, um die Herausforderung durch Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und verstärkten Druck auf die Tarifautonomie bestehen zu können. Wie der Vorsitzende der IG DruPa, Leonhard Mahlein, am 10. Dezember auf einer Pressekonferenz in Stuttgart erklärte, hat seine Gewerkschaft die Initiative zu einem koordinierten Vorgehen der Gewerkschaften bei den bevorstehenden Manteltarifverhandlungen ergriffen.

Voraussichtlich nach Ende der Lohnrunde in der Metallindustrie wollen sich die IG Metall, die Gewerkschaften Holz und Kunststoff (GHK) und Handel, Banken und Versicherungen (HBV) sowie die IG Druck und Papier zu einem ersten Gespräch über ein gemeinsames Vorgehen zusammenfinden. Die vier Gewerkschaften vertreten rund 3 Millionen Mitglieder bzw. rund 5 Millionen Beschäftigte.

Auf der Pressekonferenz nannte es Mahlein einen „Skandal“, wie die Krise der ARBED-Saarstahl zum Angriff auf die Tarifautonomie benutzt wurde. Hier habe die Bundesregierung einen „direkten staatlichen Generalangriff“ geführt. Für den schließlich erzwungenen Teilverzicht auf die Hälfte ihres 13. Monatslohns hätten die Stahlwerker weder eine Verzinsung noch eine Rückzahlungsgarantie oder überhaupt eine Arbeitsplatzgarantie erhalten. Die Absicht, die Erhöhung der Beamtensold mit 2 Prozent erheblich unter der Preissteigerungsrate festzuschreiben, sei ebenfalls nur der Beginn einer ganzen Kette von Angriffen auf den Besitzstand und die erkämpften Rechte aller abhängig Beschäftigten.

Nach den Worten Mahleins wäre es „ein enormer Trugschluß, die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der 50er Jahre zurückholen“ zu wollen. Er stimme mit dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt überein, daß eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung, wie sie sich bis 1974 in der Bundesrepublik zeigte, nie mehr wiederkehre. Die jetzige Krise, die eine Systemkrise der kapitalistischen Staaten sei, werde durch Überkapazitäten, Überangebot an Waren, einem ruinösen Verdrängungswettbewerb und damit einhergehend auch einer Krise der politischen Entscheidungsprozesse gekennzeichnet.

Der Versuch, „den Skandal der Arbeitslosigkeit durch den Skandal des Sozialabbaus beseitigen zu wollen“, so erklärte der IG-Druck-Vorsitzende, werde dabei zu nur noch verschärfter Arbeitslosigkeit und sozialer Krise führen. Alte wirtschaftliche und politische Rezepte würden in der gegenwärtigen Situation versagen. Neue Wege müßten gegan-

gen werden, wie sie etwa der DGB mit seinem Beschäftigungsprogramm gewiesen habe. „Geld ist genug vorhanden“, sagte Mahlein wörtlich. „Es ist nur in den falschen Taschen. Wenn es in der BRD einige Tornados und Kampfpanzer weniger gäbe, könnte man das Beschäftigungsprogramm rauf und runter finanzieren.“

Nach Berechnungen der IG Druck und Papier steht bis 1995 in der Druckindustrie ein weiterer Rückgang der Beschäftigtenzahl bevor, wenn es nicht gelingt, die Arbeitsplätze durch geeignete Maßnahmen zu sichern. Die Gewerkschaft fordert deshalb neben der Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche bei vollem Lohnausgleich ein Rationalisierungsschutzabkommen, das Betriebsräten und Belegschaften mehr Mitbestimmungsrechte vor allem bei Investitionsentscheidungen gewährt, sowie eine aktive staatliche Arbeitsmarktpolitik.

Eine tarifvertragliche Verkürzung der Lebensarbeitszeit, die sogenannte Tarifrente, strebt die IG Druck nicht an, da es eine sozialpolitische Aufgabe des Gesetzgebers sei, für die Herabsetzung des Rentenalters zu sorgen. Nach Berechnungen der Gewerkschaft würde die vorzeitige Rente mit 60 Jahren in der Druckindustrie 600 Arbeitsplätze sichern, die Wochenarbeitszeitverkürzung bei einem stufenweisen Abbau um eine Stunde dagegen 2700 Arbeitsplätze.

Für die bevorstehenden Lohntarifverhandlungen – die entsprechenden Verträge laufen zum 31. März aus – hat sich die Tarifkommission der IG Druck und Papier auf eine Forderung von 6,5 Prozent geeinigt. Dadurch soll die Preissteigerungsrate, die auf 4,5 Prozent geschätzt ist, ausgeglichen werden. Ein Abschluß unterhalb der Preissteigerungsrate hätte nach den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden und Tarifexperten Erwin Ferlemann auch volkswirtschaftlich verheerende Folgen und wäre eine „unmögliche Zumutung“. Ob allerdings mit den 6,5 Prozent diese verheerenden Folgen auszuschließen sind, ist angesichts der Erfahrungen, daß Forderung nicht gleich Abschluß ist, zu bezweifeln.

Erpressung

Von einer ungeheuerlichen Entgleisung sprach Graf Lambsdorff auf der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Er bezog sich hierbei auf Äußerungen des Mitglieds des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, Hans Janßen, der die Bundesregierung im Falle der ARBED-Saarstahl des unverhohlenen Versuchs der Erpressung bezichtigt haben soll.

Aber Lambsdorffs Empörung ist geheuchelt. Es ist der Versuch, die Flucht nach vorn anzutreten und davon abzulenken, daß es sich nicht nur um den Versuch einer Erpressung gehandelt hat, sondern, wie es Hans Preiss vom geschäftsführenden Vorstand der IG Metall ausdrückte, um „schlechte Nötigung“.

Wie anders soll man es bezeichnen, wenn im Saarland die Bundesregierung Hilfen für die in Zahlungsschwierigkeiten geratene und vom Konkurs bedrohte ARBED davon abhängig macht, daß die Gewerkschaften zuvor zustimmen müßten, auf einen Teil des für die Belegschaft vertraglich vereinbarten Weihnachtsgeldes für die Jahre 1983 und 1984 zu verzichten?

Trotz aller starken Worte und Proteste hat die IG Metall letztlich doch einer Korrektur der tarifvertraglich vereinbarten Sonderzahlungen zugestimmt. In den nächsten beiden Jahren müssen die Arbeiter und Angestellten bei ARBED nur mit der Hälfte ihres bisherigen Weihnachtsgeldes nach Hause gehen.

Die IG Metall hatte noch am 6. Dezember hervorgehoben, daß die Belegschaft schon erhebliche Vorleistungen für die Sanierung erbracht habe. Seit 1978 gingen rund 8000 Arbeitsplätze verloren, die Vernichtung von 3500 weiteren Arbeitsplätzen ist beschlossene Sache. Alle nichttariflichen Leistungen wurden jährlich um rund 9 Millionen gekürzt. Da der Härteausgleich für Kurzarbeit wegfiel, haben die Stahlarbeiter einen zusätzlichen jährlichen Verlust von 3000 Mark.

Selbstverständlich darf nicht übersehen werden, daß die IG Metall unter Druck auch ihrer eigenen Mitglieder geriet, die angesichts der erpresserischen Politik der Bundesregierung, aber auch eigener Illusionen, glaubten, daß Lohnverzicht Arbeitsplätze retten könnte. Ein Versäumnis der Gewerkschaft war es zweifellos, daß sie sich diesem Druck der Massenmedien sowie der Regierung und Unternehmer nicht entschlossen widersetzte und ihre Aufklärung vor Ort verstärkte. Dadurch wurde Unternehmern und Regierung erleichtert, tarifvertraglich vereinbarte Leistungen erheblich zu verschlechtern. ARBED darf deshalb keine Schule machen. H. Sch.

Tischler lehnten ab

Die Tischler in Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen haben in einer Abstimmung in den Betrieben einen Unternehmervorschlag abgelehnt, nach dem der tarifliche Ecklohn ab 1. Oktober 1982 um 2,2 Prozent und ab 1. April 1983 um weitere 1,4 Prozent erhöht werden sollte. Insgesamt bedeutete diese Erhöhung im Jahresdurchschnitt nicht einmal eine Verbesserung von 3 Prozent und hätte zu einer drastischen Senkung der Realeinkommen geführt.

Warum solch extreme Ungleichbehandlung?

In einem „Spitzengespräch“ zwischen dem Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie und den Bundesministern Lambsdorff, Stoltenberg und Blum sicherte Lambsdorff zu, daß die bis 1984 befristete Anpassungsgeld-Regelung um weitere fünf Jahre verlängert wird.

Anpassungsgeld wird seit 1972 gewährt. Es ist eine rentenähnliche Leistung, die es Beschäftigten des Steinkohlebergbaus ermöglicht, schon mit 50 bzw. 55 Jahren faktisch in Rente zu gehen. Es gibt hier keine versicherungsmathematischen Abschläge für die spätere Rente, sondern die Zeit, in der Anpassungsgeld gezahlt wird, zählt bei der anschließend gewährten Rente als Versicherungszeit. Anpassungsgeldempfänger können sogar 20 Stunden in der Woche außerhalb des Bergbaus arbeiten. Bei einer längeren Arbeitszeit wird das Anpassungsgeld aber noch in einer Höhe von 40 Prozent gezahlt. Die Finanzierung erfolgt allein aus Bundesmitteln.

Hervorzuheben ist, daß Anpassungsgeld wie auch die Knappschaftsausgleichsleistung (Rente mit 55 Jahren) nicht etwa wegen der Schwere des Bergmannsberufs gewährt werden, sondern allein wegen der strukturellen Situation. Es ist deshalb unverständlich, daß andere Gewerkschaften, deren Mitglieder ebenfalls von der Krise betroffen sind, man denke nur an die AR-BED-Belegschaft, sich eine solche Ungleichbehandlung gefallen lassen. Was dem einen recht ist, sollte doch dem anderen billig sein. H. Sch.

HBV kündigt Banken-Gehaltstarife

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat aufgrund eines entsprechenden Beschlusses ihrer

Gesamtarifkommission Banken vom 7. Dezember die Gehaltstarifverträge für die rund 350 000 Angestellten im Bank- und Bausparkassenbereich fristgemäß zum 28. Februar gekündigt. Damit soll den Versuchen, die Beschäftigten mit Parolen von Lohnpause und Gehaltsverzicht zu verunsichern, eine eindeutige Antwort entgegengestellt werden: „Eine Lohnpause findet im Bankgewerbe nicht statt“, erklärte das zuständige geschäftsführende HBV-Hauptvorstandsmitglied Lorenz Schwegler.

Grundsätzlich sprach sich die Tarifkommission für einen vollen Ausgleich der Preissteigerungsrate aus. Daneben werden Regelungen zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur weiteren Arbeitszeitverkürzung angestrebt. Die endgültigen Forderungen sollen nach einer Befragung der Beschäftigten am 25. Januar formuliert werden.

Ein großer Unterschied: 3060 zu 25 000 Mark

Auf krasse Unterschiede bei der Einkommensverteilung wies die IG Metall Anfang Dezember hin. Nach ihren Angaben stehen einem monatlichen Durchschnittsverdienst eines Metallarbeiters von 3060 DM rund 25 000 DM Monatseinkommen der 500 000 Selbständigen gegenüber. Die mittelständischen Unternehmer und die Manager in den Großbetrieben bringen es nach Angaben der IG Metall auf 60 000 bis 80 000 DM. Spitzenverdiener erreichen sogar das 20- bis 30fache des Monatseinkommens eines Metallarbeiters.

Einigungsmöglichkeit nicht in Sicht

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) sieht nur noch geringe Chancen, „daß die Schlichtung über den Manteltarifvertrag der deutschen Seeschifffahrt mit einer Einigung beendet werden kann“. Das erklärte der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Siegfried Merten nach der zweiten Schlichtungsrunde am 8. Dezember. U. a. fordert die Gewerkschaft Verbesserungen der Seemannsrente, Vereinheitlichung der Urlaubsregelung für Besatzungsmitglieder auf Schiffen unterschiedlicher Größe und insbesondere eine Angleichung der Urlaubsregelung für Seeleute an die Urlaubs- und Freizeitregelungen vergleichbarer Arbeitnehmer an Land. Obwohl die ÖTV zu Kompromissen bereit gewesen war, kamen die Reeder mitten in der Schlichtung mit einem Katalog von Gegenforderungen.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen. Dieser Tarifkalender wurde anhand der neuen vom WSI herausgegebenen Zahlen zusammengestellt. Sie entsprechen dem neuesten Stand.

31. Januar — 4,3 Mill.

Metallindustrie einschl. VW, Bundesgebiet und Westberlin (3 635 500); Gießereien Bundesgebiet und Westberlin (232 200); papier- und pappeverarbeitende Industrie Bundesgebiet und Westberlin (107 800); Schlosser- und Schmiedehandwerk Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern (97 100); Kfz-Handwerk Nordrhein-Westfalen, Nordrhein-Westfalen, Nordrhein-Westfalen, Nordrhein-Westfalen/Hohenzollern, Südbaden (58 200); Elektrohandwerk Niedersachsen, Bayern (42 400); Kfz-Handel Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg (28 700); Deutsche Lufthansa, LUG, British Airways (31 800).

28. Februar — 4,2 Mill.

Öffentlicher Dienst, Gebietskörperschaften, Sozialversicherung bei Bund, Ländern und Gemeinden (2 193 600); Deutsche Bundespost (215 000); Deutsche Bundesbahn (153 100); Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern (556 500); privates Bankgewerbe (316 200); Deutsche Bundesbank und Sparkassen Bundesgebiet und Westberlin (124 400); Einzelhandel Hessen (124 000); Stationierungsstreitkräfte Bundesgebiet und Westberlin (99 400); Landmaschinen-, Elektro-, Klempner- und Heizungsbauerhandwerk Nordrhein-Westfalen (89 000); Sägeindustrie Bundesgebiet (85 900); Staats- und Gemeindeforstbetriebe Bundesgebiet (55 3000).

31. März — 3,6 Mill.

Bauhauptgewerbe Bundesgebiet und Westberlin (1 038 600); Einzelhandel Nordrhein-Westfalen, Saarland, Baden-Württemberg (603 000); privates Verkehrsgewerbe Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und Westberlin (253 000); Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen und Klöckner-Werke Bremen, Osnabrück und Georgsmarienhütte, Stahlwerke Peine (221 000); privates Versicherungsgewerbe Bundesgebiet und Westberlin (219 500); Druckindustrie Bundesgebiet und Westberlin (169 000).

Verlegung von Kupfer-Koaxialkabel und ein schillernder Paradiesvogel

Hektische Aktivität verbreitet seit dem Amtsantritt der CDU/CSU/FDP-Rechtskoalition der neue Postminister Schwarz-Schilling. Er ist auch der Minister, bei dem bereits jetzt Rücktrittsforderungen vorliegen, da er im konkreten Verdacht von Vermischung privater und Amtsinteressen steht. Der Bereich der Deutschen Bundespost verspricht in den nächsten Jahren für die Kommunikationsmonopole unseres Landes zu einem profitversprechenden Bereich zu werden. Die Einführung neuer Kommunikationstechnologien, neuer Dienstleistungen und die Möglichkeit, vielfältig zu privatisieren, macht die DBP zum Tummelplatz der Spekulanten.

Bereits der Versuch, das veraltete elektromechanische Wählsystem der Post durch ein modernisiertes elektronisches System zu ersetzen, scheiterte 1979. Und die Post schrieb zugunsten des Siemens-Konzerns 2 Milliarden DM in den Kamin. Jetzt stehen wesentlich größere Summen zur Diskussion. Vorsichtige Schätzungen sprechen bei der Verkabelung der Bundesrepublik von etwa 80 bis 100 Milliarden DM.

Die Verkabelung unseres Landes mit Glasfaserkabeln wird einen Sprung in der gesamten Produktivkraftentwicklung unseres Landes einleiten und gleichzeitig tiefgreifend das Privatleben beeinflussen sowie den gesamten Bereich der Kommunikation umwälzen. Die heute bereits aufgebauten Datenbanken und Großcomputer sind dann vielfältig miteinander verknüpfbar, alle Bereiche der neuen Kommunikationsmedien reichen bis an jeden Arbeitsplatz, bis in jedes Wohnzimmer.

Das Terminal, die Arbeit mit dem Bildschirm, wird vorherrschend sein, die Kontrollmöglichkeiten durch das Großkapital erreichen ungeahnte Dimensionen im betrieblichen und privaten Bereich. Der bereits erprobte Bildschirmtext liefert erst den Vorgeschmack auf kommende Dienste, die ermöglicht werden durch das Verknüpfen von Mikroelektronik und Optoelektronik. Im Prinzip wird dadurch die Möglichkeit geschaffen, vielfältige Tätigkeiten aus dem Büro in die Privatwohnung zu verlagern und gleichzeitig die Kontrolle der erledigten Arbeit und ihrer Qualität vollständig sicherzustellen.

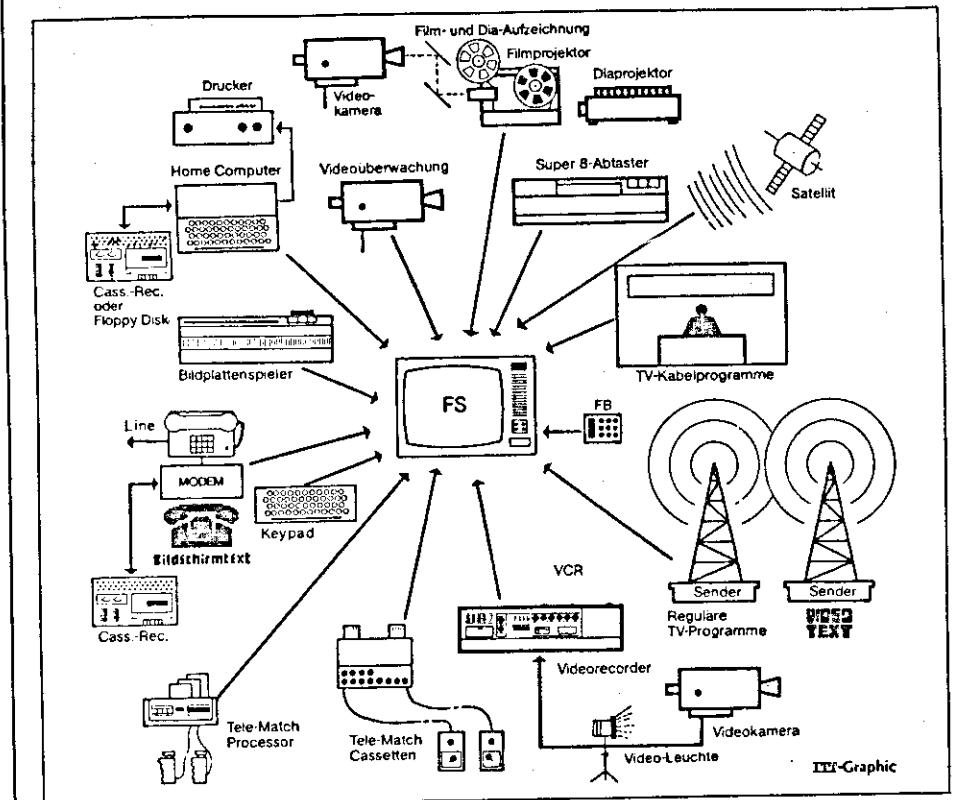
Auf diesen zu erwartenden Markt im Bereich des privaten Verbrauchs (Videorekorder und -anlagen, neue Fernseher mit bis zu 60 Programmen) und der Investitionsmöglichkeiten in den Betrieben (Bürofernschreiben, Fernkopierer, papierloses Büro, Faksimilefernübertragung, Bildfernsprechen, Übertragung und Verarbeitung von Meß- und Regeldaten usw.) konzentriert sich seit Jahren bereits ein wesentlicher Teil der Monopole.

In den 70er Jahren ließen die Großunternehmen und die politisch herrschenden Kräfte in Kommissionen und Ausschüssen des Bundestages feststellen, welcher Bedarf an neuen Kommunikationstechnologien besteht, wie und mit welchen Investitionen er zu decken ist. In allen diesen Diskussionen spielte

und kleinerer Produzenten und Kabelbaufirmen, die vor allem das Projekt Ludwigshafen ausführen sollen. Diese Firmen sind an einer schnellen Verkabelung interessiert, obwohl die Glasfasertechnik erst etwa 1985/86 reif sein wird, um in der Breite eingeführt werden zu können. Sie setzen auf den vorläufigen Ausbau mit Kupfer-Koaxialkabeln und verlangen gleichzeitig den Rückkauf der Netze durch die Post nach Abschreibung (ca. 20 Jahre). Vor allem aber wollen sie im Stadtbereich, dort, wo kurzfristig Profite möglich sind, die Einführung privater Netze.

Kaum war Schwarz-Schilling im Amt, da erhöhte er die Investitionssumme 1983 für Breitbandkommunikation von 480 Millionen DM auf 1 Milliarde und versprach für die nächsten vier Jahre insgesamt 4 Milliarden DM. Im Kooperationsangebot an die Medienkonzerne sicherte er die Einführung privater Netze und den Rückkauf nach Abschreibung zu, ein guter Vertreter der Unternehmerinteressen also.

Die gesamte neue Bundesregierung ist durchdrungen von dem Wunsch, es



der „Medienexperte“ der CDU/CSU eine herausragende Rolle. Schwarz-Schilling war über alles informiert, war und ist auch in der Lage, jeden zu informieren.

Inzwischen wurde auch klar, welchen Zweck das große Engagement dieses Batterieproduzenten der Firma „Sonnenschein“ aus dem hessischen Büdingen hatte, war er doch gleichzeitig Mitglied der „Projektgesellschaft für Kabelkommunikation mbH“ in Wiesbaden, eines Zusammenschlusses mittelgroßer

den Konzernen so gut wie möglich zu machen, die alte Regierung noch zu übertreffen im Ausverkauf der Arbeiterinteressen. Insofern ist Schwarz-Schilling nur ein besonders schillernder Paradiesvogel in dieser Runde, wobei er gleichzeitig in Widerspruch zu den großen Unternehmen gerät; denn diese setzen auf die neueste, die Glasfasertechnologie. Siemens hat z. B. 10 Milliarden DM aus seinen Profiten „auf die Seite gelegt“, um sie bei Einführungsreife der neuen Kabeltechniken massiv einsetzen zu können. B. G.

Milliarden- Steuergeschenke

Man stelle sich vor, ein Arbeiter oder Angestellter zahle seine Lohnsteuer aus dem Jahre 1982 erst 1986! Man stelle sich vor, ein Arbeiter oder Angestellter genehmige sich einen Steuerfreibetrag von DM 10 000 mit der Begründung, er habe sich einen zur Erreichung seines Arbeitsplatzes benötigten PKW gekauft! Man stelle sich vor, ein Arbeiter oder Angestellter zahle nur die Hälfte der Lohnsteuer und warte auf einen „Betriebsprüfer“, der vielleicht jedes Jahrzehnt einmal vorbeikommt!

Alles undenkbar, nicht nur, weil es rechtlich nicht zulässig ist, sondern technisch auch gar nicht möglich. Denn die Lohnsteuer kriegt der Steuer-

Nach Redaktionsschluß

Am 31. Dezember 1982 betrug die Zahl der Arbeitslosen 2,223 Millionen, die der Kurzarbeiter 1,114 Millionen und die der offenen Stellen 0,061 Millionen.

zahler ja niemals in die Finger, die wird ihm vorab abgezogen. Und wenn er bestimmte Tatbestände steuermindernd geltend machen kann, so in der Regel erst im Lohnsteuerjahresausgleich, also ein Jahr später.

Alle die aufgezählten Möglichkeiten – und noch viele mehr – hat aber das Unternehmen und der Selbständige. So bezogen sich z. B. in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1981 19 Prozent der Körperschaftsteuerzahlungen auf das Jahr 1977. Und der Friedrich-Flick-Konzern erzielte 1975 durch den Verkauf eines Aktienpaketes der Daimler-Benz AG einen Gewinn von etwa 1,9 Milliarden DM, den er zum Kauf verschiedener anderer Beteiligungen verwendete. Da diese Transaktionen vom Bundeswirtschaftsministerium als „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig“ bezeichnet wurden, blieb der Gewinn steuerfrei. Daß es dabei nicht mit „rechten Dingen“ zugegangen sein soll, daß offensichtlich Bestechungszahlungen geleistet wurden, beschäftigt inzwischen die Staatsanwaltschaft. Doch dem Flick-Konzern wird dies kaum schaden, außerdem geht es dabei nur um einen Teil des Steuergewinns, nämlich um 450 Millionen, nicht um die tatsächliche „Ersparnis“ von einer Milliarde.

Die Tatsache, daß die Unternehmen selbst illegale Methoden der Steuerhinterziehung nicht scheuen, sollte aber den Blick für die viel bedeutenderen Fälle der völlig legalen Umgehung von Steuertatbeständen nicht trüben: Die nebenstehende, auf einer Statistik des Bundesfinanzministeriums beruhende

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

Index 1976 = 100	Oktober 1982	Veränderung in v. H. gegenüber	
		September 1982	Oktober 1981
Produktion	108,2	+2,1	-4,8
Auftragseingänge ¹	123,7	-0,6	-9,1

¹ nominal

(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

2. Preise

Index 1976 = 100	November 1982	Veränderung in v. H. gegenüber	
		Oktober 1982	November 1981
Lebenshaltung	132,3	+0,2	+4,7
Industriepreise	134,8	-0,1	+4,1
Landw.			
Erzeugerpreise ¹	109,1	0,0	+0,6
Importpreise ¹	148,6	+1,3	+1,7
Exportpreise ¹	127,6	+0,1	+3,5

¹ Oktober

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

3. Arbeitsmarkt (in 1000)

	November 1982	Veränderung in v. H. gegenüber	
		Oktober 1982	November 1981
Arbeitslose	2038	+118	+548
Kurzarbeiter	1033	+205	+597
Offene Stellen	62	-17	-70

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

4. Steuerfehlbeträge

	Mill. DM
1970	3 574
1975	10 893
1976	11 337
1977	12 555
1980	15 022
1981	16 949

(Quelle: WSI-Mitteilungen, 10/1982, S. 629)

Tabelle macht deutlich, in welchem Umfang Unternehmen und Selbständige mit ihrer Steuerzahlung im Rückstand bleiben. Dabei beziehen sich die für 1981 festgestellten Fehlbeträge nur auf einen Teil der Steuern.

Das gewerkschaftliche Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) schätzt die registrierten Rückstände daher auf mindestens 22,6 Milliarden. Nicht gerechnet sind hierbei die Fehlbeträge, die von den Finanzämtern nicht erfaßt wurden, also aus nicht aufgedeckten Hinterziehungen, nicht abgeschlossenen Prüfungsvorgängen usw.

Auch die 450 Millionen von Flick müßten hier einberechnet werden. Zusammen nimmt das WSI eine Summe von 33 Milliarden für 1981 an. Würde dieser Betrag auch nur verzinst, so würde dies jährlich drei Milliarden zusätzlicher Einnahmen bringen. Berücksichtigt man, daß zumindest ein Teil der lawinenartig anwachsenden Rückstände durch energischeres Vorgehen der Finanzämter eingetrieben werden könnte – das WSI nennt die Zahl von 5 Milliarden –, dann wird deutlich, wo die finanziellen Spielräume z. B. für zusätzliche beschäftigungspolitische Maßnahmen sind.

J. G.

Vor der BDA sprach Esser Klartext auch zur Lohnpolitik

Auf der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände am 10. Dezember in Bonn-Bad Godesberg sprachen deren Präsident, Otto Esser, und Wirtschaftsminister Lambsdorff. Mit einem Zynismus, der bisher in dieser Offenheit kaum zu hören war, wurde hier den gewerkschaftlichen Forderungen der Kampf angesagt. Regierung und Unternehmer machten sich gegenseitig Komplimente. Während Esser feststellte, daß der von der Bundesregierung angestrebte wirtschafts-, sozial- und finanzpolitische Kurs „in seinen erkennbaren Grundzügen den Erfordernissen unserer Zeit“ entspreche, bedachten die Unternehmer wiederum Lambsdorffs Ausführungen mit nicht enden wollendem Beifall.

Esser und Lambsdorff hatten, trotz ihres Beharrns auf der Fortsetzung des sozial- und lohnpolitischen Kahl-schlags, die Stirn, „den notwendigen politischen und demokratischen Grundkonsens in unserer Gesellschaft“ (Esser) bzw. den „sozialen Konsens“ (Lambsdorff) zu beschwören, d. h. die prinzipielle Übereinstimmung im Rahmen des herrschenden kapitalistischen Systems.

Auf der Basis der vor einem Jahr entwickelten grundlegenden sozialpolitischen Ziele will Esser die Senkung der konsumtiven zugunsten der investiven Ausgaben und die Neuordnung der sozialen Sicherungssysteme nach den Vorstellungen der Unternehmer. Es müßten vor allem weitere Schritte in Richtung Selbstbeteiligung der Versicherten an den Krankenkosten unternommen werden. Das Arbeitslosengeld müsse „strukturell“ neu gestaltet werden. Dahinter verbirgt sich nichts anderes, als arbeitslose Ehefrauen beim Arbeitslosengeld wesentlich schlechter als bisher zu stellen, weil sie „nur einen vergleichsweise kleinen Beitrag zum Einkommen der Familien“ leisteten.

Klartext sprach Esser auch zur Lohnpolitik. 1983 müßten die Tarifabschlüsse „sehr deutlich und erheblich unter denen des Jahres 1982 bleiben“. Der Inflationsausgleich dürfe deshalb auch 1983 „nicht die Zielvorstellung der Tarifpolitik“, sondern die beherrschende Zielvorgabe müsse vielmehr „die Stärkung der Ertrags- und Investitionskraft der Unternehmen“ sein. Eine Absage erteilte Esser allen gewerkschaftlichen Bestrebungen nach einer „überproportionalen Anhebung der unteren Lohngruppen und der Ausbildungsvergütungen“.

Es bestehe Einigkeit zwischen den Verbänden der Bundesvereinigung, „generelle Verkürzungen der Arbeitszeit abzulehnen“. Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit komme überhaupt nicht in Frage, etwas komplizier-

ter seien die Probleme mit einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Aber auch der Döding-Plan koste eine zweistellige Milliardenzahl.

In weiten Bereichen war das Referat Lambsdorff mit dem des Unternehmerpräsidenten deckungsgleich, wenngleich Lambsdorff in Ton und Wortwahl noch aggressiver war. Auch er betonte, daß es vorrangiges Ziel der Regierung sei, „vor allem die Investitionsanreize für die Unternehmen zu verstärken“. Der Wohnungsbau werde „vor allem auch durch die Liberalisierung im Bereich der Mietgesetzgebung attraktiver gemacht“. Das soziale Sicherungssystem müsse an verringerte Wachstums-spielräume angepaßt und die Dynamik des Sozialtransfers gebremst werden. Die öffentlichen Personalausgaben müßten begrenzt und die Gehaltsstruktur im öffentlichen Dienst geändert, vor allem die der Eingangssämter gesenkt werden.

Lambsdorff sprach sich für eine längerfristig orientierte Lohnpolitik aus, wobei das Modell des Sachverständigenrats in einer Koordination von Tariflohnabschlüssen mit einer „Gewinnbeteiligung“ geprüft werden könne. Daß man auch bei den Gewerkschaften konstruktive Überlegungen anstelle, zeige „das Arbeitnehmerdarlehensmodell der IG Textil“. Er kündigte neue Gesetzesinitiativen zur „Vermögenspolitik“ an.

Mit der gegenwärtigen tarifpolitischen Orientierung der Gewerkschaften war der Wirtschaftsminister recht zufrieden. Er wolle sich „bewußt“ mit Ausführungen zur derzeitigen Tarifrunde zurückhalten. Die Tarifpartner gewärtig, „welche Lohnerhöhungen gegenwärtig beschäftigungs- sowie branchen- und unternehmenspolitisch noch vertretbar sind“. Seine positive Hoffnung gründe sich auch auf die Gespräche mit den Gewerkschaften, „die wir zusammen beim Bundeskanzler und bei anderen Gelegenheiten innerhalb von vier Wänden geführt haben“.

Heinz Schäfer

Angestellte im Visier

„Die Rationalisierungsorgie, mit der wir es gegenwärtig zu tun haben, stellt einen beispiellosen Angriff auf die Arbeitsplätze, das Leistungsvermögen, die Gesundheit und die Qualifikation der Arbeitnehmer dar.“ Mit dieser Feststellung kennzeichnete Siegfried Bleicher, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, auf einer zentralen Angestelltenkonferenz des DGB in Osnabrück die Auswirkungen der neuen Technologien, die immer stärker jetzt auch in Büros und Verwaltungen eingesetzt werden. Die Konferenz mit über 200 Teilnehmern tagte am 10. und 11. Dezember 1982 und behandelte das Thema „Zukunft mitbestimmen – Angestelltenberufe im Wandel“.

Die Gewerkschaften seien keine Maschinenstürmer, sagte Bleicher, „aber wir werden nicht zulassen, daß Maschinen zu Menschenstürmern werden“. Nicht die neuen Technologien und technischen Systeme gefährdeten die soziale Existenz der Arbeitnehmer, sondern diejenigen, die über Art und Weise der Anwendung bestimmen. Es gehe den Gewerkschaften darum, diese Entwicklung „sozial beherrschbar und kontrollierbar“ zu machen. Wie nie zuvor müßten die Gewerkschaften sich auf die eigene Kraft besinnen. Die Büro-rationalisierung werde in den 80er Jahren „eine der großen Herausforderungen gewerkschaftlicher Angestelltenpolitik“.

Es gab viel Zustandsbeschreibung und düstere Prognosen auf dieser Konferenz. Etwas kurz geriet jedoch die Antwort auf die Frage nach den gewerkschaftlichen Alternativen und wie sie vom Papier in die Praxis umzusetzen sind. Vier „unabdingbare Forderungen“ nannte Bleicher, von denen die Befürwortung des technischen Wandels abhängig gemacht werden müsse: 1. die sozialen Auswirkungen müßten vor Einführung und Anwendung hinreichend bekannt sein; 2. Mitbestimmung bei Planung und Anwendung neuer Techniken; 3. Vermeidung massenhafter Arbeitsplatzvernichtung; 4. neue Technologien müssen vorrangig der Humanisierung der Arbeit dienen.

Genau diese vier Forderungen werden aber von den Anwendern der Mikroprozessoren und neuen Kommunikationssysteme, den Unternehmern, ignoriert. Und was nun? Die Antwort blieb im Nebel allgemeiner Mitbestimmungsforderungen etwas unklar. Einige Diskussionsredner wurden schon deutlich, wenn sie gewerkschaftliche Mobilität und Aktionen forderten. Zweifellos kann die Mitbestimmungskonzeption des DGB auch in dieser Frage weiterführen. Jedoch von selbst verwirklicht sie sich nicht.

G. S.

Abwehrkampf der Gewerkschaften für Arbeitnehmer lebensnotwendig

Interview mit Herbert Mai,
Vorsitzender des Bezirks Hessen der Gewerkschaft ÖTV

Besonders trifft die Sozialdemontage die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Gemeinsam sind Bund, Länder und Gemeinden angetreten, soziale Leistungen und Stellen zu streichen. Leidtragende sind nicht nur die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, sondern die gesamte Bevölkerung. Zu diesen Problemen beantwortet Herbert Mai, Vorsitzender des Bezirks Hessen der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), unserer Redakteurin Renate Bastian einige Fragen. In dem Interview spricht sich der ÖTV-Funktionär für einen breitangelegten Abwehrkampf der Gewerkschaften aus.

NACHRICHTEN: Kollege Mai, Sie wurden in einer Zeit zum Bezirksvorsitzenden der ÖTV Hessen gewählt, die Sie als eine historische Phase der Nachkriegsgeschichte bezeichnet haben. Welche Aufgaben sehen Sie für sich persönlich und für die hessische Bezirksorganisation der ÖTV, um den Abwehrkampf gegen den bereits begonnenen Sozialabbau zu führen?

Herbert Mai: Wir stehen deshalb vor einer entscheidenden historischen Phase, weil ein Gelingen der Verschlechterung der materiellen und sozialen Lage durch die Arbeitgeber auch die Gewerkschaften entscheidend schwächen würde. Die Erfahrung lehrt uns doch, daß alles das, was den Arbeitnehmern einmal weggenommen wurde, erst in jahrzehntelangem Kampf wieder aufgeholt werden kann. Kein Arbeitnehmer glaubt daran, daß Arbeitgeber von sich aus Lohnhöhungen vornehmen oder soziale Leistungen erbringen würden.

Gelingt den Arbeitgebern und der Regierung einmal ein Einstieg in Sozialabbau und Lohnverzicht, so werden weitere Maßnahmen zur Verschlechterung der Lage der Arbeitnehmer folgen. Ein breitangelegter Abwehrkampf der Gewerkschaften ist deshalb für Arbeitnehmer jetzt lebensnotwendig.

Die stattgefundenen Demonstrationen des DGB können hier nur Auftakt sein. Dieser Kampf muß auf allen Ebenen, auch der betrieblichen, fortgeführt werden. Dabei sehen wir vordringlich die Aufgabe, den Mitgliedern und Arbeitnehmern Inhalt, Hintergrund und Ausmaß der Angriffe auf die materielle und soziale Lage deutlich zu machen. Die Mitglieder müssen in der Bereitschaft zum Abwehrkampf gefördert werden.

NACHRICHTEN: In Ihrem Schlußwort zur außerordentlichen Bezirksdelegiertenkonferenz haben Sie eine breite Kampagne der gewerkschaftlichen Ge-

genwehr gegen die Politik der Haushaltssanierung auf Kosten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst angekündigt. Wie soll diese Kampagne geführt werden?

Herbert Mai: Die Politik der Haushaltssanierung auf Kosten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wird derzeit von allen öffentlichen Arbeitgebern praktiziert. Bund, Länder und Gemeinden streichen rigoros Stellen und soziale



Leistungen für die Beschäftigten. Die Auswirkungen treffen allerdings nicht nur die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, sondern durch Einschränkungen notwendiger Dienstleistungen auch die übrigen Arbeitnehmer und Bürger. Wir werden diesen Zusammenhang der Sparpolitik und der Einschränkung der Dienstleistungen in der Öffentlichkeit stärker herausstellen.

Den Personalräten wollen wir Informationen an die Hand geben, damit sie einheitlich und geschlossen im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Einsparungen vorgehen können.

Ein Schwerpunkt dieser Auseinandersetzungen wird sicherlich im Gemeindebereich liegen. Wer hätte vor Jahren noch gedacht, daß viele Gemeinden über die Schließung von Schwimmbädern, Kindergärten und Kindertagesstätten, Bibliotheken, kultureller Einrichtungen und über Einschränkung des öffentlichen Nahverkehrs nicht nur nachdenken würden, sondern dies konkret beschließen und umsetzen.

NACHRICHTEN: Die Bedrohung der Arbeitsplätze durch fortschreitende Rationalisierung auch im öffentlichen Dienst wird von den ÖTV-Mitgliedern als besonders drängend diskutiert. Welche Schritte zur Arbeitsplatzsicherung sehen Sie als notwendig an?

Herbert Mai: Durch Rationalisierungsmaßnahmen und Stellenabbau sind im letzten Jahr im öffentlichen Dienst in Hessen weit über 2000 Arbeitsplätze abgebaut worden. Bisher haben wir uns nur darauf konzentriert, Entlassungen und Kündigungen beim Personalabbau zu verhindern. Dies ist uns auch weitgehend gelungen. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit müssen wir als Gewerkschaft auch darauf drängen, daß vorhandene Arbeitsplätze erhalten werden. Als einer der ersten Schritte müssen die Tarifverhandlungen der ÖTV zur Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung abgeschlossen werden. Hier sträuben sich die öffentlichen Arbeitgeber beharrlich, bessere Bedingungen des Rationalisierungsschutzes tarifvertraglich zu vereinbaren.

Darüber hinaus müssen wir prüfen, welche gewerkschaftlichen Schritte möglich sind, um Arbeitsplätze insgesamt erhalten zu können. Dazu bedarf es sicherlich der Solidarität nicht nur der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. In diesem Zusammenhang ist auch eine Verbesserung der Mitbestimmungsrechte der Personal- und Betriebsräte erforderlich.

NACHRICHTEN: Die Bezirksdelegiertenkonferenz hat die Verfassungsklage des DGB Rheinland-Pfalz gegen die Lagerung von Giftgas durch US-Streitkräfte in der Bundesrepublik begrüßt und Unterstützung zugesagt. Wie soll dies konkret geschehen?

Herbert Mai: In einem Antrag der Bezirksdelegiertenkonferenz wurde festgehalten, daß wir alles unterstützen, was dazu dient, die Existenz vorhandener Giftlager aufzudecken, deren Entfernung zu erreichen und eine zukünftige Lagerung derartiger Stoffe zu verhindern. Durch diese Arbeit kann am besten die Verfassungsklage des DGB Rheinland-Pfalz unterstützt werden.

Darüber hinaus sind wir der Auffassung, daß die Problematik Anlaß sein muß, um über grundsätzliche Abrüstungsfragen in Ost und West zu diskutieren. Dabei muß sicherlich auch der Zusammenhang zwischen Rüstung und Sozialabbau betrachtet werden.

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

Grundsätze des DGB zur Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsrechts

Wesentlicher Teil der „Mitbestimmungsinitiative“ des DGB (so die Bezeichnung einer neuen Kampagne für wirksame Mitbestimmung auf den drei Ebenen: Betrieb, Unternehmen, Gesamtwirtschaft) sind die „Grundsätze des DGB zur Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsrechts“. Sie wurden in der Oktober-Sitzung des DGB-Bundesvorstandes beschlossen. Diese „Grundsätze“ stellen ein geschlossenes Konzept des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Novellierung des geltenden Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 dar. In seinen Forderungen hat der DGB die Erfahrungen der Betriebsräte und Gewerkschafter im zehnjährigen Umgang mit dem Betriebsverfassungsgesetz berücksichtigt (siehe auch NACHRICHTEN 12/82). Allerdings ist auch eine bemerkenswerte Inkonsistenz festzustellen. Während die meisten Anhörungs-, Beratungs- und Beteiligungsrechte in personellen und sozialen Angelegenheiten auf das Niveau von Mitbestimmungsrechten angehoben werden sollen, ist dies bei den wirtschaftlichen Angelegenheiten nicht vorgesehen. In diesem Bereich sollen lediglich die Informations- und Beteiligungsrechte der Betriebsräte erweitert werden. Die Einführung wirksamer Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte in wirtschaftlichen Angelegenheiten ist jedoch eine Forderung, die von nahezu allen DGB-Gewerkschaften auf ihren Gewerkschaftstagen wiederholt verlangt worden war.

Nachstehend bringen wir die in 15 Kapiteln gegliederten Forderungen des DGB samt der vorangestellten Einleitung. Die Begründungen des 93 Seiten langen Konzepts mußten wir aus Platzgründen unberücksichtigt lassen. G. S.

Inhaltsverzeichnis:	
Grundsätze des DGB zur Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsrechts	13
Auf Verleumdungen und Tricks unzweideutige Antworten Interview mit Herbert Mies, Vorsitzender der DKP	16
Protest gegen Verkauf der Büchergilde	18
Wirtschaftspolitik und die Gewerkschaften (Ein Beitrag zum Karl-Marx-Jahr)	20

Der DGB ist der Auffassung, daß das Betriebsverfassungsgesetz 1972 gegenüber den gesetzlichen Grundlagen von 1952 zur Fortentwicklung des Betriebsverfassungsrechts beigetragen hat. Es muß jedoch ebenso deutlich festgestellt werden, daß auch dieses Gesetz nicht die vom DGB geforderte umfassende betriebliche Mitbestimmung verwirklicht hat. Darüber hinaus haben sich in den zurückliegenden Jahren der Praktizierung des Gesetzes nicht wenige Mängel gezeigt. So reichen z. B. seine Regelungen nicht aus, um der Arbeitgeberstrategie entgegenzutreten, durch Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen und Leistungsverdrängung wirtschaftliche Interessen auf dem Rücken der Arbeitnehmer auszutragen.

Es geht ferner darum, bestimmte Lücken, die der Gesetzgeber bei der letzten Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes noch nicht oder nicht genügend erkennen konnte, zu beseitigen und entsprechende gesetzliche Vorschriften zu schaffen. Beispielhaft kann auf die immer notwendiger werdende umfassende Mitbestimmung des Betriebsrats bei der Personaldatenverarbeitung einschließlich der Ermittlung und Verwendung von Personaldaten verwiesen werden.

Es ist somit erforderlich, das Betriebsverfassungsrecht zu verbessern. Mit diesen Grundsätzen stellt der DGB entsprechende Forderungen auf, die insbesondere beinhalten: Erweiterung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats; Verbesserung seiner Arbeitsmöglichkeiten; Verstärkung der Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft; Einbeziehung aller Arbeitnehmer in die Schutzfunktion des Gesetzes; Abbau der Gruppenschranken zwischen Angestellten und Arbeitern.

Auf keinen Fall darf es bei einer Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes darum gehen, bereits geltendes Recht zu verschlechtern und Änderungen vorzunehmen, die einen sozialen Rückschritt bedeuten würden. Deshalb wendet sich der DGB mit allem Nachdruck gegen Bestrebungen, den betriebsverfassungsrechtlichen Begriff des leitenden Angestellten auszudehnen, Sprecherausschüsse für diesen Personenkreis zu schaffen, Arbeitsgruppensprecher einzurichten sowie das im Gesetz ohnehin vorgesehene Verhältniswahlrecht durch seine Anwendung etwa auch bei der Besetzung bestimmter Betriebsratspositionen oder der Freistellung von Betriebsratsmitgliedern zu übersteigern. Der DGB sieht in diesen Bestrebungen den Versuch, die Arbeitnehmerschaft zu spalten, den Betriebsrat als betriebliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu schwächen und darüber hinaus die Einheitsgewerkschaft zu treffen.

Der DGB erwartet, daß diese Grundsätze bei einer künftigen Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes von den gesetzgebenden Körperschaften berücksichtigt werden. Er behält sich vor, zu gegebener Zeit eine Ergänzung und Konkretisierung der Grundsätze vorzunehmen.

Der DGB weist ferner ausdrücklich darauf hin, daß diese Grundsätze für die Weiterentwicklung des Bundespersonalvertretungsgesetzes und der Landespersonalvertretungsgesetze entsprechend anzuwenden sind. Den Besonderheiten, wie sie sich aus der Struktur des öffentlichen Dienstes ergeben, muß dabei selbstverständlich Rechnung getragen werden. Unabdingbar ist jedoch, daß die betriebliche Mitbestimmung für die Beschäftigten in den Betrieben und Verwaltungen des öffentlichen Dienstes sowie den öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen die gleiche Qualität wie für die Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft aufweist.

I. Grundlagen der Tätigkeit der Betriebsverfassungsorgane

1. Ausdrückliche Klarstellung, daß der Betriebsrat im Rahmen der Betriebsverfassung – in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft – die Interessen der Arbeitnehmer im Betrieb wahrzunehmen hat. Grundsätzliche Beibehaltung der Verpflichtung, daß Arbeitgeber und Betriebsrat unter Beachtung der geltenden Gesetze und Tarifverträge zusammenzuarbeiten haben, jedoch ohne ausdrückliche Erwähnung des Wortes „vertrauensvoll“.

2. Aufrechterhaltung des Verbots von Arbeitskämpfen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat als Betriebsverfassungsorgane, jedoch Wegfall des nach § 74 Abs. 2 Satz 2 bestehenden Gebots, daß Arbeitgeber und Betriebsrat Betätigungen zu unterlassen haben, durch die der Arbeitsablauf oder der Betriebsfrieden beeinträchtigt werden.

3. Einschränkung des Verbots der parteipolitischen Betätigung von Arbeitgeber und Betriebsrat in § 74 Abs. 2 Satz 3 dahingehend, daß Arbeitgeber und Betriebsrat als Organe der Betriebsverfassung Betätigungen für politische Parteien und Gruppierungen zu unterlassen haben; die grundgesetzliche Meinungsfreiheit des einzelnen Betriebsratsmitglieds bleibt davon unberührt.

4. Klarstellung, daß der Betriebsrat berechtigt ist, mit allen Stellen jederzeit Verbindung aufzunehmen, wenn er das zur Wahrnehmung seiner Rechte und Aufgaben für erforderlich hält.

5. Berechtigung der Betriebsverfassungsorgane, auf jede ihnen als geeignet erscheinende Weise mit den Arbeitnehmern des Betriebes in Verbindung zu treten, wie z. B. durch Informationsschriften oder mündliche bzw. schriftliche Mitteilungen.

6. Zugang des Betriebsrats und der einzelnen Betriebsratsmitglieder zu allen Betriebsbereichen und den einzelnen Arbeitsplätzen, das hat auch für sogenannte Sicherheitsbereiche, wie etwa den Rechenzentrums-, Datenschutz- und Forschungsbereich zu gelten.

7. Klarstellung, daß eine Geheimhaltungspflicht des Betriebsrates bzw. der einzelnen Betriebsratsmitglieder gegenüber Gewerkschaftsvertretern und Vertretern der Stellen, mit denen der Betriebsrat und die einzelnen Betriebsratsmitglieder zur Wahrnehmung von Betriebsratsrechten und -aufgaben in Verbindung treten, keine Anwendung findet; darüber hinaus keine Anwendung der Geheimhaltungspflicht gegenüber den Arbeitnehmern des Betriebs, wenn deren berechtigte Interessen einer Geheimhaltung entgegenstehen.

II. Betriebsratsbildung

1. Vereinfachung der Wahlvorschriften für den Betriebsrat.

2. Gesetzlich abgesichertes Recht des Wahlvorstands, Gewerkschaftsvertreter in Anlehnung an die Regelung des § 31 zu seinen Sitzungen hinzuzuziehen.

3. Verstärkte Einschaltungsmöglichkeiten der im Betrieb vertretenen Gewerkschaft bei der Betriebsratsbildung.

4. Erleichterung der Betriebsratswahl durch Abbau des Gruppenprinzips; in diesem Rahmen auch Vorrang der gemeinsamen Wahl gegenüber der Gruppenwahl. Ablehnung des Bestrebens, durch übersteigerte Gruppen- und Minderheitenregelungen die Betriebsratswahl zu erschweren und die betriebliche Interessenvertretung zu spalten.

5. Vertretungsrecht für alle Beschäftigten, die nicht umfassende Unternehmer-/Arbeitgeberfunktionen haben, durch den Betriebsrat; Ablehnung aller Versuche, durch einen weitgefaßten betriebsverfassungsrechtlichen Begriff des leitenden Angestellten die Arbeitnehmerschaft zu spalten und Sprecherausschüsse für die leitenden Angestellten zu errichten.

6. Erhöhung der Zahl der Betriebsratsmitglieder.

7. Möglichkeit der Wahl eines Betriebsobmannes bereits in Betrieben ab drei wahlberechtigten Arbeitnehmern.

8. Zuordnung von Nebenbetrieben und Betriebsteilen ohne eigenen Betriebsrat zum Hauptbetrieb oder auf Beschluß der betroffenen Arbeitnehmer zu einem anderen Betrieb.

9. Bildung eines einheitlichen Betriebsrats für den Gesamtbetrieb einer Unternehmensgruppe, wenn dieser Gesamtbetrieb an einem Standort und unter einheitlicher, wirtschaftlicher und/oder personeller Leitung steht.

10. Erfassung betriebsratsfähiger Betriebe ohne Betriebsrat.

11. Ausdrücklicher Schutz, wie etwa Kündigungsschutz, für Arbeitnehmer, die im Rahmen der Vorbereitung, Einleitung und Durchführung der Betriebsratswahl tätig werden.

III. Arbeitsgrundlagen des Betriebsrats

1. Eigene Verantwortungszuständigkeit des Betriebsrats für Entscheidungen oder Beschlüsse im Bereich seiner Geschäftsführung und sonstigen Befugnisse. Tatsächliche Vermutung der Rechtmäßigkeit dieser Entscheidungen und Beschlüsse, die nur durch Spruch der Einigungsstelle oder Entscheidung des Arbeitsgerichts geändert werden können.

2. Abbau des Gruppenprinzips.

3. Voll-Freistellung von Betriebsratsmitgliedern bereits in Betrieben ab 200 Arbeitnehmern; Teilfreistellungen in kleineren Betrieben in Anlehnung an den sich dann ergebenden Mindest-Freistellungskatalog. Erweiterung der Regelungen, die auf den Schutz freigestellter Betriebsratsmitglieder vor Nachteilen abstellen.

2. Berechtigung einzelner Arbeitnehmer, nicht nur die Betriebsratssprechstunden aufzusuchen, sondern auch den Betriebsrat oder einzelne Betriebsratsmitglieder jederzeit in Anspruch zu nehmen, ohne daß Nachteile für diese Arbeitnehmer eintreten dürfen.

5. Ausweitung und genügende Verdeutlichung der Regelung, daß der Arbeitgeber neben den Kosten für Sitzungen, Sprechstunden und laufende Geschäftsführung auch solche Kosten zu übernehmen hat, die durch sonstige Betriebsratsstätigkeit entstehen.

6. Schaffung eines ausreichenden Gesamtzeitkontingents für den Betriebsrat bei Schulungs- und Bildungsveranstaltungen nach § 37 Abs. 6; dabei Klarstellung, daß der Arbeitgeber alle Kosten der Betriebsratsschulungen zu übernehmen hat.

7. Ausdrückliche Einbeziehung von Ersatzmitgliedern, Wahlvorstandsmitgliedern, Mitgliedern von Vertretungen nach § 3, Gesamtbetriebsratsmitgliedern, Konzernbetriebsratsmitgliedern, Mitgliedern der Bordvertretung sowie Mitgliedern nach § 117 in den anspruchsberechtigten Personenkreis für Schulungs- und Bildungsveranstaltungen nach dem Betriebsverfassungsgesetz.

IV. Grundsätze der Mitbestimmung und der Unterrichtung

Gesetzliche Festlegung des Begriffs der gleichberechtigten Mitbestimmung des Betriebsrats, einschließlich eines erzwingbaren Initiativrechts. Verbindliche Entscheidung der Einigungsstelle in allen Mitbestimmungsfällen mit der ausdrücklichen Klarstellung, daß auch bei einer gerichtlichen Anrufung (vgl. § 76 Abs. 5 Satz 4) der Spruch der Einigungsstelle durchzuführen ist – gegebenenfalls mit der Anordnung der vorläufigen Vollstreckbarkeit –, und zwar auf jeden Fall bis zu einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung mit der Feststellung der Unwirksamkeit des Einigungsstellenspruchs.

Rechtzeitige und umfassende Unterrichtung des Betriebsrats anhand von Unterlagen in allen Angelegenheiten, die zu den beteiligungspflichtigen Maßnahmen und zu dem sonstigen Aufgabenbereich des Betriebsrats gehören, einschließlich einer umfassenden Erörterung der personellen, arbeitsmäßigen

und sozialen Auswirkungen auf die Arbeitnehmer; Überlassung der entsprechenden Unterlagen, wenn es der Betriebsrat fordert.

Eigenständiges Entscheidungsrecht des Betriebsrats, Sachverständige hinzuzuziehen, einschließlich der Person des Sachverständigen und des Umfangs der gutachterlichen Tätigkeit.

V. Mitbestimmung bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und in sozialen Angelegenheiten

1. Mitbestimmung bei der Planung und Gestaltung der Arbeitsplätze, der Arbeitsinhalte, des Arbeitsumfangs, der Arbeitsorganisation wie der Arbeitsverfahren und der Arbeitsabläufe sowie der Arbeitsumgebung einschließlich der Planungs- und Gestaltungsmittel unter den besonderen Aspekten der menschengerechten Arbeitsgestaltung. Erstreckung der Mitbestimmung auch auf die Einzelheiten der Planungsphasen, beispielsweise Arbeitsplatzuntersuchungen.

2. Mitbestimmung in allen Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, unter Wahrung gesetzlicher oder anderer Vorschriften.

3. Mitbestimmung in allen Fragen der betrieblichen Lohngestaltung, soweit nicht tarifliche Bestimmungen bestehen, einschließlich der Erstellung von Sozialplanregelungen auch für einzelne Arbeitnehmer.

4. Mitbestimmung bei der Aufstellung betrieblicher Ordnungsgrundsätze und einzelnen Kontroll- und Ordnungsmaßnahmen sowie in allen sozialen Angelegenheiten, soweit nicht gesetzliche oder tarifliche Bestimmungen eine abschließende Regelung vorsehen.

VI. Mitbestimmung in allen Angelegenheiten der Personalpolitik

1. Mitbestimmung bei der Personalplanung, einschließlich der einzusetzenden Instrumente zur Ermittlung entsprechender Daten und ihrer Verwendung.

2. Mitbestimmung bei der Aufstellung und Anwendung von Personalführungs- und Beurteilungsgrundsätzen sowie bei der Gestaltung von Auswahlrichtlinien, Personalfragebogen, Formular-Arbeitsverträgen und der Art der innerbetrieblichen Stellenausschreibung.

3. Mitbestimmung und Kontrolle bei der Personaldatenverarbeitung, einschließlich der Ermittlung und Verwendung von Personaldaten.

4. Mitbestimmung bei der Bestellung und Abberufung des Datenschutzbeauftragten sowie Veränderungen seines arbeitsvertraglichen Status.

5. Mitbestimmung bei allen personellen Einzelmaßnahmen, wie Einstellungen, Eingruppierungen, Umgruppierungen, Versetzungen, Umsetzungen, Aufhebungsverträgen und Kündigungen unter Wegfall der für Kleinbetriebe geltenden Ausnahmeregelungen. Die Mitbestimmung hat sich auch auf die Frage zu erstrecken, ob Arbeitsverträge in der Form der Befristung abgeschlossen werden sollen sowie auf die Entscheidung über die Art der Weiterführung (befristet/unbefristet) oder die Beendigung befristeter Arbeitsverhältnisse, einschließlich der Ausbildungsverträge.

6. Berechtigung und Verpflichtung, solche Maßnahmen anzuzeigen und die entsprechende Initiative zu ergreifen, die der Gleichberechtigung von Mann und Frau dienen, einschließlich der Kontrollrechte bei der Durchführung; dabei auch Konkretisierung des in § 75 Abs. 1 enthaltenen allgemeinen Grundsatzes, daß auch wegen des Geschlechts eine unterschiedliche Behandlung zu unterbleiben hat.

7. Mitbestimmung bei allen Maßnahmen der betrieblichen Berufsbildung, unabhängig davon, ob sie im betrieblichen Bereich durchgeführt werden oder auf Veranlassung und mit Unterstützung des Arbeitgebers außerbetrieblich erfolgen. Die Mitbestimmung muß sich auch darauf erstrecken, wer von den Auszubildenden nach Abschluß der Ausbildung in ein Arbeits-

verhältnis übernommen wird. Die Mitbestimmung hat darüber hinaus sicherzustellen, daß Benachteiligungen des Bildungs- und Beschäftigungssystems ausgeglichen und Berufsbildungsmaßnahmen der Herbeiführung von Chancengleichheit benachteiligter Gruppen, wie Frauen, Teilzeitbeschäftigte, ältere und ausländische Arbeitnehmer, dienen.

VII. Mitbestimmungs- und sonstige Beteiligungsrechte in wirtschaftlichen Angelegenheiten

1. Wegfall bestimmter Einschränkungen des geltenden Rechts, wie sie insbesondere in § 111 durch Begriffe wie „wesentliche Nachteile“, „erhebliche Teile“ oder „grundlegende Änderungen“ enthalten sind.

2. Wegfall der im geltenden Recht bestehenden Grenze der Beteiligung des Betriebsrats erst in Betrieben, die mehr als zwanzig wahlberechtigte Arbeitnehmer haben.

3. Aufnahme weiterer Angelegenheiten in den beteiligungspflichtigen Katalog, wie insbesondere „Rationalisierungsmaßnahmen“. Dabei ist zu verdeutlichen, daß es sich bei den im Gesetz genannten Maßnahmen nicht um eine abschließende Aufzählung handelt.

4. Rechtzeitige und umfassende Mitteilung gegenüber dem Betriebsrat über alle Betriebsänderungen, insbesondere rechtzeitige und umfassende Erörterung der personellen, arbeitsmäßigen und sozialen Auswirkungen. Beteiligung des Betriebsrats auch dann, wenn nur einzelne Arbeitnehmer betroffen sind.

5. Befugnis der Einigungsstelle, im Streitfall zwischen Betriebsrat und Unternehmer die Durchführung der Betriebsänderungen mit Auflagen versehen zu können, mit denen die personellen, arbeitsmäßigen und sozialen Auswirkungen auf die Arbeitnehmer aufgefangen oder gemildert werden können.

6. Wegfall der Einrichtung Wirtschaftsausschuß und Übergehen seiner Unterrichts- und Beratungsrechte auf den Betriebsrat bzw. Gesamtbetriebsrat und Konzernbetriebsrat unter gleichzeitiger Streichung der in § 106 Abs. 1 vorgesehenen Begrenzung auf Unternehmen mit in der Regel mehr als 100 ständig beschäftigten Arbeitnehmern.

7. Rechtzeitige und umfassende Unterrichtung des Betriebsrates und Beratung mit ihm unter Zurverfügungstellung der notwendigen Unterlagen über wirtschaftliche Angelegenheiten des Unternehmens mindestens einmal vierteljährlich. Erstreckung der Unterrichtung auf alle Vorgänge und Vorhaben, welche die Interessen der Arbeitnehmer und des Unternehmens berühren können, insbesondere der in § 106 Abs. 3 genannten Angelegenheiten. Rechtzeitige und umfassende Darstellung der Auswirkungen solcher Vorgänge und Vorhaben auf die Personalplanung. Wegfall der Bestimmung, daß die Unterrichtung (im geltenden Recht noch gegenüber dem Wirtschaftsausschuß) unterbleiben kann, wenn es um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Unternehmens geht.

VIII. Zusätzliche Rechte der Arbeitnehmer in der Betriebsverfassung

Verstärkung der Elemente der Betriebsverfassung, die der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Arbeitnehmern bzw. den Arbeitnehmern der verschiedenen Betriebsbereiche einerseits und dem Betriebsrat andererseits dienen, insbesondere im Hinblick auf eine menschengerechte Arbeitsgestaltung, die Abwehr gesundheitlicher Belastungen, den Arbeitsablauf, die Arbeitsorganisation und die Gestaltung der Arbeits- und Betriebsmittel.

IX. Schutz der Betriebsverfassungsorgane

1. Erfordernis der Zustimmung des Betriebsrates auch bei Versetzungen, Umsetzungen und sonstigen personellen Maßnahmen gegenüber Mitgliedern von Betriebsverfassungsorganen und Bewerbern für die Betriebsratswahl.

2. Kündigungsschutz und Schutz vor Versetzungen, Umsetzungen und sonstigen personellen Maßnahmen auch für Ersatzmitglieder von Betriebsverfassungsorganen, soweit es zu ei-

dem Nachrücken in das betreffende Betriebsverfassungsorgan gekommen ist. Entsprechender Schutz auch für Vertrauensmänner der Schwerbehinderten sowie deren Stellvertreter.

X. Aufgaben und Rechte der Gewerkschaft in der Betriebsverfassung

1. Verstärkung der Rechte der im Betrieb vorhandenen Gewerkschaft innerhalb des Betriebsverfassungsrechts.
2. Ausdrückliche gesetzliche Festlegung, daß durch Tarifvertrag das Betriebsverfassungsrecht einschließlich der organisatorischen Bestimmungen weiterentwickelt werden kann; insbesondere ist klarzustellen, daß über das Gesetz hinausgehende günstigere Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen vereinbart werden können.
3. Uneingeschränkter Zugang der Gewerkschaftsvertreter zu den einzelnen Betriebsbereichen und Arbeitsplätzen.
4. Verbesserung der rechtlichen Grundlagen für die Zusammenarbeit des Betriebsrats sowie anderer Betriebsverfassungsorgane und der im Betrieb vertretenen Gewerkschaft.
5. Stärkere Einflußnahme der im Betrieb vertretenen Gewerkschaft sowie des Gesamtbetriebsrats/Konzernbetriebsrats und anderer Betriebsräte des Unternehmens/Konzerns bei der Bildung von Betriebsräten in betriebsratslosen Betrieben.

XI. Betriebs- und Teilversammlungen

1. Durchführung sämtlicher Betriebs- und Teilversammlungen grundsätzlich während der Arbeitszeit.
2. Einengung bzw. Streichung der Bestimmung, daß die Grundsätze des § 74 Abs. 2 auf Betriebs- und Teilversammlungen Anwendung finden.
3. Sachgemäße Begrenzung des Gebots der Nichtöffentlichkeit von Betriebs- und Teilversammlungen.
4. Streichung des Wortes „unmittelbar“ in Bezug auf die in den Betriebs- und Teilversammlungen zu behandelnden Themen.
5. Zusammensetzung der Teilversammlungen aufgrund eines entsprechenden Betriebsratsbeschlusses nach den gegebenen Arbeitnehmerinteressen und Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten.

XII. Gesamtbetriebsrat, Konzernbetriebsrat

1. Abbau des Gruppenprinzips auch bei der Bildung von Gesamt- und Konzernbetriebsräten.
2. Errichtung betrieblicher Arbeitnehmervertretungen auch bei sogenannten Gleichordnungskonzernen und bei der wirtschaftlichen oder organisatorischen Zusammenfassung von Teilbereichen verschiedener Unternehmen.

XIII. Jugendvertretung

1. Ausbau und Konkretisierung der Rechte der Jugendvertretung.
2. Bildung von Jugendvertretungen auch in solchen Betrieben, die zwar betriebsratsfähig sind, aber keinen Betriebsrat haben.
3. Gewährung des aktiven Wahlrechts zum Betriebsrat für die jugendlichen Beschäftigten.
4. Schaffung gesetzlicher Vertretungen auch für Jugendliche in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten.

XIV. Sonderbereiche der Betriebsverfassung

1. Herausnahme von Unternehmen bzw. Betrieben aus dem Tendenzschutz, sofern bei ihnen zwar politische, koalitionspolitische, konfessionelle, karitative, erzieherische, wissenschaftliche oder künstlerische Bestrebungen festzustellen sind, das Gewinnstreben jedoch im Vordergrund steht. In den dann noch den Tendenzregelungen unterliegenden Betrieben und Unternehmen Beschränkung des Tendenzschutzes ausschließlich auf personelle Angelegenheiten, wobei als weitere Voraussetzung hinzutreten muß, daß sich die personelle Maßnah-

me auf einen Tendenzträger bezieht und durch die Tendenz des Unternehmens bedingt ist. Der Begriff „Tendenzträger“ ist eng zu fassen.

Streichung des Tendenzschutzes bei Unternehmen und Betrieben, die Zwecken der Berichterstattung oder Meinungsäußerung dienen, auch wenn das „unmittelbar“ und „überwiegend“ geschieht.

2. Wegfall der Bestimmung in § 118 Abs. 2, daß das Betriebsverfassungsgesetz auf karitative und erzieherische Einrichtungen von Religionsgemeinschaften keine Anwendung findet, und damit deren Einbeziehung in den allgemeinen Tendenzschutz.

3. Erstreckung neuer gesetzlicher Regelungen auf der Grundlage dieser Forderungen auch auf den Bereich der Seeschifffahrt; daher z. B. Ausweitung der Rechte der Bordvertretung und des Seebetriebsrats und Abbau des im geltenden Recht enthaltenen Gruppenprinzips.

Sicherstellung der Anwendung des Betriebsverfassungsgesetzes auch auf solche Handelsschiffe, die zwar unter deutscher Flagge fahren, aber von einem Vertragsreeder mit Sitz im Ausland bereedert werden.

XV. Absicherung der Wahl und der Tätigkeit von Betriebsverfassungsorganen und ihrer Mitglieder

1. Umfassende Absicherung der Wahl und der Tätigkeit der Betriebsverfassungsorgane und ihrer Mitglieder durch Verschärfung der strafrechtlichen Bestimmungen sowie schärfere Ahndung von Verstößen gegen die im Gesetz vorgesehenen Aufklärungs- und Auskunftspflichten.
2. Vereinfachung des Verfahrens nach § 23 Abs. 3 Anrufungsmöglichkeit des Arbeitsgerichts durch Betriebsrat oder Gewerkschaft bereits bei Verstößen des Arbeitgebers gegen seine gesetzlichen Pflichten, nicht erst bei „grobe“ Verstößen. Beschleunigte Abwicklung dieser Verfahren, durch die dem Arbeitgeber aufgegeben werden kann, bestimmte Handlungen zu unterlassen, zu dulden oder vorzunehmen.

Beiträge der DGB-Gewerkschaften

	Beiträge (v. H. des monatl. Bruttoeinkommens)
IG Bau – Steine – Erden	1,25
IG Bergbau und Energie	1
IG Chemie-Papier-Keramik	1
IG Druck und Papier	1,3
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands	0,8
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	1
Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	1,5
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen	1,2
Gewerkschaft Holz und Kunststoff	1,4
Gewerkschaft Kunst*	
Gewerkschaft Leder	1,2
IG Metall	1
Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten	1
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr	1
Deutsche Postgewerkschaft	0,8 aus 13 Monatsbetr.
Gewerkschaft der Polizei	0,7 v. Versorgungsbez.
Gewerkschaft Textil – Bekleidung	1

* Die Mitglieder der acht Verbände zahlen unterschiedliche Beiträge.

Auf Verleumdungen und Tricks unzweideutige Antworten

Interview mit Herbert Mies, Vorsitzender der DKP

Unternehmerpresse und Verfassungsschutz sowie vor allem das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln haben in jüngster Zeit verstärkt die Tätigkeit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in den Betrieben ins Visier genommen. Diese Tatsache nahm NACHRICHTEN-Redakteur Werner Petschick zum Anlaß, dem Vorsitzenden der DKP, Herbert Mies, einige Fragen zu stellen. Dabei ging der DKP-Vorsitzende auch auf die Mitte November des vergangenen Jahres stattgefundene 6. Parteivorstandstagung seiner Partei ein, die sich mit Problemen der Betriebsarbeit beschäftigt hatte.

NACHRICHTEN: Das Institut der Deutschen Wirtschaft behauptet in seinen zahlreichen Publikationen, daß sich der Einfluß der DKP in den Betrieben verstärkt habe. Kann die Parteiführung dies bestätigen und die Frage beantworten, welchen Zweck die Propagandazentrale der Unternehmer mit dieser Behauptung verfolgt?

Herbert Mies: Wenn in den Unternehmersprachrohren behauptet wird, daß sich unser Einfluß in den Betrieben verstärkt habe, so sehen wir keinen Anlaß zu einem Dementi. Zwar sagen die Unternehmer und ihre Sprachrohre selten die Wahrheit – ich erinnere an die wiederholt kolportierte Lüge, wir verfolgten die Absicht, die Gewerkschaften zu unterwandern, oder an das Märchen von den armen, am Hungertuche nagenden Unternehmern, um den arbeitenden Menschen Lohnverzicht schmackhaft zu machen –, aber in diesem Fall haben sie ausnahmsweise die Wahrheit gesagt. Das heißt aber nicht, daß sie sich vom Saulus zum Paulus gewandelt haben.

Wir können die Herren Unternehmerpublizisten leider nicht beruhigen. Unser Einfluß in den Betrieben wird sich weiter verstärken. Es werden mehr Betriebszeitungen erscheinen, und die Zahl unserer Betriebsgruppen wird weiter zunehmen. Darauf orientierte auch unsere kürzlich in Düsseldorf stattgefundene 6. Parteivorstandstagung. Diese Orientierung ergibt sich schon aus der Programmatik und dem Selbstverständnis unserer Partei, die die einzige Partei ist, die konsequent die Interessen der arbeitenden Menschen unseres Landes vertritt. Sie ergibt sich aber vor allem aus den zunehmenden betrieblichen Konfliktstoffen, die nicht wir Kommunisten zu verantworten haben, sondern die die Unternehmenseite mit ihren Entlassungen, Arbeitsplatzvernichtungen, ihrem Herr-im-Hause-Standpunkt verursachen. Wo Arbeiter im Existenzkampf stehen, ist immer auch die Meinung von uns Kommunisten und auch das Entstehen oder Wirken von DKP-Betriebsgruppen gefragt.

Aus dieser Tatsache ergeben sich die Aufgaben für uns Kommunisten. Und diese liegen in einer Zeit, in der sich die kapitalistische Krise zuspitzt, weitere Hunderttausende das Millionenheer der Arbeitslosen vergrößern werden und das Großkapital im trauten Verein mit der Regierung versucht, den arbeitenden Menschen die ganzen Krisen- und Rüstungslasten aufzubürden, in erster Linie im Betrieb. Die Zumutung für die ARBED-Stahlarbeiter, auf tariflich verankerte Leistungen zu verzichten, ist da nur ein kleines Steinchen in einem großen Mosaik.

Was nun den zweiten Teil der Frage betrifft nach dem Zweck der Unternehmerpropaganda, so wäre das Institut der Deutschen Wirtschaft am Kölner Gustav-Heinemann-Ufer oder ihre Brötchengeber bei der Bundesvereinigung der Unternehmerverbände der richtige Adressat. Diese versuchen in einer Zeit, in der einheitliches Handeln gegen Lohn- und Sozialabbau notwendig ist, zu spalten, weil sie wissen, daß die Kommunisten sich in ihrer Interessenvertretung für die Arbeiter und Angestellten und daher logischerweise in ihrer Gegnerschaft zum Großkapital von niemandem übertreffen lassen. Wir wundern

uns daher nicht über die Unternehmervorhaben und nehmen sie zur Kenntnis. Beirren können sie uns nicht.

Im übrigen wäre es gut, wenn sich auch die Gewerkschaften oder sozialdemokratische Betriebsfunktionäre, die parallel zu dem Propagandafeldzug gegen unsere Partei gleichfalls einer Welle von Verleumdungen ausgesetzt sind, nicht beirren lassen würden.

NACHRICHTEN: Ein besonderer Angriffspunkt der Unternehmerpropaganda, z. B. in der Schrift: Müller/Niedenhoff „Gesellschaftskritik der DKP – Behauptung und Entgegnung“, ist ihre Orientierung auf die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Was versteht die DKP unter Aktionseinheit, und wie soll sie im Betrieb verwirklicht werden?

Herbert Mies: Wenn man mich in diesen Tagen fragt, was Aktionseinheit ist und wie sie im Betrieb verwirklicht werden soll, dann bin ich versucht, darauf zu antworten: Schaut auf die Großkundgebungen und Demonstrationen des DGB Ende Oktober / Anfang November, auf den Schulterschluß von kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern, und ihr könnt fühlen, was Aktionseinheit ist. Schaut auf das Zusammenstehen von kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitervertretern in den Betrieben, in der Verteidigung von Arbeitsplätzen, in der Zurückweisung von Angriffen auf betriebliche Vereinbarungen, in der Unterschriftensammlung unter den gewerkschaftlichen Appell „Frieden durch Abrüstung“, und man kann spüren, was Aktionseinheit im Betrieb bedeutet. Selbstverständlich ist das allein für sich genommen noch nicht die Ausfüllung dessen, was wir Kommunisten unter Aktionseinheit verstehen.

Es ist nur zu natürlich, daß unsere Orientierung auf das gemeinsame Handeln der Arbeiterklasse den Unternehmervorständen Sorge bereitet. In der Schrift von Müller/Niedenhoff werden unsere Vorstellungen, bis auf einen Punkt, richtig zitiert. Man könnte meinen, daß damit Verfälschungen unmöglich seien, aber weit gefehlt. Wir gehen davon aus, daß es gemeinsame Grundinteressen der Arbeiter und Angestellten gibt, die ein gemeinsames Zusammenwirken erfordern. Dabei gibt es selbstverständlich verschiedene Stufen der Aktionseinheit, und am besten wäre es, wenn sich die Organisationen der Arbeiter über gemeinsame interessierende Fragen und Aktionen einigen könnten. Aber wir machen nicht, wie dies Müller/Niedenhoff in ihrer „Entgegnung“ bewußt verfälschend tun, die Aktionseinheit vom „Zusammenschluß verschiedener Organisationen der Arbeiterbewegung“ abhängig.

Die Unternehmerpropagandisten versuchen uns zu unterstellen, „durch Infiltration geeigneter Organisationen deren Mitglieder – auch gegen den Willen ihrer Führung – zur Zusammenarbeit mit Kommunisten zu bewegen“. Die Unternehmer können oder wollen nicht begreifen. Entweder es gibt gemeinsame Interessen, dann gibt es die Möglichkeit, diese auch gemeinsam zu artikulieren, oder es gibt sie nicht, dann wäre dies auch nicht durch „Infiltration“ möglich.



Im Betrieb, am Arbeitsplatz und in den Gewerkschaften sind alle Arbeiter und Angestellten zusammen, sie kennen sich, und sie haben gemeinsame Sorgen und Probleme. Denken wir an die Senkung der Reallöhne, den Sozialabbau oder die Bedrohung der Arbeitsplätze. Da ist es doch selbstverständlich, daß hier das Streben vorhanden ist, gemeinsam gemeinsame Interessen zu vertreten, ohne hierbei zu fragen: Welcher Partei, Religion oder Nationalität gehörst du an?

Müller/Niedenhoff haben fast den gesamten Punkt über „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ zitiert. In ihrer „Entgegnung“ aber greifen sie zu dem altbekannten Trick, den Text überhaupt nicht mehr zu beachten, sondern sich einfach etwas zu rechtzuspinnen oder sich einen Popanz zu schaffen, der sich dann einfacher „widerlegen“ läßt. Schließlich wird das, was überhaupt nicht in ihr Konzept paßt, einfach weggelassen, wie der folgende Absatz: „Die DKP tritt für die ehrliche und freimütige Diskussion zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ein, die immer so geführt werden sollte, daß gemeinsames Handeln gefördert und nicht erschwert wird. Die DKP will selbst die geringste Übereinstimmung zum Ausgangspunkt des gemeinsamen Wirkens für gemeinsame Anliegen machen. Gerade im Interesse der Aktionseinheit der Arbeiterklasse bleibt jedoch die prinzipielle Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus, mit der Ideologie der Sozialpartnerschaft, mit allen Angriffen auf die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten unverzichtbar.“ Wir können den Unternehmern und ihren Klopffechtern versichern, daß uns nichts davon abhalten wird, weiter dafür einzutreten, daß die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ermöglicht wird.

NACHRICHTEN: Nach Ihrer Aussage vollzieht sich die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten hauptsächlich in der mit anderen Strömungen gemeinsam geschaffenen Einheitsgewerkschaft. Die Unternehmer wenden sich gegen diese Zusammenarbeit und machen dem DGB den Vorwurf, „daß er die kommunistischen Bestrebungen, die Gewerkschaftsbewegung zu unterwandern, zu lange ignoriert“ habe. Will die DKP die Gewerkschaften unterwandern, wie ist ihre Haltung zu den betrieblichen Interessenvertretungen, den Betriebsräten und Jugendvertretungen?

Herbert Mies: Natürlich ist der Unterwanderungsvorwurf Unsinn, und er wird auch dadurch nicht zur Wahrheit, daß man ihn ständig wiederholt. Ich kann dem Vorstand der IG Metall nur zustimmen, wenn er in einer vor zwei Jahren erschienenen Broschüre feststellte, die Legende von der kommunistischen Unterwanderung werde immer dann aus den Schubladen geholt, wenn die Gewerkschaftsmitglieder unter Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel ihre Interessen gegen das Großkapital durchzusetzen versuchen.

Gewerkschafter — ob kommunistische, sozialdemokratische, christliche oder parteilose — haben es nicht nötig, die Gewerkschaften zu „unterwandern“. Ihre politischen Auffassungen zu den sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben der Arbeiterbewegung in unserem Land, sind im DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramm sowie in vielen Beschlüssen des DGB und den Einzelgewerkschaften niedergelegt. In den Einheitsgewerkschaften kämpfen sie gemeinsam für ihre Verwirklichung.

Die Unterwanderungspostel und ihre Nachbeter sollen doch endlich aufhören, so zu tun, als gäbe es zwischen der Interessenlage kommunistischer Gewerkschafter und der Programmatik des DGB einen Widerspruch, der uns gewissermaßen das „Unterwandern“ aufnötigt. Solche Leute kann ich beruhigen in ihrer gespielten Sorge um das demokratische Wohl des DGB: Kommunistische Gewerkschafter arbeiten nicht nur aktiv mit bei der Verwirklichung der Programmatik und Beschlüsse des DGB, sondern ebenso bei ihrem Zustandekommen.

Wenn angesichts der kapitalistischen Krise mit Massenarbeitslosigkeit, Konzernpleiten, Reallohn- und Sozialabbau — bei forcierter Hochrüstung — immer häufiger in den Gewerkschaften der Ruf nach Überführung marktbeherrschender Unterneh-

men in Gemeineigentum, nach Wirtschaftsplanung, Investitionslenkung und -kontrolle und wirksamer Mitbestimmung laut wird, so hält die DKP genau dies für die richtigen Alternativen. Aber die Misere, die diesen Erkenntnisprozeß fördert, ist doch wohl das Werk der Konzernherren und all derjenigen, die dieses kapitalistische System mit Zähnen und Klauen verteidigen wollen. Wenn dann immer mehr Lohnabhängige und Gewerkschafter notwendige und gangbare Alternativen in solchen demokratischen Veränderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen sehen, die vom Großkapital und seinen politischen Freunden als „sozialistisch“ und „kommunistisch“ verteufelt werden, so möge man derartige Entwicklungen bitte nicht als Ergebnis irgendeiner Unterwanderungstätigkeit, sondern als Denkergebnisse des kapitalistischen Anschauungsunterrichts werten.

Was nun die Frage nach unserer Haltung zu den Betriebs- und Personalräten sowie den Jugendvertretungen betrifft, so sind wir der Meinung, daß ihre Rechte bei weitem nicht ausreichen, um in dieser Zeit des staatlichen und betrieblichen Sozialabbaus, der Lohnrückerei und der massenhaften Arbeitsplatzvernichtung wirksam den Angriffen der Unternehmer in den Betrieben entgegenzutreten zu können. Gerade in den gewählten betrieblichen Interessenvertretungen arbeiten Kollegen mit unterschiedlichem politischem und weltanschaulichem Standort zusammen. Dabei ist die Einheitsgewerkschaft ihr stärkster Rückhalt.

Genau aus diesen Gründen begrüßt die DKP die neue Initiative des DGB zur Verbesserung der Mitbestimmungsrechte, insbesondere auch der Betriebs- und Personalräte. Der Forderungskatalog des DGB zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, würde er mit dem Einsatz der gemeinsamen Arbeiterbewegung verwirklicht, könnte den Betriebs- und Personalvertretungen größere Möglichkeiten bei der betrieblichen Interessenwahrnehmung der Arbeiter und Angestellten verschaffen. Die DKP ist für die Anhebung aller Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz, besonders auch im Bereich wirtschaftlicher Angelegenheiten, auf das Niveau einer wirksamen Mitbestimmung. Wir sind darüber hinaus der Meinung, daß gesetzliche Festschreibung selbstverständlich nur Hilfsmittel, wenngleich wichtige, bei der aktiven Wahrnehmung von Belegschaftsinteressen sein können. Ohne die Entwicklung gewerkschaftlichen Drucks durch eine kämpferische Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörpern werden auch erweiterte betriebliche Rechte nicht viel mehr als bedrucktes Papier sein können.

NACHRICHTEN: Die Unternehmer reagieren allergisch auf die Betriebsgruppen und Betriebszeitungen der DKP, die die Veröffentlichungen des Unternehmerinstituts zeigen. Haben sie Grund dazu, und was sind die wichtigsten Ziele der DKP auf diesem wichtigen Feld der Klassenausinandersetzungen?

Herbert Mies: Unsere wichtigsten Ziele, über die wir auf der 6. Tagung des Parteivorstandes diskutiert haben, heißen: Verteidigung und Stärkung unserer Arbeit in den Betrieben, Festigung bestehender und Schaffung neuer Betriebsgruppen. Es geht also nicht nur um die Stärkung der betrieblichen Kampfkraft von uns Kommunisten, es geht um die Stärkung der Kampfkraft der Arbeiterbewegung als Ganzes, es geht um die Festigung der Zusammenarbeit, der Aktionseinheit mit Sozialdemokraten, Christen und anderen Kollegen. Dazu beitragen, daß sich die Einheitsgewerkschaften in Wort und Tat auf die neuen Kampfbedingungen einstellen, die von der kapitalistischen Krise geprägt sind und für lange Zeit das Klima in unserem Land bestimmen werden.

Es geht also nicht um eine Kampagne, sondern um die Stärkung der Kampfpositionen der Arbeiterklasse insgesamt. Es geht um größere Klarheit der Zielsetzung, um mehr Vertrauen in die eigene Kraft, um ein höheres Maß an einheitlichem Handeln und aktiver Klassensolidarität. All das ist notwendig, wenn Unternehmerangriffe abgewehrt und erkämpfte Positionen verteidigt werden sollen. Die Stärke der DKP in den Be-

trieben, ihre festere Verwurzelung in der Arbeiterklasse ist dabei von entscheidender Bedeutung, damit sich das politische Kräfteverhältnis zugunsten des arbeitenden Volkes verändert.

Auch die Unternehmerverbände wissen um die Bedeutung einer kämpferischen Arbeiterbewegung. Sie tun alles, damit ihre Politik der Krisenabwälzung, der Rotstiftmaßnahmen und der Raketenrüstung durch Spaltung und Desorientierung der Arbeiterklasse abgesichert werden. Die Verleumdung unserer Betriebsarbeit ist dabei ebenso wie der immer noch nicht aufgegebene Versuch, uns aus den Einheitsgewerkschaften auszugrenzen, ein Mittel, die gesamte Arbeiterbewegung zu schwächen, ihre Kraft nach innen in Richtung Bruderkampf statt nach außen gegen die Unternehmer zu richten und den Klassenkampf von oben mit verstärktem Klassenkampf von unten zu beantworten.

Uns stören im übrigen die Verleumdungen der Unternehmerinstitute nicht. Im Gegenteil. Sie bestärken uns in unserer Gewißheit, auf dem richtigen Weg zu sein und mit der Stärkung unserer Arbeit in den Betrieben, mit solidarischen Aktionen und kameradschaftlichen Diskussionen in Betrieb und Gewerkschaft unseren Beitrag für eine kämpferische Arbeiterpolitik zu leisten. Nur sie öffnet den Weg zu einer Bundesrepublik gesicherter Arbeit und wirksamer Mitbestimmung, eine Bundesrepublik ohne Sozialabbau und Rüstungswahnsinn, um die es heute geht.

Protest gegen Verkauf der Büchergilde

Nach einer Meldung der Frankfurter Rundschau vom 9. Dezember will der DGB-Bundesvorstand in Kürze über das Schicksal der Büchergilde Gutenberg entscheiden. Bereits Anfang Dezember hat der Aufsichtsrat dieses gewerkschaftseigenen Unternehmens eine Kooperation mit dem Holzbrinck-Konzern (er verlegt auch das großbürgerliche Handelsblatt) in Erwägung gezogen. Gegen diese drohende faktische Aufgabe der 1924 geschaffenen gewerkschaftlichen Buchgemeinschaft haben zahlreiche gewerkschaftliche Gremien protestiert, darunter auch der Schriftstellerverband und die Deutsche Journalisten-Union in der IG Druck und Papier. Hilfesuchend wandte sich der Gesamtbetriebsrat an die Vorstände von DGB und der Einzelgewerkschaften sowie anderer gewerkschaftlicher Gremien. **NACHRICHTEN** dokumentieren den uns von mehreren Seiten zugeschickten Brief im Wortlaut (siehe auch S. 23).

Obwohl dieses Schreiben umfangreich ist, bitte ich Euch, es mit Wohlwollen und in Ruhe zu lesen. In den letzten Tagen haben Euch verschiedene Schreiben erreicht, die sich mit Vorgängen in und um die Büchergilde beschäftigen. Als Mitglied des Betriebsrates bin ich entrüstet über die Art und Weise, wie Gewerkschaften mit dem Betriebsverfassungsgesetz (§§ 90 und 111) umgehen. Erst auf ultimativen Druck hin wurde uns am 24. November 1982 in einer Betriebsratssitzung mündlich erklärt, daß es Verhandlungen mit den privatwirtschaftlichen Konzernen Bertelsmann und Holzbrinck gibt und schon längere Zeit gegeben hat. Ich finde es ungeheuerlich, wie hier mit einem Gesetz, das gerade von uns Gewerkschaftern in einem jahrelangen zähen Kampf gefordert und erarbeitet worden ist, Schindluder getrieben wird.

Dies zum juristischen Aspekt der Vorgänge — nun zum moralischen Hintergrund dieser einseitigen Überlegungen und Ver-

handlungen. Obwohl die Moral im Zusammenhang mit den Vorgängen bei der „Neuen Heimat“ zu Genüge strapaziert wurde, kann ich nicht darauf verzichten, sie auch bei uns in die Überlegungen mit einzubeziehen, und zwar an vorderster Stelle. Die Büchergilde Gutenberg hat sich jahrzehntelang mit Erfolg bemüht — den kulturpolitischen Auftrag wollen wir mal außer acht lassen —, sich von den Mitbewerbern auf dem Markt zu unterscheiden. Dies wird uns auch heute noch von Branchenkennern mit viel Lob bestätigt. Nun soll etwas unternommen werden, was allen diesen Bemühungen eine schallende Ohrfeige versetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte stellt Euch folgende Situationen vor: Aus Kostengründen zögen der ACE und der ADAC in gemeinsame Geschäftslokale — natürlich unter Wahrung der Selbständigkeit und der Geheimhaltung der Adressenkartei. Dasselbe geschähe mit co op und Karstadt, Volksfürsorge und Allianz und Bank für Gemeinwirtschaft und Deutsche Bank. Dies ist doch eine abenteuerliche Vorstellung oder etwa nicht?

Aus meinem beschränkten Wissen über die Ergebnisse und Inhalte dieser Verhandlungen mit der Holzbrinck-Gruppe kann ich keine anderen Schlüsse ziehen, als daß hier versucht wird, mit den Mitteln der „Salamitaktik“ die einzige noch bestehende traditionelle Einrichtung der Arbeiterbewegung aus Rentabilitätsüberlegungen an Privatkapitalisten zu verschachern.

Wer etwas anderes behauptet, verkennt — wissentlich oder unwissentlich — die Sachlage und die Mechanismen der sogenannten freien und sozialen Marktwirtschaft.

Ich begreife nicht, was in den Köpfen von Kollegen vorgeht, wenn sie nicht die Tragweite einer solchen Entscheidung vorausbedenken. Wo bleiben eigentlich die Inhalte von Beschlüssen auf Gewerkschaftskongressen, wo bleibt die Glaubwürdigkeit des Grundsatzprogramms des DGB? Sollen dies alles nur Lippenbekenntnisse sein, die leichtfertig dahergeplappert, beschlossen und in Grundsatzklärungen niedergeschrieben wurden?

Ich kann nicht glauben, daß eine so traditionsreiche mächtige Bewegung wie die der Gewerkschaften sich von „Bankern“ beraten und leiten läßt. Ich glaube, die derzeitige Situation unserer Organisation einigermaßen einschätzen zu können. Daß wir jede Mark für eventuelle bevorstehende Arbeitskämpfe brauchen, ist mir bei der derzeitigen finanziellen Lage völlig klar. Das darf aber nicht dazu führen, daß wir uns eines wichtigen medienpolitischen Instruments berauben lassen. Oder seid Ihr etwa nicht der Meinung, daß Holzbrinck über kurz oder lang auch unser Programm mitgestalten will? Die Vorstellung bereitet mir heute schon seelisches und körperliches Unbehagen, wenn ich daran denke, daß das Gildenbuch von Tucholsky „Unser Militär“ neben einem Konsalik vom Bücherbund im Regal eines gemeinsamen Ladens steht. Ähnlich denkt bestimmt Holzbrinck. Und wer bleibt auf der Strecke? Mit Sicherheit Tucholsky, weil mit Konsalik mehr Geld zu verdienen ist.

Bei allen notwendigen Überlegungen und Entscheidungen solltet Ihr dies besonders im Auge behalten. Das zur Moral bei dieser Geschichte und nun zum praktischen Teil meiner Überlegungen.

Ihr kennt fast alle das Schreiben des Kollegen Alfons Lappas vom 26. November d. J. Die Fakten und Zahlen, die Alfons Lappas genannt hat, stimmen — und stimmen wiederum nicht, weil sie einer Interpretation bedürfen. Fragen wir bei der Mitgliederstatistik an. Kollege Lappas spricht von Stagnation.

Dies stimmt so nicht. Durch die tatkräftige Mithilfe der Gewerkschaften ist es der Büchergilde gelungen, eine große Zahl von Mitgliedern zu gewinnen, die in der Mehrzahl jung und kritisch sind. Diese Neuzugänge haben die Büchergilde angenommen, weil sie alternativ etwas zu bieten hat. Hinzu kommt, daß diese Aktionen eine Art Schneeballeffekt hervorgerufen

haben und zur Zeit viele junge Leute von den kürzlich eingetretenen Mitgliedern gewonnen werden. Leider werden diese Zugänge von den Abgängen aus den Vertrauensleutegruppen aufgezehrt. Dies ist zwar statistisch relevant, aber für die Zukunft der Büchergilde unerheblich. Ihr kennt alle die Situation am Arbeitsplatz. Unsere Vertrauensmänner (VM) in den Betrieben – ihrem traditionellen Wirkungsbereich – haben erhebliche Schwierigkeiten, ihre Aufgaben für die Büchergilde so wahrzunehmen, wie wir es uns wünschen. Vorgesetzte, Meister, Abteilungsleiter u. a. drücken kein Auge mehr zu, wenn unsere VM werben und beraten wollen. Dadurch sind diese Mitgliedergruppen, die früher den Schwerpunkt der Mitgliedschaft bildeten, überaltert, und durch Arbeitsplatzverlust und Pensionierung werden diese Gruppen permanent reduziert. Wir machen zur Zeit einen Wandel in der Mitgliederstruktur durch. Dieser Prozeß ist schmerzhaft, aber beschert uns am Ende eine besser zu kontrollierende Mitgliedschaft, die erheblich höhere Einzelsätze bringt.

Alle Welt spricht vom Null-Wachstum. Die Büchergilde kann aber durchaus positive Zahlen melden, und das ist ein Ergebnis, das die Mitbewerber auf dem Markt nicht vorzuweisen haben. Bertelsmann und Holtzbrinck klagen über immensen Mitgliedersturz (Ihr kennt die Auswüchse, dies auszugleichen), und ebenso klagt auch der Buchhandel über starke Umsatzeinbußen. Dies alles stellt sich bei der Büchergilde wesentlich positiver dar.

Kollege Lappas sagte mir einmal, daß wir Traditionen und Emotionen beim Geschäft vergessen müssen, denn wir wären alle den Marktmechanismen unterworfen. Wenn das – bei aller kritischen Distanz meinerseits – stimmt, muß ich feststellen, daß wir zur Zeit – gegen den Trend – eine gute Position einnehmen und sie auch ausbauen können, wenn wir Ruhe und Geduld bewahren.

Der Verlust der Büchergilde von 1,4 Mio. DM im Jahre 1981 überrascht mich überhaupt nicht, obwohl wir Umsatzsteigerungen von 13,8 Prozent vorzuweisen hatten (welches Unternehmen kann zur Zeit schon solche Zahlen vorweisen?). Die Anstrengungen des Kollegen Schumacher, den utopischen Mitgliederzuwachs zu erreichen, haben viel Geld gekostet. Im Gegensatz zur Mehrheit im Betriebsrat gestehe ich dem Geschäftsführer durchaus zu, auf allen Gebieten eigene Erfahrungen zu sammeln. Diese Phase ist nun hoffentlich abgeschlossen, und auch Erhard Schumacher hat erkannt, daß Bäume nicht in den Himmel wachsen. Der Betriebsrat der Büchergilde hat immer wieder seine Mitarbeit bei unternehmenspolitischen Entscheidungen angeboten. Da wir aber ein „Tendenzbetrieb“ sind, wurde das als Einmischung in wirtschaftliche Angelegenheiten abgeschmettert.

Einen dominierenden Anteil am negativen betriebswirtschaftlichen Ergebnis hat unsere EDV, die seinerzeit – wie sollte es auch anders sein – ohne Mitwirkung des Betriebsrates installiert wurde. Der Betriebsrat war immer der Meinung (und dies habe ich dem damaligen Geschäftsführer der Büchergilde, dem Kollegen Stotz, auf seinen Wunsch hin in einer Stellungnahme zu seiner wirtschaftswissenschaftlichen Studie auch dargestellt), daß die Datenverarbeitung in unserem Unternehmen, so wie sie eingeführt wurde, nur erhebliche Kosten, aber keinen Gewinn bringen würde. Dies hat sich leider bestätigt. Trotz meiner Vorurteile bin ich kein Gegner der EDV, wenn sie sinnvoll und ökonomisch eingesetzt wird. Unser System und Programm, das wir zur Zeit haben, ist auf Dauer nicht zu bezahlen. Erheblich kostengünstiger kämen wir mit einem maßgeschneiderten kleineren Computer zurecht. Ich weiß von Bemühungen der Geschäftsleitung in diese Richtung, die aber von der BGAG nicht unterstützt werden, da das hauseigene Rechenzentrum natürlich ausgelastet werden muß.

Es gäbe noch eine Menge von Anmerkungen und Anregungen nicht nur wirtschaftlicher und personeller Art, auch über Kompetenzen im eigenen Hause, über die es wert und wichtig wäre zu diskutieren – wir sind zu Gesprächen immer bereit

–, aber das würde den Rahmen dieses Schreibens sprengen. Die vielen Gespräche und Telefonate, die ich in den letzten Tagen zu führen gezwungen war, bestärken mich in meiner Überzeugung, dieses Schreiben notfalls nicht nur intern zu verwenden. Es bleibt mir nur – auch im Namen des Betriebsrates – an Euch zu appellieren, nicht zu leichtfertig Entscheidungen zu fällen, die dem Ansehen der deutschen Gewerkschaftsbewegung großen Schaden zufügen würden.

In der Hoffnung, bald etwas von Euch zu hören, verbleibe ich mit kollegialen Grüßen

Gerold Krippner
Vorsitzender des
Gesamtbetriebsrates

7. Handwerkskonferenz der IG Metall BESCHLÜSSE

Aus den von der 7. Bundeshandwerkskonferenz der IG Metall, die am 25. und 26. November in Frankfurt a. M. stattfand (siehe NACHRICHTEN 12/82), verabschiedeten Initiativanträgen (I) bzw. Anträgen (A), veröffentlichen wir nachfolgend eine größere Auswahl. Erwähnenswert ist, daß der A 41 „Neue Heimat“ entgegen der Empfehlung der Antragskommission von den Delegierten angenommen wurde.

Mitarbeit von Gewerkschaftsmitgliedern in privatrechtlich organisierten Vereinigungen von Handwerkskammern (J 1)

Die Delegierten der 7. Bundeshandwerkskonferenz der IG Metall begrüßen die eindeutige Aussage des Vorstandes, wie sie im Antrag Nr. 287 der IG Metall an den 12. ordentlichen DGB-Bundeskongreß enthalten ist: „Eine vom Wohlwollen der Arbeitgeber abhängige Mitarbeit ist nicht geeignet, der Idee der Mitbestimmung zu dienen.“ Dies gilt insbesondere für die Mitarbeit von Gewerkschaftsmitgliedern in privatrechtlich organisierten Vereinigungen von Handwerkskammern.

Die Delegierten der 7. Bundeshandwerkskonferenz lehnen auch weiterhin die Mitarbeit von IG-Metall-Mitgliedern in den regionalen Vereinigungen der Handwerkskammern und im Deutschen Handwerkskammertag ab. Die in der IG Metall organisierten Mitglieder in den Vollversammlungen der Handwerkskammern werden aufgefordert, sich auch zukünftig, im Interesse der Arbeitnehmer des Wirtschaftszweiges Handwerk, auf die konsequente Ausschöpfung der gesetzlich begründeten Mitwirkungsmöglichkeiten zu konzentrieren. Den Versuchen der Arbeitgeber des Handwerks, die Interessenvertreter der Arbeitnehmer für eine Feigenblattfunktion in den privatrechtlich organisierten Vereinigungen von Handwerkskammern zu mißbrauchen, muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Die Politik, die diese Vereinigungen betreiben, ist gegen die Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften gerichtet.

Eine Mitarbeit von gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmervertretern in diesen Vereinigungen kann erst dann Interessenvertretung der Arbeitnehmer werden, wenn diese privatrechtlich organisierten Vereinigungen von Handwerkskammern in den Geltungsbereich der Handwerksordnung einbezogen sind und der staatlichen Aufsicht unterworfen sind.

(wird in Nr. 2/83 fortgesetzt)

Wirtschaftspolitik und die Gewerkschaften

Am 14. März jährt sich zum 100. Mal der Todestag von Karl Marx. NACHRICHTEN nehmen diesen Gedenktag zum Anlaß einer Artikelserie, die darlegt, wie aktuell der Marxismus für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung heute ist. Mit dieser Artikelserie knüpfen wir an eine Tradition an. Zum 150. Geburtstag von Karl Marx 1968 erschien in unserer Zeitschrift ebenfalls eine Serie von Artikeln, die ein Jahr später unter dem Titel „Marxismus leichtgemacht“ in einer Broschüre zusammengefaßt, veröffentlicht wurde. Diese Schrift hat großen Anklang gefunden. Sie ist nach wie vor aktuell und wird immer wieder bestellt.

Sparsamkeit gilt als die Tugend der Stunde. Seit zweieinhalb Jahren wird die kapitalistische Weltwirtschaft von einer Überproduktionskrise erschüttert, die inzwischen immer mehr Anklänge an die Situation der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 mit sich bringt. Sparsamkeit gegen die Überproduktion – dies ist der notwendig bornierte Standpunkt des Einzelkapitals, das nicht über den Tellerrand der eigenen Kostenrechnung schauen kann.

Denn welcher Unsinn: Kennzeichen der Krise ist ja gerade der Überfluß – der Überfluß an Arbeitskräften (mehr als 3 Millio-

KARL MARX UND DIE GEWERKSCHAFTEN HEUTE

nen), der Überfluß an Maschinen (Kapazitätsauslastung unter 74 Prozent), der Überfluß an Vorräten. Wer „spart“, der muß diesen Überfluß notwendig weiter vergrößern. „Logisch“ sind solche Sparappelle eigentlich nur vom Unternehmerstandpunkt. Für den Unternehmer stellt sich die Krise schließlich vor allem als Profitkrise dar. Und bewältigen kann er sie für sich nur durch Einsparungen. Vor allem die Löhne, die Sozialabgaben und die Steuern sind für ihn die Kostenblöcke, die zu reduzieren sind. Unerwartet er: Letzten Endes sind diese Kosten auch Nachfrage. Gelingt es ihm, sie zu reduzieren, so reduziert er damit auch den Absatz. Nur: Getrieben durch die Konkurrenz bleibt ihm keine Alternative.

Sucht man die Ursache für die periodisch auftretenden kapitalistischen Krisen, so sind sie hier zu suchen. Es ist das Bestreben des einzelnen Kapitals, seine Produktion und damit seinen Profit beständig auszudehnen, seine Kosten zu senken, die Produktionsmethoden zu verändern, Arbeitskräfte einzusparen. Damit beschränkt es aber letzten Endes die Konsumtionskraft relativ zur Produktion. Dies ist im Kapitalismus eine Tendenz, die aber nur periodisch in Form von zyklischen Krisen ausbricht. Zeitweilig kann die Nachfrage der Unternehmen nach Produktionsmitteln die beständige Tendenz zur Überproduktion überdecken. Es entwickelt sich in der Belebungsphase ein Investitionsboom, die Investitionstätigkeit löst sich vom Konsum. Es folgt ein bitteres Erwachen, wenn die bestellten Produktionskapazitäten installiert sind und produktionswirksam werden. Erst dann stellt sich heraus, daß im Verhältnis zur vorhandenen Konsumtionskraft zuviel investiert worden ist. Mit Sicherheit folgt auf jeden „Boom“, auf jede Konjunkturbeliebung daher ein Rückschlag, eine Krise. Die Bundesrepublik befindet sich zur Zeit in der siebten Krise ihrer Geschichte, aber auch in der bisher längsten und tiefsten, ohne daß Anzeichen für eine Belebung in Sicht wären.

Dies deutet darauf hin, daß der Verlauf des Zyklus durch strukturelle Faktoren deformiert ist, daß die „Reinigungskraft“

der bisher einschneidendsten Krise nicht ausreicht, um die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung zu schaffen.

Solche Faktoren sind:

- Monopole beherrschen die wichtigsten Wirtschaftsbereiche. Auf Kosten der großen Mehrheit der kleinen und mittleren Unternehmen, auf Kosten der Staatsfinanzen und auf Kosten der Arbeiter und Angestellten als Produzenten und Konsumenten eignen sie sich Teile des gesellschaftlichen Mehrprodukts an. Auf der Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten für diese Monopolprofite außerhalb des produktiven Bereichs blähen sie das Geld- und Kreditsystem auf.

- Die Expansion der Monopole erfolgte vor allem in den 70er Jahren in internationalen Dimensionen. Während die Kapitalbasis meist national bleibt, ist der Weltmarkt das überwiegende Betätigungsfeld der Multis. So sind sie in der Lage, die nationalstaatlich beschränkten Auflagen der Wirtschaftspolitik zu unterlaufen.

- Der wissenschaftlich-technische Fortschritt ermöglicht eine umfangreiche Freisetzung von Arbeit und Kapital in den produktiven Bereichen der Gesellschaft. Eine Umstrukturierung der Produktivkräfte zugunsten gesellschaftlicher Mangelbereiche, zugunsten von mehr Konsum und Freizeit wäre möglich. Indem das Kapital diese Umstrukturierung behindert, produziert es auf der einen Seite einen gewaltigen Überschuß im Bereich des privaten Kapitals und einen Mangel im öffentlichen, gesellschaftlichen Sektor.

- Die staatliche Wirtschaftspolitik reagierte auf die Untergrabung ihrer Wirksamkeit mit einem Abbau sozialer, von der Arbeiterbewegung erkämpften Momente. In der Folge verstärkte sie die negative Wirkung der Krise auf Kaufkraft und Arbeitsplätze.

Krise und Kampfbedingungen

Sowohl zyklische als auch strukturelle Krisen sind im Kern der Bewegung des Kapitals geschuldet, die letzten Endes auch die soziale Lage der Arbeiterklasse reguliert. Von daher wäre es falsch, z. B. zu hohe oder zu niedrige Löhne für Krisen verantwortlich zu machen. Die Bewegung des Kapitals, so beschreibt es Karl Marx im „allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“, bestimmt im Kern Lohnhöhe und Beschäftigung, nicht umgekehrt.

Die kapitalistische Krise setzt zusätzliche Arbeitskräfte „frei“, verschärft die Konkurrenz unter den Arbeitern, ermöglicht es den Kapitalisten, Kampferfolge der Arbeiter aus Perioden günstiger Konjunktur anzufolgen. Es ist dies eine Wirkung der Krise, die für die Unternehmer segensreich ist, ihre Verwertungsbedingungen in der Belebungsphase nach der Krise verbessert. Trotzdem ist die Arbeiterklasse auch unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen dem Wirken der Gesetze des Kapitals nicht hilflos ausgeliefert. Der politischen Ökonomie des Kapitals stellt sie schon im Kapitalismus ihre eigenen Prinzipien, die politische Ökonomie der Arbeiterklasse, entgegen.

So konnte es ihr historisch gelingen, durch umfangreiche Schutzgesetze die Bedingungen für den Verkauf der Arbeitskraft zu verbessern, Sozialversicherungssysteme und Arbeitsschutzbestimmungen durchzusetzen. Diese Kampferfolge sind ständig bedroht; insbesondere Krisenperioden veranlassen die Unternehmer zum Angriff auf solche Positionen. Ob diese Angriffe gelingen, das hängt nun keineswegs quasi „naturgesetzmäßig“ von der Wirtschaftslage ab. Entscheidend ist hier das jeweils historisch bestimmte Kräfteverhältnis der Kämpfenden. Je mehr es gelingt, die krisenhaft verschärfte Tendenz zur Konkurrenz, zur Aufspaltung der Arbeiterbewegung in Fraktionen, Geschlechter, Nationalitäten usw. durch Solidarität und Organisation zu unterlaufen, desto besser auch die Erfolgchancen. Ist die Krise selbst auch Folge der Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise und kann nur mit dieser aufgehoben werden, so sind ihre Auswirkungen auf die Lage der Arbeitenden doch in hohem Maße abhängig von Faktoren, die in ihrer Organisation, im Zusammenhalt, in subjektiven Momenten liegen.

Jörg Goldberg

Gewerkschafter erinnern sich: Nazis „korrigierten“ Illusionen

Gespräch mit Paul Schuster,
Mitglied des DGB-Senioren-Arbeitskreises

Im DGB-Grundsatzprogramm, verabschiedet im März 1981 auf dem 4. außerordentlichen DGB-Kongreß in Düsseldorf, lautet ein Satz in der Präambel: „Die Einheitsgewerkschaft ist aus den Erfahrungen der Arbeitnehmer vor und während der Weimarer Republik und der Verfolgung in der Nazidiktatur entstanden.“ Und diese im Grundsatzprogramm angesprochenen Erfahrungen mußte auch Paul Schuster, heute 77jährig, mit dem wir uns im Frankfurter Gewerkschaftshaus verabredet hatten — wie viele Gewerkschafter seiner Generation —, machen.

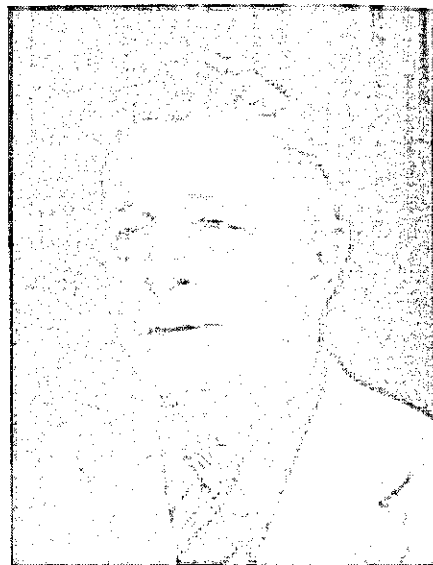
Unser Gesprächspartner ist hier oft anzutreffen. Aktiv arbeitet er im Senioren-Arbeitskreis mit. Schließlich ist es ein Anliegen der älteren Gewerkschafter, den jüngeren Erfahrungen zu vermitteln, schon aus dem Grunde, daß die bittere Geschichte nicht zweimal erlebt werden muß.

1920 kam Kollege Schuster in die Lehre als Modellschreiner, übrigens in den traditionellen Adler-Werken, die bekanntlich im vorigen Jahr nur durch den Widerstand der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft vor dem endgültigen Aus gerettet werden konnten. Damals wurden die Modelle beispielsweise noch in Holz gefertigt und nicht wie heute vielfach gegossen. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß Paul Schuster dem Deutschen Holzarbeiter-Verband beitrug. Seine Mitgliedschaft datiert ab 1. Februar 1921. Es kamen die ersten Funktionen: die Werkstatt- und Hauskassierung, und überhaupt war er aktiv, wo immer es brannte.

Nebenbei war Paul Schuster Mitglied der SPD, aktiver Turner in der 1906 gegründeten Freien Turnerschaft Nord, Teil des Arbeitersportbundes, in dem Sozialdemokraten, Kommunisten, Parteilose gemeinsam Sport trieben. Paul aber wollte viel wissen, z. B. über die Gewerkschaften, über wirtschaftliche Zusammenhänge, und so bewarb er sich 1930 bei der Akademie der Arbeit. An sein Prüfungsthema erinnert er sich noch, als sei es gestern gewesen, und zwar wurde ein Aufsatz verlangt mit der Frage „Wie steht es um die Volkswirtschaft?“ „In dem Aufsatz habe ich geschrieben, daß schon allein das Wort ‚Volkswirtschaft‘ ein irreführender Begriff ist.“ Wenn es sich um eine Volkswirtschaft handele, müßte ja schließlich das Volk bestimmen, so erzählt er uns.

Dieser Aufsatz reichte übrigens zur Ablehnung. Zwar wurde sein Stil gelobt, aber der Prüfungskommission schien der Inhalt der Aussagen dann doch zu bedenklich. Es folgten Arbeitslosigkeit, wie sie damals sowie heute zum Alltag gehörten und gehören. Schließlich klappte es dann doch mit der AdA. Das war 1931. Finanziell unterstützt wurde er von Freunden, Gewerkschaftern. Als sich ihm Arbeit in seinem erlernten Beruf bot, griff Paul zu und verließ die AdA. Anfang 1933, als die Nazis bereits ihre Diktatur errichteten, sich die Übergriffe gegen Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten häuften, der von Göring inszenierte Reichstagsbrand zu einer Menschenjagd ausgenutzt wurde, mußte Kollege Schuster erneut stempeln.

Zu diesem Zeitpunkt wurde er zusammen mit drei weiteren Kollegen aus der Frankfurter Umgebung zu einem Lehrgang an die Zentralschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) nach Bernau bei Berlin geschickt. Nebenbei gesagt befindet sich heute an gleicher Stelle die Hochschule des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) Fritz Heckert. Damals dachte er mit keinem Gedanken daran, daß die Tage des ADGB wie auch die anderer Gewerkschaften und der Arbeiterparteien gezählt waren. Und die damals warnten, wurden als Schwarzseher verspottet.



Der Lehrgang in Bernau, so kramt Paul Schuster in seinen Erinnerungen, ging vom 1. bis 30. April 1933. Es war der letzte. „Wir waren jung, revolutionär und drängten auf Maßnahmen gegen die Nazis.“ Immer wieder sei auch die Frage gestellt worden, was aus den Gewerkschaften werde. Schließlich hätten das die Lektoren ja wissen müssen. Es waren bekannte Funktionäre des ADGB und der SPD gewesen wie Theodor Leipart (ADGB-Vorsitzender), Otto Wels, (Sprecher der SPD-Reichstagsfraktion), Otto Braun (ehemaliger preußischer Ministerpräsident) sowie Carl Severing (ehemaliger preußischer Innenminister). Sie hätten immer wieder versichert, daß die Gewerkschaften erhalten blieben. Den Lehrgangsteilnehmern sei sogar von Absprachen mit Dr. Ley, Führer der faschistischen Deutschen Arbeitsfront (DAF), berichtet worden. Dieser habe nicht nur zugesichert, daß der ADGB seine Arbeit fortsetzen könnte, sondern die DAF in die Gewerkschaftsbewegung überführt würde.

Unser Gesprächspartner erinnert sich auch an den Aufruf der ADGB-Führung an die Mitglieder, sich an den von den Nazis ausgerichteten 1.-Mai-Feiern zu beteiligen. Doch das habe er, damals gerade wieder in seiner Heimatstadt Frankfurt angekommen, nicht getan. Am 2. Mai war sein erster Weg ins Gewerkschaftshaus. Oben im Büro des Deutschen Holzarbeiterverbandes sei der Kassierer dabei gewesen, das Geld zu zählen, um es den Nazis ordnungsgemäß zu übergeben. Mit den Worten: „Das Geld muß abgeliefert werden“ und „Du mußt verschwinden“ sei Paul Schuster gebeten worden, das Büro zu verlassen, gerade noch rechtzeitig, um der anrückenden SA nicht in die Hände zu fallen. Nicht alle im Gewerkschaftshaus anwesenden Kollegen seien so glimpflich davongekommen.

Im Gewerkschaftshaus, so erinnert sich Paul Schuster weiter, habe sich auch ein Waffenlager des Reichsbanners und der Eisernen Front befunden. Kurz vor dem 2. Mai seien die Waffen ausgelagert und auf dem Sportgelände der „Freien Turnerschaft“ Westend versteckt worden. Bis heute ist nicht bekannt, wie die Nazis hinter das Versteck gekommen sind und auch nicht, ob Verrat im Spiel war. Auf alle Fälle wurden die Waffen beschlagnahmt. In letzter Minute konnte der Sportwart Häfner fliehen.

Es folgte auch für Paul Schuster die bittere Zeit, die die Älteren von uns erlebt haben, mit Terror und Krieg, schließlich 1945 die Erlösung und für die Gewerkschaftsbewegung ein neuer Anfang zur Gründung der Einheitsgewerkschaft. Diese müsse man hüten. Nie wieder dürfe es zur Spaltung kommen. Das ist Paul Schusters Ansicht. Und noch von einer Maxime läßt er sich leiten: nicht alles zu glauben, was gesagt wird. Diese zweite Erkenntnis vermittelte er am 20. Juli auf einer antifaschistischen Veranstaltung mit dem Thema „Der Widerstand der Gewerkschaften gegen den Faschismus“ den Teilnehmern, als er über seine Erfahrungen während der letzten Tage der Weimarer Republik sprach, die er auch gemacht hat.

Gisela Mayer

DGB-Vorstand mit zweierlei Maß bei „Neue Heimat“ und Büchergilde

Zahlreiche gewerkschaftliche Gremien, darunter auch die Bundesvorstände des Schriftstellerverbandes und der Deutschen Journalisten-Union in der IG Druck und Papier, haben den DGB-Bundesvorstand aufgefordert, die Büchergilde Gutenberg als gewerkschaftliche Buchgemeinschaft zu erhalten. Einflußreiche Kräfte im DGB wollen die Büchergilde langfristig sterben lassen und als ersten Schritt mit einer der beiden großen bürgerlichen Buchgemeinschaften des Bertelsmann- oder Holtzbrinck-Konzerns kooperieren. Anfang Februar will der DGB-Bundesvorstand bereits entscheiden (siehe auch Brief des Gesamtbetriebsrats der Büchergilde im Einhefter).

Vordergründiges Argument des Einläutens der Totenglocke für das traditionsreiche Gewerkschaftsunternehmen ist der 1981 eingetretene Verlust in Höhe von 1,4 Millionen Mark. Sicher ist das kein Pappenstiel, aber gegenüber den 454 Millionen Verlustzuweisungen von Gewerkschaftsgeldern allein an die bankrotte Neue Heimat Städtebau eine Bagatelle. Auf die 8 Millionen Mitglieder der 17 Einzelgewerkschaften umgerechnet, ergibt sich pro Gewerkschafter bei der Neuen Heimat Städtebau ein Betrag von 57 Mark, bei der Büchergilde jedoch lediglich 0,17 Mark.

Bei diesem Vergleich — wie Insider berichten — ist noch nicht berücksichtigt, daß für die Neue Heimat schon bisher 500 Millionen Mark aus den verschiedenen Gewerkschaftskassen zusätzlich abgeführt wurden.

Jedoch ist der Vergleich von 57 DM für die Neue Heimat Städtebau und 0,17 DM für die Büchergilde nur die halbe Wahrheit. Während die Gewerkschaften mit der Verlustzuweisung an die Neue Heimat ihre finanzielle Kampfkraft schwächen und die Streikkassen schmälern, um nicht zu sagen leeren, kann sich umgekehrt bei der Büchergilde eine Hilfe — vorausgesetzt sie verlegt entsprechende Literatur zur Stärkung gewerkschaftlichen Bewußtseins und gewerkschaftlicher Kampfkraft — entwickeln.

Ein Sterben der Büchergilde wäre eine weitere Selbstkastration von Medien der Arbeiterbewegung. Nach 1945 verfügte zum Beispiel die SPD über zahlreiche Tageszeitungen. Sie wurden ausnahmslos von den bürgerlichen Medienkonzernen — allen voran Springer — niederkonkurriert; (die Tageszeitungen der KPD verschwanden mit dem widerrechtlichen KPD-Verbot 1956). Die noch übriggebliebene sozialdemokratische Wochenzeitung „Vorwärts“ kämpft jetzt ebenso ums Überleben wie die gewerkschaftseigene Büchergilde.

Immer mehr Gewerkschafter fragen, wo das noch enden soll? Schon munkt man hinter voingehaltener Hand, auch die Wochenzeitung des DGB „Welt der

Arbeit“ wäre angesichts der großen Verluste auf Dauer nicht mehr haltbar und könnte zumindest in der bisherigen Form nicht mehr erscheinen. Wen wundert es dann, daß die Auflage der Bildzeitung erneut auf über 5 Millionen täglich in die Höhe geschossen ist und Autoren wie Konsalik u. a. Bestsellerlisten anführen.

Büchergilde unverzichtbar

Auf seiner Sitzung am 14. Dezember 1982 hat der Landesbezirksvorstand der IG Druck und Papier Hessen folgenden Beschluß einstimmig angenommen:

Der Landesbezirksvorstand Hessen der IG Druck und Papier fordert den Bundesvorstand des DGB auf, die gewerkschaftliche Buchgemeinschaft „Büchergilde“ zu erhalten, keine Auslagerung von Teilbereichen und keine Kooperation mit kapitalistischen Medienkonzernen zuzulassen.

Die Büchergilde Gutenberg ist als gewerkschaftliche Bildungseinrichtung unverzichtbar; ihre Rolle als Gegengewicht gegen die herrschenden Medienkonzerne muß ausgebaut werden.

Da die Anteilseigner bereits einen beträchtlichen Beitrag zum Sanierungskonzept der Büchergilde geleistet haben, sollten weitere finanzielle Stützungen ausschließlich vom DGB bzw. der BGAG als eine gesamtgewerkschaftliche Aufgabe übernommen werden.

Die Kollegen der IG Druck und Papier im Aufsichtsrat der Büchergilde Gutenberg werden aufgefordert, in diesem Sinne tätig zu werden.

Aufsichtsrat und Geschäftsführung der Büchergilde Gutenberg werden aufgefordert, endlich den im Sanierungskonzept von 1980 angekündigten Programmbeirat einzuberufen. Der Landesbezirksvorstand bedauert, daß die Geschäftsführung der Büchergilde eine entsprechende Resolution der dju-Landeskonferenz vom Oktober dieses Jahres bis heute nicht einmal beantwortet hat.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß Bücher, Zeitschriften und Zeitungen für die Arbeiterbewegung Argumente, Ideen, Wissen, Zusammengehörigkeitsgefühl, Geborgenheit und Arbeitnehmerbewußtsein mitschaffen. Dafür lohnt es sich, auch Beitragsgelder bereitzustellen. Offenbar ist dieses Einmaleins gewerkschaftlicher Politik bei manchen Spitzengremien verlorengegangen.

Da werden lieber Hunderte von Millionen herausgegeben, um spekulative Lu-

xushotels in Monaco und anderswo zu bauen, die dann abgeschrieben werden müssen. Bei solch einer Finanzpolitik fehlen dann natürlich die lumpigen Tausende an Zuschüsse für die Büchergilde. Und die Entscheidung, eine solche Einrichtung zu liquidieren, fällt manchem Hauptkassierer bei den Gewerkschaften noch um so leichter, wenn dort z. B. ein Liederbuch der Arbeiterbewegung herauskommt, worin das alte italienische Arbeiterlied „Avanti popolo“ abgedruckt ist, in dem auch das Wort „comunismo“ vorkommt. Daß dieses Buch inzwischen drei Auflagen hatte und für die Büchergilde Gewinne brachte, zählt dann überhaupt nicht zur Sache. Noch verwerflicher finden es manche Spitzenfunktionäre, wenn Schriftsteller in der Büchergilde eine Friedensfibel herausbringen ohne den obligatorischen Antikommunismus in ausreichendem Umfang.

In ganz anderem Sinne haben viele der 170 000 Mitglieder der Büchergilde Kritik an dem Verlagsprogramm. Sie verlangen zu Recht, daß an der sozialkritischen Orientierung vor 1933 angeknüpft wird, als seinerzeit die Bücher-

gilde mit der Herausgabe solcher Autoren wie B. Traven und anderen wesentlich mit dazu beitrug, gewerkschaftliches Bewußtsein zu entwickeln. Immer wieder fordern gewerkschaftliche Gremien, diese Tradition fortzusetzen.

Mehrfach wurde bereits verlangt, daß bei der Büchergilde ein Programmbeirat geschaffen wird, der mithilft, gewerkschaftliches Gedankengut in das Verlagsprogramm der Büchergilde einzutragen. Werner Petschick

„Gesamtgesellschaftliche Verabredung“ soll Probleme lösen

In unmittelbarer Folge absolvierte die IG Chemie-Papier-Keramik vom 6. bis 8. Dezember in Hamburg einen außerordentlichen Gewerkschaftstag und ihre 3. Bundesarbeitstagung. Während der außerordentlichen Gewerkschaftstag personellen Entscheidungen, darunter der Wahl eines neuen Vorsitzenden, galt, beschäftigte sich die Arbeitstagung mit „Gewerkschaftsarbeit unter veränderten Bedingungen“. So das Thema der zweitägigen Beratung, in der die IG-Chemie-Führung bemüht war, auf der Funktionsebene eine Konzeption umzusetzen, wie auch unter Krisenbedingungen eine sozialpartnerschaftliche Interessenwahrnehmung zu praktizieren sei.

Nach der altersbedingten Rücktrittserklärung des bisherigen Gewerkschaftsvorsitzenden Karl Hauenschild war ein außerordentlicher Gewerkschaftstag notwendig geworden. Mit über 100 Gegenstimmen – mehr als ein Viertel der Delegierten – traf der einzige Kandidat, der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Rappe, auf eine unerwartet hohe Ablehnung. Rappe, der in SPD und DGB dem rechten Flügel zugerechnet wird, wurde nach seiner Nominierung von einigen Delegierten aufgefordert, sich vor dem Wahlgang über seine Haltung zu Rüstungsausgaben und Sozialabbau, zur 35-Stunden-Woche und zur Vereinbarkeit von gewerkschaftlichem und politischem Mandat zu äußern.

In seiner Antwort bezeichnete er Rüstungsausgaben als „sinnlose Ausgaben in allen Ländern der Welt“, mit denen man besser das Elend beseitigen sollte. Die 35-Stunden-Woche sei bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kein so wirksames Mittel wie die Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Er gab sich überzeugt, beide Aufgaben, die des Gewerkschaftsvorsitzenden und des Bundestagsabgeordneten, meistern zu können. (Den Hintergrund für die angemeldeten Zweifel zweier Delegierter dürfte die Tatsache gebildet haben, daß Rappes Vorgänger Hauenschild nach seiner Wahl zum Abgeordneten des Europaparlaments dieses Mandat mit der Begründung wieder abgab, er könne arbeitsmäßig beide Aufgaben nicht verkraften.)

Nachdem die Wahl von Egon Schäfer als neuer stellvertretender Vorsitzender – bislang im geschäftsführenden Hauptvorstand zuständig für Sozialpolitik und Angestellte – glatt abgewickelt worden war, kam es bei der Wahl eines weiteren Mitglieds des geschäftsführenden Hauptvorstands zur Bewerbung zweier Kandidaten: Jürgen Walter, Vorstandssekretär im Hauptvorstand und von diesem offiziell nominiert, und Kurt Lieberum, Organisationssekretär in der Bezirksleitung Westfalen, der als Gegenkandidat auftrat. Die 156 Stimmen, mit denen Lieberum dann nur einen Achtungserfolg

erzielte, erinnerten flüchtig an die starke und heftige Opposition auf dem 11. ordentlichen Gewerkschaftstag 1980 in Mannheim. (Wahlergebnis im Kasten)

Auf der Bundesarbeitstagung, die nur am zweiten Tag presseöffentlich war, gab es drei Referate: Finanzminister Posser von Nordrhein-Westfalen sprach über die wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen der

Wahlergebnisse

Drei Funktionen im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Chemie – Papier – Keramik waren neu zu besetzen: die des Vorsitzenden, des stellvertretenden Vorsitzenden und eines Hauptvorstandsmitglieds. Anwesend waren 416 Delegierte. Gewählt wurden:

	Ja-Stimmen
Hermann Rappe, 53, SPD, Vorsitzender	298
Egon Schäfer, 43, SPD, stellv. Vorsitzender	334
Jürgen Walter, 37, SPD, GHV-Mitglied	246
Nicht gewählt als GHV-Mitglied: Kurt Lieberum, 47	156

nächsten Jahre; Rudolf Henschel, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, untersuchte Möglichkeiten zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung; Hermann Rappe indessen umriß in einer Grundsatzrede das Konzept einer gewerkschaftlichen Politik, die sich an das Auf und Ab kapitalistischer Krisen anpaßt und dementsprechend im gegenwärtigen Abwärtstrend auch Opferbereitschaft signalisiert. Die Krisenverhinderung durch nötige Umgestaltungen gesellschaftlicher Strukturen befindet sich nicht in Rappes Blickfeld.

Vielmehr schwebt dem neuen IG-Chemie-Vorsitzenden eine Art konzertierte Aktion unter der Bezeichnung „gesamtgesellschaftliche Verabredung“ vor. Al-

lerdings weist Rappe diesen Vergleich zurück, denn seine Konstruktion umfasse nur fünf Teilnehmer – Bundesregierung, Landesregierungen, Bundesbank, Gewerkschaften und Unternehmerverbände –, während bei der konzertierten Aktion noch viele andere mit am Tisch gesessen hätten. Die Bekämpfung der Krise und der Massenarbeitslosigkeit sei mit kurzfristigen und isolierten Einzelaktionen nicht möglich. „Erforderlich ist eine außergewöhnliche, auf mehrere Jahre angelegte gemeinsame Anstrengung.“

Auf die sogenannten Selbstheilungskräfte des Marktes könne man nicht länger vertrauen. Notwendig sei das aktive Eingreifen des Staates in den Wirtschaftsprozess, und zwar in folgenden Bereichen:

■ „Die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch eine verstärkte Förderung der privaten Investitionen sowie den Ausbau der staatlichen Investitionen.“

■ Die konsequente Fortsetzung der erfolgreichen Politik der Energie- und Rohstoffeinsparung sowie der Umweltstrukturpolitik.

■ Die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch eine staatliche Förderung der Modernisierung unserer Unternehmen.

■ Die Finanzierung einer umfassenden Qualifizierungsoffensive, um die strukturellen Anpassungsprozesse bewältigen zu können.“

Im wesentlichen dürften die Unternehmer mit diesem IG-Chemie-Vorschlag, der Staat möge ihnen noch mehr Steuergelder in die Taschen stopfen, einverstanden sein. Zurückhaltender dürften sie das Verlangen aufnehmen: „Zerreißen Sie Ihren gesellschaftspolitisch törichten Tabu-Katalog!“ Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit bedürfte es neben einem umfassenden Beschäftigungsprogramm des Staates „durchgreifender Arbeitszeitverkürzungen“, die im Rahmen der Tarifpolitik durchzusetzen seien und die Beseitigung des Tabu-Katalogs erfordern.

Eine „gemeinsame Kraftanstrengung“, so Rappe, „schließt aber folgerichtig ein, daß auch die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften in eine solche gesamtgesellschaftliche Verabredung ihren Beitrag einzubringen hätten“. Arbeitszeitverkürzungen in jeder Form – Rappe gibt der früheren Rente den Vorzug – müssen von den Arbeitnehmern mitbezahlt werden. Das sei bei künftigen Lohn- und Gehaltsabschlüssen zu berücksichtigen. „Und es ist eine bittere Wahrheit, daß auch die Arbeitnehmer für die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit zusätzliche Opfer bringen müssen.“

In einer längeren Diskussion betonten mehrere Delegierte, daß mit Vorrang die 35-Stunden-Woche angestrebt werden müsse. Gerd Siebert

Wie im Kaleidoskop: 110 Jahre Gewerkschaften im Lederbereich

Einen zweifachen Grund hatte die rund 55 000 Mitglieder zählende Gewerkschaft Leder (GL) für ihren außerordentlichen Gewerkschaftstag am 11. Dezember im Frankfurter Gewerkschaftshaus: Vor rund 110 Jahren waren zentrale Gewerkschaften im Bereich der Ledererzeugung und Lederverarbeitung gegründet worden. Zum anderen stand vor den anwesenden 93 Delegierten die Aufgabe, einen Nachfolger für den aus dem geschäftsführenden Hauptvorstand ausscheidenden Erwin Kaiser zu wählen.

Adolf Mirkes, von 1953 bis 1976 zweiter bzw. erster Vorsitzender der GL, ließ wie in einem Kaleidoskop 110 Jahre Gewerkschaftsgeschichte an den Delegierten vorbeiziehen. Er erinnerte an große Kämpfe, beispielsweise an Streik und Aussperrung von 7600 Schuharbeitern in Pirmasens im Jahre 1903 oder an die Aussperrung von 2300 Weißbäcker-Schuharbeitern zwei Jahre später.

Einen breiten Raum in Mirkes' Referat nahm die Zeit nach dem 1. Weltkrieg ein. In diesem Zusammenhang erinnerte er an den Generalstreik gegen Knapp im Jahre 1920. Dadurch sei die Republik gerettet worden. Gedankt habe es den Gewerkschaften jedoch niemand. Die Zerrissenheit der politischen Arbeiterbewegung habe sich auch auf die Gewerkschaften ausgewirkt. So sei der Ausschluß von KPD-Funktionären aus der Gewerkschaft „kein Ruhmesblatt“ gewesen, sagte Mirkes abweichend von seinem Manuskript. Bedauerlicherweise sei die fachistische Gefahr von den Gewerkschaften unterschätzt worden. So habe das Vorstandsmitglied des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, Franz Spliedt, noch Mitte 1932 auf dem Verbandstag der Schuhmacher in Mainz erklärt, daß sich die Nationalsozialisten an der deutschen Gewerkschaftsbewegung die Zähne ausbeißen würden. Wörtlich habe er gesagt: „Hier beißt Hitler auf Granit, wie schon mancher.“

Nach 1949 habe die Gewerkschaft Leder, die wiederholt bewies, daß sie lebensfähig sei, zu den progressiven Gewerkschaften im DGB gehört und sich ausgewirkt, daß die Vorgängerorganisationen der GL „betont sozialistisch eingestellt“ waren. Seine Gewerkschaft sei die letzte im DGB gewesen, die den Sozialisierungsauftrag aus ihrer Satzung gestrichen hätte. Die GL gehöre auch zu jenen, die 1952 für die Fortsetzung der Aktionen im Kampf um das Betriebsverfassungsgesetz im DGB-Bundesausschuß gestimmt und dem Kongreß „Notstand der Demokratie“ gegen die Notstandsgesetzgebung unterstützt habe. Als positiv wertete der ehemalige GL-Vorsitzende die Vorreiterrolle bei der Kontaktaufnahme zu Gewerkschaften der sozialistischen Länder.

Über die Aufgaben der Gewerkschaft Leder in den 80er Jahren referierte Vorsitzender Helmut Teitzel. Er äußerte Befürchtungen, daß die beschlossenen Belastungen für Arbeitnehmerhaushalte zu einer weiteren Verringerung der Kaufkraft und damit zum weiteren Verlust von Arbeitsplätzen führen würde. Seit 1980 seien allein 8000 Arbeitsplätze im Bereich der GL und von 1973 bis 1975 fast die Hälfte aller Arbeitsplätze in der Schuhindustrie verlorengegangen. Heftige Kritik übte Teitzel in diesem Zusammenhang an den hohen Schuhimporten von rund 73 Prozent. Die Gewinner seien nicht die Konsumenten, sondern die Einkaufsvereinigungen und der Schuhhandel.

Helmut Teitzel, der seine Enttäuschung über die Vorgänge in der „Neuen Hei-

DGB-Jugend: Abrüstung ist das Gebot der Stunde

Der Bundesjugendausschuß des DGB hat beschlossen, einen Kongreß zu veranstalten. Sein Motto lautet: „Abrüstung ist das Gebot der Stunde“. Aller Wahrscheinlichkeit nach findet diese Veranstaltung am 26. und 27. März 1983 in Hannover statt. Der Bundesjugendausschuß erwartet allerdings nur 500 bis 600 Teilnehmer, sowohl aus den Jugendausschüssen der Gewerkschaften und des DGB wie auch aus verschiedenen Organisationen der Friedensbewegung. Auch die Vorstände der Gewerkschaften und des DGB sollen zu dieser Veranstaltung eingeladen werden.

Im Rahmen des Kongresses soll auch eine größere Abendveranstaltung mit etwa 2000 bis 3000 Teilnehmern stattfinden. Es ist geplant, neun Arbeitsgruppen zu bilden, in denen die folgenden Themenkreise diskutiert werden sollen:

- Ist der Verhandlungsweg am Ende?
- Friedenspolitik in Europa unter den Bedingungen militärischer Blockbildung
- Aufteilung der Welt – die Rolle der Supermächte
- Friedensbewegung in Ost und West
- Strategien für Frieden: Das Konzept atomwaffenfreier Zonen

mat“ zum Ausdruck brachte, bezeichnete die von Blüm vorgeschlagene Lohnpause als „Quatsch“. Lohnverzicht bringe uns keine sicheren Arbeitsplätze. Die Behauptung belegte der Gewerkschaftsvorsitzende mit Fakten aus eigenem Bereich. So sei seit 1970 der Lohnkostenanteil gesunken, und trotz bescheidener Lohnzuwächse im Vergleich zu anderen Bereichen habe eine massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen stattgefunden.

Für den außerordentlichen Gewerkschaftstag hatten die Schuhunternehmer Sprengstoff geliefert. Sie lehnten einen Schlichtungsversuch ab, der bescheidene 3,95 Prozent Lohnerhöhung für die Schuharbeiter vorsah. Offensichtlich wird ein Spiel mit der Angst um die Arbeitsplätze getrieben. Der Kommentar von Helmut Teitzel dazu im Wortlaut: „Mehr noch wie in der Vergangenheit verstehen die Arbeitgeber nur Stärke und Geschlossenheit. Nur eine Stunde spontane Arbeitsniederlegung hat größere Überzeugungskraft, als 14 Stunden am Verhandlungstisch zu argumentieren.“ Er rief dazu auf, sich geschlossen gegen die Angriffe der Unternehmer zur Wehr zu setzen „und damit das in der Praxis zu vollziehen, wovon die Gewerkschaften leben, nämlich von der Solidarität“.

Mit einem eindeutigen Votum wurde Werner Dick, 46, anstelle von Erwin Kaiser in den geschäftsführenden GL-Hauptvorstand gewählt. 86 der 93 Delegierten stimmten für ihn. G. M.

– Alternative Produktion und Rüstungsexport – Möglichkeiten und Verantwortung der Gewerkschaften

- Rüstungslasten und Sozialabbau
- Unterschriften für den Frieden – wie erfolgreich sind Appelle?
- Welchen Beitrag können Friedensforschung und Friedenserziehung zur Sicherung des Friedens leisten?

Wer sich diese Themen anschaut, wird feststellen, daß in dieser Aufzählung eine Reihe von Problemen nicht enthalten sind, die der 12. DGB-Kongreß in Westberlin im Mai 1982 ganz in den Vordergrund stellte. So findet sich kein

Wort, wie die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen verhindert werden kann, wie die in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen abgebaut werden können, was die Gewerkschaften tun müssen, damit die Verhandlungen in Genf ernsthaft und zügig fortgesetzt werden, wie der Abtransport und die Vernichtung des von den Amerikanern gelagerten Giftgases erreicht werden und nicht zuletzt wie die Benachteiligung der Kriegsdienstverweigerer rückgängig gemacht werden kann? Kein Wort findet sich über die Beteiligung der Gewerkschaftsjugend an den Ostermärschen.

Die im Beschluß des Bundesjugendausschusses enthaltene Linie entspricht sicherlich der bekannten Konzeption des neugewählten Bundesvorstandsmitgliedes Ilse Brusis. Vor dem Jugendtag der IG Bergbau und Energie versuchte sie, den Eiertanz des DGB zu der Großveranstaltung im Oktober 1981 in Bonn zu rechtfertigen. Die Situation, die die Entscheidung zum 10. Oktober 1981 notwendig gemacht habe, bestehe nach wie vor.

Der DGB-Bundesjugendausschuß habe sich in seiner Sitzung vom 28. Oktober 1982 auch mit der Beteiligung der Gewerkschaftsjugend an den Ostermärschen befaßt. Dies sei nicht unproblematisch, da manche Organisationen, die teilnahmen, politisch einseitig seien. Mit ihnen wolle sich die Gewerkschaftsjugend nicht identifizieren. Nach wie vor bestehe allerdings der Wunsch bei der Gewerkschaftsjugend, sich an den Ostermärschen zu beteiligen.

Der Kongreß kann nur ein Erfolg auf der Grundlage gewerkschaftlicher Beschlüsse werden, wenn sich die gewerkschaftliche Basis, die Jugendausschüsse des DGB und seiner Gewerkschaften sowie die verschiedenen gewerkschaftlichen Neigungsgruppen aktiv daran beteiligen. Nur wenn die Erfahrungen der Gewerkschafter vor Ort eingebracht werden können, kann garantiert werden, daß dieser Kongreß nicht in gegenseitige Anschuldigungen ausartet, daß Unterstellungen Argumente ersetzen, daß nicht das Einigende, sondern das Trennende in den Vordergrund gestellt wird.

Sicherlich werden der DGB-Bundesvorstand und auch Ilse Brusis persönlich befragt werden, was sie bisher dazu beigetragen haben, die Beschlüsse der letzten DGB-Kongresse zu Frieden und Abrüstung zu erfüllen, wie sie das Grundsatzprogramm der Verwirklichung nähergebracht haben?

Wenn aber bei allen unterschiedlichen Auffassungen, die vorhanden sind und nicht unter den Teppich gekehrt werden sollten, die Bereitschaft vorhanden ist, nach gemeinsamen Wegen zu su-

Handfeste Profitinteressen und Unternehmer-Versuchsballon

Auf Initiative der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein hat die Mehrheit der CDU-regierten Länder im Bundesrat eine Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes beschlossen und eine entsprechende Gesetzesinitiative im Bundestag gestartet. Hinter dieser Absicht, das erklärte auch der DGB, stehen handfeste Profitinteressen.

Auf einer Fachtagung am 23. November 1982 in Bonn diskutierten auf Einladung des DGB-Bundesvorstandes Arbeitsmediziner, Berufsbildungspolitiker, Jugendvertreter und Gewerkschaftssekretäre über die geplanten Verschlechterungen. Mit dem Verweis auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit sollen sogenannte ausbildungshemmende Vorschriften abgebaut werden: Jugendliche ab 17 Jahren sollen in Bäckereien und Konditoreien bereits um 4 Uhr morgens beschäftigt werden können, und die 8stündige Arbeitszeit kann auf 8 1/2 Stunden ausgedehnt werden.

Die geplanten Veränderungen wurden von der Fachtagung einmütig abgelehnt: „Wir sagen nein zum Abbau von Schutzgesetzen, weil diese Gesetze nicht sozialer Zierat, sondern unverzichtbare Sicherungsinstrumente sind“, betonte Ilse Brusis, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes. Anhand der Ausbildungsplatzentwicklung im Nahrungsmittelhandwerk wurde von Rolf Jansen (Bundesinstitut für Berufsbildung) nachgewiesen, daß das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht ausbildungshemmend gewirkt hat; von 1971 bis 1981 stieg das Ausbildungsplatzangebot im Bäckerhandwerk von 9934 auf 26 462, im Konditorienhandwerk von 4526 auf 9454 und im Fleischerhandwerk von 11 355 auf 20 327.

Den Unternehmern gehe es in erster Linie nicht um die Schaffung von mehr Lehrstellen, sondern „um die besseren Einsatzmöglichkeiten der Jugendlichen – und darum, einen großen Teil der Verstöße gegen das geltende Jugendarbeitsschutzgesetz für die Zukunft zu legalisieren“, stellte Ilse Brusis fest. Prof. Dr. Gustav Schacke (Institut für Arbeitsmedizin) verwies auf die „Aufga-

chen, wie die gemeinsame Bedrohung rückgängig gemacht und die Raketenstationierung verhindert werden kann, wenn dieser Kongreß neue Aktivitäten im DGB und seinen Gewerkschaften für Frieden und Abrüstung auslösen würde, dann könnte er zweifellos ein großer Erfolg werden. Also: Am 26. und 27. März auf zum Kongreß der DGB-Jugend.

Heinz Schäfer

be von Staat und Gesellschaft, dafür Sorge zu tragen, daß langfristige Gefährdung des heranwachsenden Organismus durch die verschiedensten Einflüsse des Berufslebens vermieden wird“. Aus arbeitsmedizinischer Sicht wandte er sich gegen die geplanten Verschlechterungen und warnte vor Langzeitschäden bei den Jugendlichen.

Eingeladen waren zu der Fachtagung auch Vertreter der Bundestagsparteien. Jedoch der von den Gewerkschaftern erwartete Dialog blieb aus. Anwesend waren einige SPD-MdBs, die sich hinter die Forderungen der Gewerkschafter stellten. Die CDU/CSU als maßgebliche Betreiberin der Veränderungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes war nur durch ihren Bundestagsabgeordneten Alfons Möller vertreten. Dieser äußerte viel Verständnis für die Argumente des Handwerks, versprach aber dann auch ganz artig, die Überlegungen der Fachtagung in seiner Fraktion vorzutragen.

Über die Möglichkeiten der Gewerkschaften, mit Aktionen gegen die Veränderungen vorzugehen, wurde nicht diskutiert. Lediglich Ingo Lehmann, Bundesjugendsekretär der IG Druck und Papier, betonte die Notwendigkeit des Widerstands mit Aktionen in der Öffentlichkeit und vor Ort in den Betrieben. Nicht berücksichtigt wurde auf der Fachtagung des DGB die Bedeutung des von CDU-regierten Bundesländern initiierten Abbaus von Schutzrechten unter der neuen CDU/CSU/FDP-geführten Bundesregierung.

Die Forderungen der Unternehmer und ihrer Verbände nach massivem Abbau der verschiedenen Schutzgesetze liegen seit längerem auf dem Tisch. Die Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, das 1976 mit nur einer Gegenstimme im Bundestag verabschiedet wurde, hat für die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung und die Unternehmer die Funktion eines Versuchsballons. Mit dem Abbau von Rechten aus dem Jugendarbeitsschutzgesetz wird der Abbau von weiteren Schutzrechten vorbereitet; insofern gewinnt der Kampf für den Erhalt des Jugendarbeitsschutzgesetzes für die Gewerkschaften eine besondere Bedeutung.

H. G. E.

DPG: Friedenswochen waren erfolgreich

Wie der Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) Anfang Dezember in einem Pressedienst mitteilte, waren die Friedenswochen erfolgreich gewesen. Weitgehend sei es gelungen, alt und jung gemeinsam für Friedensforen und Diskussionsveranstaltungen zu gewinnen. Dadurch seien Denkanstöße vermittelt und die Diskussionen auch in die Betriebe hineingetragen worden. Klaus-Dieter Zemlin, stellvertretender DPG-Vorsitzender und für Jugendarbeit zuständig, forderte die DPG-Jugend auf, ihre Aktivitäten zu „Frieden und Abrüstung“ auch 1983 fortzusetzen: „Für uns als Arbeitnehmer muß 1983 ein Jahr der Abrüstung und nicht der Aufrüstung werden“, erklärte er unter anderem.

IGM: Knebelung der freien Meinung

Als Knebelung der freien Meinungsäußerung im Betrieb hat die IG Metall die am 9. Dezember vom Bundesarbeitsgericht (BAG) verkündete Entscheidung im Anti-Strauß-Plaketten-Prozeß verurteilt. Damit bestätigte das höchste Arbeitsgericht die fristlose Entlassung eines 26jährigen Metallarbeiters durch die Sundwiger Messingwerke. Mit diesem Urteil setzten die Kasseler Richter offensichtlich die noch aus dem Kaiserreich stammende undemokratische Tradition der deutschen Rechtsprechung fort, erklärte die Gewerkschaft.

GTB empört über Lambsdorff

Mit Empörung wies der Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil – Bekleidung (GTB) Mitte Dezember die Behauptung von Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff zurück, daß die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie einen größeren Außenschutz genieße als alle anderen Wirtschaftszweige. Statt dessen habe Lambsdorff wesentlich dazu beigetragen, daß in den letzten zehn Jahren im Textil- und Bekleidungsbereich rund 350 000 Arbeitsplätze vernichtet wurden.

Erstmals Betriebsrat im Sheraton

Erstmals ist im Nobelhotel Sheraton am Frankfurter Flughafen nach mehreren gescheiterten Versuchen Mitte Dezember ein Betriebsrat gewählt worden. Rund 80 Prozent der 380 Beschäftigten beteiligten sich an der Wahl. In weiteren Nobelhotels, so im „Frankfurter Plaza“ und „Tourhotel Frankfurt/Offenbach“ haben die Beschäftigten eben-

falls erst seit kurzem Betriebsräte. Die zuständige Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten (NGG) führt diese Entwicklung einerseits auf die aktiv geführte Tarifrunde im vorigen Frühjahr zurück. Damals war es zum erstenmal in der hessischen Gastronomie zu Warnstreiks gekommen. Zum anderen würden die Arbeitsbedingungen wegen der hohen Arbeitslosigkeit immer drückender.

Junge Eisenbahner demonstrierten

Anfang Dezember protestierten rund 2000 junge Eisenbahner in Bonn gegen die Absicht der Bundesbahn, nur 700 von 3000 Auszubildenden nach der Lehrzeit zu übernehmen und nur 2900 von 5000 Ausbildungsplätzen zu besetzen. Ernst Haar, Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), erklärte, daß die Eisenbahner nicht in loyaler Haltung verharren würden, „bis ihnen das Wasser am Halse steht“. Seine Gewerkschaft werde gegen die Entscheidung der Bundesbahn weitere Maßnahmen ergreifen. Bonn sei erst der Auftakt gewesen.

Täglicher Verstoß gegen das BetrVG

An einer Fragebogenaktion des DGB, Landesbezirk Baden-Württemberg, beteiligten sich 1780 Betriebsratsgremien, die 877 613 Beschäftigte vertreten. Fazit: Es dürfte kaum ein Gesetz geben, das so mißachtet und gegen das in solch eklatanter Form verstoßen wird wie das Betriebsverfassungsgesetz. Die Beschwerden reichen von der täglichen Behinderung der Arbeit, insbesondere bei der Durchführung von Betriebsversammlungen, bei der Teilnahme an Schulungen, Verweigerung von Unterlagen und der Bezahlung der sachlichen Kosten. Die häufigste Mißachtung geschehe bei der Festlegung von Kurzarbeit und Überstunden.

Kein Personalabbau bei der Feuerwehr

„Wer bei den Feuerwehren spart, gefährdet nicht nur die Sicherheit der dort Beschäftigten, sondern vor allem die Sicherheit der Bevölkerung.“ Dies erklärte das zuständige Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft ÖTV, Franz Holländer, bei einem Treffen von rund 100 Feuerwehrleuten in Stuttgart. Die Gewerkschaft fordert u. a., die Belastungen durch den Schichtdienst durch mehr Freizeit abzugelten. Die heute noch übliche wöchentliche Arbeitszeit von 50 bis 72 Stunden für Berufsfeuerwehrleute müsse abgebaut und die Altersgrenze herabgesetzt werden.

PERSONALIEN

Siegfried Merten, 54, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), schrieb an Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm**, 47, daß sein Ministerkollege **Graf Lambsdorff** ihn zum Vortreiber in Sachen Lohnpause benutzen würde. „Du solltest Dich daran erinnern, daß der Adel in unserem Land sich immer Treiber hielt, mit denen er versuchte, die künftige Wildstrecke vor seine Flinte zu bringen.“

Hinrich Oetjen, seit 1969 Leiter der DGB-Bundesjugendschule in Oberursel, sprach am 13. Dezember 1982 auf einer Pro-Solidarnosc-Veranstaltung in Darmstadt. Dort wurde ihm von einem Gessinnungsfreund bescheinigt, daß er der erste Hausbesetzer in diesem Land gewesen sei. Oetjen habe schon jahrelang das Haus der Gewerkschaftsjugend in Oberursel gegen die DKP besetzt.

Franz Steinkühler, 45, Bezirksleiter der IG Metall in Baden-Württemberg, bezeichnete alle Maßhalte- und Lohnpausenappelle als Wirtschaftspolitik nach der Theorie von den Pferden und den Spatzen: „Die geht davon aus, daß, wenn die Pferde genug zu fressen haben, auch für die Spatzen auf der Straße noch etwas übrigbleibt. Wir wollen nicht die Spatzen sein.“

Franz Weber, 55, seit 1963 Geschäftsführer des Bezirksverbandes Hamm der IG Bau – Steine – Erden (IG BSE), wurde auf einem außerordentlichen BSE-Landesverbandstag zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Der gelernte Maurer und Stukkateur, der seit 1975 auch dem BSE-Gewerkschaftsbeirat angehört, tritt die Nachfolge von **Georg Voss**, 55, an, der seit dem 12. ordentlichen Gewerkschaftstag im Oktober 1982 dem IG-BSE-Bundesvorstand angehört.

John Vanderveken, 52, seit 1974 stellvertretender Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), ist Nachfolger des verstorbenen **Otto Kersten**, 54. Neuer IBFG-Vizepräsident wurde DGB-Vorsitzender **Ernst Breit**, 57, anstelle des ausgeschiedenen **Heinz Oskar Vetter**. **María Weber** wurde im IBFG-Vorstand von **Gustav Fehrenbach**, 57, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands, ersetzt.

Gerhard Vater, 58, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, starb am 28. Dezember 1982 an den Folgen eines Schlaganfalls. Vater gehörte dem geschäftsführenden Bundesvorstand seit 1977 an und war dort für die Finanzen zuständig. Zuvor war er seit 1959 Vorsitzender der Gewerkschaft Holz, später Holz und Kunststoff. Vater gehörte der SPD an.

Unternehmer setzen Interessen mit nackter Gewalt durch

Die vom Betriebsverfassungsgesetz zugestandene Mitbestimmung ist völlig unzureichend, um willkürliche Betriebsstillegungen zu verhindern. Nur durch entschlossenen Kampf der ganzen Belegschaft und solidarische Unterstützung von außen bestehen Aussichten auf eine erfolgreiche Verteidigung der Arbeitsplätze. Das sind Erfahrungen des über zweijährigen Widerstands der Chemiearbeiter des Enka-Zweigwerkes in Kassel-Bettenhausen gegen die geplante Vernichtung ihrer 760 Arbeitsplätze.

Zwei Tage, nachdem der Aufsichtsrat der Enka AG (seit 1969 eine 100prozentige Tochter des holländischen Chemiemultis Akzo mit 75 000 Beschäftigten in 50 Ländern) am 18. November 1982 in der Wuppertaler Enka-Hauptverwaltung die endgültige Vernichtung des Kasseler Werkes beschloß, stellte Betriebsratsvorsitzender Helmut Haase auf einer Betriebsversammlung in Kassel fest: „Dies ist ein Staat der Unternehmer. Ihnen wird es möglich gemacht, ihre Interessen auch mit nackter Gewalt zu verfolgen.“ Er fügte hinzu, daß nur durch den politischen Widerstand die Absichten der Konzernleitung durchkreuzt werden könnten.

Neun Tage später trat Haase in einen unbefristeten Hungerstreik, dem sich am 4. Dezember vier weitere Betriebsräte anschlossen. Die Konzernleitung hatte 136 Änderungskündigungen verschickt – der Beginn der „totalen Vernichtung des Werkes Kassel“ –, so Helmut Haase in einem Flugblatt an die Belegschaft. Aus Profitgründen soll die Produktion nach Holland und Spanien verlagert werden. Als am 7. Dezember bekannt wurde, daß das Werk Mitte 1984 endgültig dichtgemacht werden soll, besetzten empörte Arbeiter und Mitglieder der Kasseler Bürgerinitiative „Arbeitsplätze bei Enka retten“ die Werkstore, um den Abtransport von Rohstoffen nach Holland zu verhindern. Die Aktion wurde mit Polizeigewalt aufgelöst.

Im Handstreich versuchte die Konzernleitung, den Widerstand gegen die Massenentlassung zu brechen, obwohl vor den Arbeitsgerichten über ein Verfahren gegen die Vernichtung des traditionsreichen Kasseler Werkes noch nicht endgültig entschieden ist. Der Betriebsrat war vor das Arbeitsgericht gegangen, nachdem sich sämtliche im BetrVG vorgesehenen Instanzen gegen die willkürliche Vernichtung des Werkes als unwirksam erwiesen hatten. Es ging um die 1971 und 1975/76 jeweils vom Enka-Vorstand gegenüber dem Betriebsratsvorsitzenden Haase schriftlich gegebenen Zusagen, nach der Einstellung der Zellwolle-Produktion (die 1500 Arbeitsplätze kostete) den verbliebenen Teil des Werkes „bevorzugt auszubauen“ und zum zentralen Faserwerk

der Enka AG in der Bundesrepublik zu machen.

In einem skandalösen Urteil, das für die gesamte Arbeiterbewegung unseres Landes von Bedeutung ist, erklärten die Kasseler Richter am 23. November 1982 diese Vereinbarung für nichtig, da sie über die Bestimmungen des BetrVG



hinausgingen. Der Enka-Betriebsrat will notfalls bis vor das Bundesarbeitsgericht gehen, um dieses Urteil vom Tisch zu bekommen. Er hat dabei den Bremer Arbeitsrechtler Prof. Däubler auf seiner Seite, der in einem Gutachten bescheinigte, daß solche Betriebsvereinbarungen vom BetrVG nicht ausgeschlossen werden. Würde der Kasseler Spruch geltendes Recht, brauchte sich kein Unternehmen mehr an Betriebsvereinbarungen zu halten, die über die unzureichenden Bestimmungen des BetrVG hinausgehen.

Der Bruch dieser Betriebsvereinbarungen hatte bereits vor zwei Jahren dazu geführt, daß die 760 Arbeiter der „Spinnfaser“ in Kassel-Bettenhausen das Werk besetzten, als sie von der geplanten Stillegung erfuhren. Wie eine Seifenblase war die seit Jahren gepflegte Sozialpartnerschaftsidee platzt. Enka/Akzo hatte Kassel bewußt in die roten Zahlen getrieben, um die Produktion ins Ausland zu verlagern. Durch die Betriebsbesetzung wurde eine unmittelbare Schließung verhindert und mit einer erneuten Betriebsbesetzung im Januar 1981 eine Weiterführung der Produktion über die Urlaubspause im Sommer hinaus erreicht.

Es folgten weitere Aktionen, mit denen die Konzernleitung zu Verhandlungen über die im BetrVG vorgesehenen Möglichkeiten (Interessenausgleich) gezwungen wurde.

Betriebsrat und leitende Angestellte erarbeiteten übereinstimmende Alternativvorschläge zum Erhalt des Werkes bei einer verlustfreien Produktion. Mit einem 13tägigen Hungerstreik konnte der Betriebsratsvorsitzende Helmut Haase (zugleich Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Enka AG und ehrenamtliches Mitglied des Hauptvorstands der IG Chemie) gemeinsam mit drei weiteren Betriebsratskollegen im September 1981 erzwingen, daß von der „Treuarbeit“ ein konzernunabhängiges Gutachten über die Vorschläge des Betriebsrats in die Verhandlungen eingebracht wurde. Eine ebenfalls im August 1981 gestartete Unterschriftenaktion des DGB Kassel „Bürger für Enka-Werk“ erbrachte 45 000 Unterschriften für den Erhalt des Betriebes.

Eine wichtige Rolle bei der Organisation der Solidarität und des außerbetrieblichen Widerstands spielt die Bürgerinitiative „Arbeitsplätze bei Enka retten“, der neben den Parteien SPD, CDU, DKP und Grüne der örtliche evangelische Pfarrer, Betriebsräte von Enka-Zulieferbetrieben auch eine Arbeitsloseninitiative angehören. Angesichts der Spitzenposition Kassels in Hessen mit 12 Prozent offiziell registrierten Arbeitslosen verweist die Bürgerinitiative auf die fatalen Folgen der geplanten Enka-Schließung, die rund 800 Arbeitsplätze im vor- und nachgelagerten Bereich des Werkes gefährdet, und auf die Tatsache, daß der Kampf der Chemiewerker den Lebensinteressen aller Beschäftigten der Stadt entspricht.

Im Gegensatz zum Arbeitsgericht erhielt der Enka-Betriebsrat in sämtlichen Instanzen des Verfahrens nach dem BetrVG recht. Beim Interessenausgleich wurde festgestellt: Eine Stilllegung in Kassel kann nicht befürwortet werden. Im Schlichtungsverfahren kam heraus: Enka Kassel kann rentabel produzieren. Und zuletzt stellte die Einigungsstelle unter Vorsitz des hessischen Landeszentralbank-Präsidenten Dr. Härtel im September 1982 mehrheitlich fest: Das Werk kann erhalten bleiben.

Das beweisen auch die für sich sprechenden Fakten: So wies Akzo für 1981 einen Gewinn von 202 Millionen Mark aus und investierte 600 Millionen Mark. Für Sozialpläne zur Vernichtung von Arbeitsplätzen wurden 400 Millionen Mark beiseite gelegt. Mit einem Investitionsvolumen von 600 Millionen Mark will Akzo in Holland ein Werk zur Produktion des Asbestersatzmaterials Aramid errichten, das mit in einem vom Bonner Forschungsministerium finanzierten Auftrag in der Bundesrepublik entwickelt wurde. Michael Huhn

„Verwaltet“ und „diffamiert“ Arbeitslose begehren auf

Unter dem Motto „Arbeitslos – nicht wehrlos“ fand vom 2. bis 5. Dezember in Frankfurts Uni der erste bundesweite Arbeitslosenkongress statt. Vorausgegangen waren mehrere Vorbereitungstreffen. Über 250 Initiativen hatten Vertreter geschickt. Zur Zeit gibt es zwischen 300 und 500 Arbeitsloseninitiativen (Alis), teils bei den Kirchen, teils autonome Selbsthilfegruppen auf sich allein gestellt. Andere, wie die Alis in Frankfurt, Rosenheim und Dortmund, sind beim DGB angesiedelt. Alle Betroffenen jedoch sind es leid, verwaltet zu werden.

Über 1500 dieser unterschiedlichen Gruppierungen waren in Frankfurt vertreten. Es saß der arbeitslose Lehrer neben dem jungen Mädchen, das aus der Schule in die Arbeitslosigkeit entlassen worden war. Sie klagten nicht, sondern prangerten die Verantwortlichen für ihr Schicksal bereits in der Eröffnungsveranstaltung an. Frank Pharaos, einer der Mitinitiatoren des Kongresses, nannte die Unternehmer als die Schuldigen, „die eiskalt Betriebe dichtmachen, Leute arbeitslos machen, ihr eigenes Schäfchen natürlich im trockenen haben“. Sie seien es auch, die versuchten, Arbeitslose und Arbeitende gegeneinander auszuspielen, um schließlich den ausländischen Kollegen den Schwarzen Peter zu überlassen. „Wir lassen uns von dieser Demagogie nicht vereinnahmen.“

Wie Pharaos forderten auch andere Sprecher Solidarität mit den ausländischen Arbeitern, die eine heimtückische Propaganda zu Sündenböcken der Wirtschaftskrise stempeln wolle. Starken Beifall erhielt ein türkischer Sprecher, der den Unternehmern nachwies, aus Profitgründen Betriebe zu verlagern. Die gleiche Schuldzuweisung ging an die Adresse der Bundesregierung, die viele Milliarden für die Hochrüstung ausbebe. Wörtlich erklärte er: „Es sind nicht Ali und Mohamed, die Arbeitsplätze vernichten, es sind die Pershings und Cruise-Missiles, es sind die Politiker, die durch Wirtschaftsboykott die Betriebe vernichten.“

Heftige Kritik wurde in der Eröffnungsveranstaltung wie auch in den 15 Arbeitsgruppen an der Gewerkschaftsführung geübt, die die Arbeitslosen im Regen stehenlasse. Christoph Heise, verantwortlich für das Referat „arbeitslose Lehrer“ beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), forderte von den Organisatoren der Arbeiter und Angestellten, die Arbeitslosen stärker in die gewerkschaftliche Arbeit einzubeziehen, statt sie abzustoßen.

Der zweite Tag des Kongresses war Aktionstag: Demonstrationzüge zogen zur AEG-Konzernverwaltung. Peter Hinterland, stellvertretender AEG-Betriebs-

ratsvorsitzender, wies auf drohende Entlassungen bei der AEG hin. Schuld sei mit die Dresdner Bank als Hauptgläubiger, die gleichzeitig Milliardengewinne mache. Auch bei der Bundesbahnhauptverwaltung, die Hunderte von Jugendlichen nach Beendigung der Ausbildung auf die Straße werfen will und quasi einen Ausbildungsboykott verkündet hat, machte der Demonstrationzug halt. Doch keiner der Verantwortlichen ließ sich sprechen. Anders vor dem Arbeitsamt. Hier überreichte die Betriebsgruppe der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) den Demonstranten eine Spende zur Kongressfinanzierung.

Heiß wurde in den Arbeitsgruppen diskutiert, z. B. über die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Hier wurde besonders hervorgehoben, daß durch die staatliche Investitionspolitik Arbeitsplätze durch Rationalisierung vernichtet würden. Als Alternative wurde u. a. die Umstellung von militärischer auf zivile Produktion und die Reduzierung der Rüstungsausgaben genannt sowie erweiterte Mitbestimmung und die Verwendung von Unternehmergewinnen zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen gefordert. Wieder andere Arbeitskreise beschäftigten sich mit den physischen und psychischen Folgen der Arbeitslosigkeit. Eine weitere Gruppe diskutierte die historischen Erfahrungen der Arbeitslosenbewegung. In einem Thesenpapier wurde festgestellt, daß es „zu den schwersten und politisch verhängnisvollsten Fehlern der ADGB-Gewerkschaften“ gehört habe, „während der Weltwirtschaftskrise so gut wie nichts zur Mobilisierung der Arbeiterbewegung gegen die Massenarbeitslosigkeit“ unternommen zu haben.

Und gerade hier sind die DGB-Gewerkschaften gefordert, Lehren zu ziehen. Ihre Aufgabe ist es, den Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen verstärkt zu führen und die Betroffenen in diesen Kampf einzubeziehen. Das aber wurde bisher versäumt. Auch dieser Kongress wurde nicht genutzt, um Versäumnisse zu korrigieren. Lediglich GEW und HBV hatten Vertreter bzw. Beobachter geschickt. G. M.

Medientagung

Verantwortung und Berufsethos aller in den Massenmedien Beschäftigten verlangen, „mit wahrheitsgemäßen Informationen über die Lage im Land an die Seite der Millionen zu treten: die Verantwortlichen für die Krise und die Hochrüstung zu nennen. Hintergründe und Zusammenhänge aufzuklären. Mit dem Volk gemeinsam für Abrüstung und Entspannung und gegen die US-Atomraketen, für Arbeitsplätze und gegen Sozialabbau einzutreten.“ Mit einer „Hamburger Erklärung an die Beschäftigten in den Massenmedien“ endete eine zentrale Medienkonferenz, die am 4. und 5. Dezember von der DKP in der Elbestadt durchgeführt wurde.

Die beiden Tage dienten einer umfangreichen Darstellung, Analyse und Antwortfindung zur sich anbahnenden technologischen Umwälzung im Medienbereich. Stichworte wie Mikroelektronik, Breitbandverkabelung, Privatfunk, Videotechnik, Bildschirmtext und Heimterminals deuten die Problemfelder an. Und Themen wie Meinungsmanipulation, Pressekonzentration, Moralverfall oder Arbeitsplatzvernichtung stehen damit im engen Zusammenhang. In seinem Referat meinte der stellvertretende Parteivorsitzende Hermann Gautier, angesichts von Krise, Massenarbeitslosigkeit, Jugendprotest, Friedensbewegung, Hochrüstung und anderer Probleme seien die Massenmedien als Instrumente der Bewußtseinsmanipulation und Herrschaftssicherung für das Großkapital noch nie so bedeutsam gewesen wie jetzt. Außerdem erschließe sich auf diesem Feld eine neue Profitquelle.

Prof. Horst Holzer, einer der führenden Medienexperten, betonte in einem der drei Arbeitsgruppen die „umwälzenden, arbeitsplatzvernichtenden Rationalisierungskonsequenzen“ der neuen Medientechniken. Ihre medienpolitische Brisanz liege darin, „daß sie als Hebel wirken sollen, um die öffentlich-rechtliche Rundfunkorganisation aus den Angeln zu drücken“. Er nannte die Behauptung der „Arbeitsplatzvermehrung durch Verkabelung“ einen „albernen Slogan“ von Profiteuren und amtierenden Staatsträgern. Der „Rationalisierungsschub“ werde vielmehr Millionen von Arbeitsplätzen vernichten.

In der Diskussion, an der sich Journalisten aus Presse, Funk und Fernsehen sowie Betriebsräte aus diesen Bereichen beteiligten, wurde immer wieder auf die sozialen und Beschäftigungskonsequenzen der Medientechnik eingegangen. Einmütigkeit herrschte darüber, daß eine gesellschaftspolitisch verantwortungsvolle Lösung der neuen Probleme öffentlich-rechtliche Eigentumsverhältnisse und demokratische Kontrollrechte der Betroffenen und ihrer Organisationen erfordern. G. S.

Die Operation '83 – Ein vorläufiges Schlußwort

Von Prof. Dr. jur. Bernd Klees

Bundestag und Bundesrat haben Mitte Dezember 1982 den Haushalt '83 nebst dem „Haushaltsbegleitgesetz“ mit seinen zahlreichen „Sparmaßnahmen“ zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung sowie den zweiten Nachtragshaushalt '82 verabschiedet. Da die Bundesregierung nach Erklärungen des parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesfinanzminister, Hansjörg Häfele, zudem beabsichtigt, trotz der weiter dramatisch steigenden Arbeitslosigkeit eine Halbierung der derzeitigen Neuverschuldung von 40 auf 20 Milliarden Mark in den nächsten vier Jahren und gar eine Rückführung auf Null in weiteren vier Jahren zu erreichen, dürfte der Sozialstaat in Gefahr sein.

Durch den gravierenden Kaufkraftentzug bei der arbeitenden Bevölkerung wird die Krise weiter verschärft und die grundgesetzlich gewährleistete Sozialstaatlichkeit (Artikel 20 und 28 GG) trotz der „Ewigkeitsgarantie“ des Artikels 79 Absatz 3 GG bei den weiter zu erwartenden „Sparmaßnahmen“ ebenfalls auf „Null“ gebracht werden.

Wohin die „Amerikanisierung“ unserer Verhältnisse führen kann, zeigt als anschauliches Beispiel etwa die Hungersnot in der Automobilstadt Detroit – einst das Mekka des technischen und sozialen Fortschritts (man denke nur an die Amerikareise zweier Gewerkschaftsführer in den zwanziger Jahren, die das „Wunder“ [Fließbandarbeit] „vor Ort“ studiert haben, um die neuen Produktionstechniken auch in Deutschland mit einzuführen). Derartige Verhältnisse können durchaus in einigen Jahren auch bei uns Platz greifen, wenn man etwa an die Stahlkrise, die Krise der Automobilindustrie und des Schiffbaus denkt, die – wie beispielsweise im Saarland – ganze Regionen veröden und die Bevölkerung in tiefes Elend stoßen können.

Die mit dem „Haushaltsbegleitgesetz '83“ weitergeführte Entwicklung ist folglich noch lange nicht abgeschlossen. Sie wird nach der (voraussichtlichen) Wahl am 6. März 1983 – je nach Wahlausgang – mit mehr oder minder großer Vehemenz weiterbetrieben werden. Um eine Formulierung von Churchill abzuwandeln: Es ist unter den obwaltenden Umständen beileibe noch nicht das Ende der sozialen Demontage, auch noch nicht der Anfang vom Ende; es ist aber das Ende des Anfangs, der mit dem Haushaltsstrukturgesetz 1975 begonnen und mit den Operationen '82 und '83 fortgesetzt worden ist.

Der nunmehr verabschiedete Haushalt 1983 umfaßt 253,2 Milliarden Mark, wobei die Neuverschuldung nach weiteren Kürzungen durch den Haushaltsaus-

schuß auf – vorläufig – 40,9 Milliarden Mark begrenzt worden ist. Doch dürften auch hier nach den bisherigen Prognosen weitere Nachtragshaushalte zu erwarten sein. Denn die zugrunde gelegte durchschnittliche Arbeitslosenrate von 2,35 Millionen im Jahre 1983 wird voraussichtlich beträchtlich überschritten werden. Im Frühjahr 1983 wird mit etwa 2,5 Millionen (registrierten) arbeitslosen Menschen zu rechnen sein, ein Jahr später wahrscheinlich sogar mit drei Millionen. Der Industriedarwinismus wird also seinen weiteren Tribut fordern.

Obwohl die sozialen Notlagen – fast ausschließlich von den gesellschaftlichen Verhältnissen verursacht – erheblich zunehmen, werden die entsprechenden Risiken privatisiert und die sozialen Garantien aufgekündigt. Der Staat emanzipiert sich vom Sozialen. Die den Menschen in unserem Lande zugemutete Roßkur hat jedoch keine Perspektive. Auf die „Selbstheilungskräfte des Marktes“ zu vertrauen bedeutet, zu frühkapitalistischen Dogmen zurückzukehren, die die Verhältnisse nur noch verschlimmern werden.

Zudem ist das Glaubensbekenntnis der „neuen Mehrheit“, dem auch Alt Bundeskanzler Helmut Schmidt anhing – „Die Gewinne von heute (abgewandelt neuerdings: die Opfer von heute) sind die Investitionen von morgen; und die Investitionen von morgen sind die Arbeitsplätze von übermorgen“ –, schon seit geraumer Zeit als Demagogie entlarvt worden: Die ganz überwiegend vorgenommenen Rationalisierungsinvestitionen schaffen bei schrumpfendem Absatzmarkt nicht nur keine, sondern vernichten sogar noch in großem Umfang bestehende Arbeitsplätze. Der Aufruf von Bundeskanzler Helmut Kohl in der ihm gemäßen salbungsvollen Art zur „geistig-moralischen Erneuerung“ geht „daß die falsche Richtung: Nachdenken täte not!“

Günther Anders hat schon 1977 im Rahmen seiner Abhandlung „Die Anti-

quiertheit der Arbeit“ folgendes ausgeführt:

„Wenn heute Demagogen wie Hitler oder Goebbels aufträten, dann würden sie ihren Völkern in einem Atemzug Rationalisierung und Vollbeschäftigung versprechen, nein, die Rationalisierung geradezu als die Vorbedingung der Vollbeschäftigung propagieren. – Aber warum „würden“? Und wenn ihre Völker so betrügerisch wären, wie das deutsche Volk im Jahre 1933 war, dann würden sie diesem Doppelversprechen zujubeln und sich jubelnd in den Abgrund stürzen. – Aber noch einmal: Warum „würden“?“

Doch zurück zum „Haushaltsbegleitgesetz“. Die wesentlichen Eingriffe in den sozialen Besitzstand sind bereits dargestellt worden (NACHRICHTEN 11/1982, S. 30 f), getroffene Korrekturen zugunsten auch unserer Bevölkerung eher randständig (z. B. Verlängerung der Gewährung von Kurzarbeitergeld im Bereich der Stahlindustrie von bisher zwei auf drei Jahre, um weitere Massenentlassungen jedenfalls derzeit zu verhindern; unter bestimmten Umständen erhalten die Krankenkassen jetzt die Möglichkeit, neben der medizinischen Behandlung und Pflege auch die Kosten für die Hauspflege zu übernehmen, wenn ein Krankenhausaufenthalt dadurch verkürzt oder vermieden werden kann; bei Kuren der Kriegsoferversorgung entfällt die „Selbstbeteiligung“ u. a. m.). Deshalb ein Blick auf die längerfristigen Entwicklungslinien.

Die Sozialpolitik wird derzeit offensichtlich als „Tropf“ der Wirtschaftspolitik betrachtet; fehlen dort (angeblich oder tatsächlich) Mittel für den privaten Kapitalbedarf, wird der Klassenkompromiß aufgekündigt und die Gelder von dort – neben den „Gewinnen“ aus dem Lohnabbau und der Arbeitsintensivierung – in den Kapitalverwertungsprozeß umgeleitet. Gelang es bisher, die Klassenlinien mittels des „süßen Gifts“ der Sozialleistungen zu verzuckern und damit zu verdecken, so wird zukünftig eine verstärkte klassenmäßige Polarisierung zu erwarten sein.

War es dem Proletariat unter Bismarck gelungen, anstelle der diskriminierenden Armenpflege (Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts, Erlaubnispflichtigkeit bei Heirat, Ausschuß beim Schöffen- und Geschworenennamt) einen Rechtsanspruch auf Versicherungsleistung zu erhalten, der 1927 durch Verabschiedung des AVAVG auch auf den Tatbestand der Arbeitslosigkeit erstreckt wurde und unabhängig von einer Offenlegung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse war (Bedürftigkeitsprüfung), so werden nunmehr die Verhältnisse mehr und mehr zurückgedreht.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg fordert im Einklang mit Arbeitgebervertretern eine stärkere Ausrichtung der Sozialleistungen auf die Bedürftig-

Bei Kuren: Höchste Alarmstufe für Gesundheit und Arbeitsplätze

Erstmals in der Geschichte der deutschen Sozialversicherung müssen Arbeiter und Angestellte bei einer Kur, deren Kosten von der Rentenversicherung oder voll von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen werden, ab Januar dieses Jahres eine Zuzahlung zu den Kurkosten leisten! Pro Tag 10 DM, bis zu 30 Tagen, bei einer vierwöchigen Kur also 280 DM, das ist die Rechnung, die die Bonner Minister und Abgeordneten jetzt allen Kurpatienten der SV präsentieren. Eine Kur wird damit noch mehr zu einem „Luxus“, den sich viele Arbeiter und Angestellte – trotz ärztlicher Verordnung – nicht mehr leisten können!

Dabei hat es bei den Kuren ohnehin schon einen drastischen Rückgang gegeben. Etwa 40 Prozent Kuranträge weniger als im Vorjahr wurden 1982 von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte infolge Antragsrückgang und höherer Ablehnungsquote bewilligt. Ebenfalls mehr als ein Drittel, nämlich 34 Prozent, weniger Kurbewilligungen als im gleichen Zeitraum 1981 verzeichnete die Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen bis November des vergangenen Jahres. Nicht günstiger dürfte die Entwicklung bei den anderen Landesversicherungsanstalten sein, melden doch die Kurorte regional einen Rückgang bei den Heilbehandlungen von mehr als 50 Prozent. Auch die Kuranträge der Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sind von 35 000 im ersten Halbjahr 1981 auf 25 400 im ersten Halbjahr 1982 zurückgegangen.

keit (Einkommengrenzen). Modellhaft wurde dies bereits beim Familienlastenausgleich praktiziert, wenn auch die Grenzen noch derart hoch angesetzt wurden, daß sich ein Großteil der Bevölkerung noch nicht angesprochen fühlt. Doch die Grenzen können schnell variiert werden.

Der Versicherungs- und Versorgungsgedanke wird damit mehr und mehr ausgehöhlt werden, und die arbeitenden Menschen in unserem Lande müssen sich wohl stärker darauf einrichten, einem bürokratischen Kontrollverfahren unter Offenlegung der persönlichen Verhältnisse unterworfen zu werden, wie es bereits in der Sozialhilfe üblich ist. Damit kehren sie in den Schoß der Armenpflege zurück. Wohlverhaltensklauseln (etwa die „Verfügbarkeit“ und die „Zuverlässigkeit“ im Arbeitslosenrecht) ergänzen diese Maßnahmen flankierend und unterstützen den gegenwärtig stattfindenden Verdrängungswettbewerb in den Betrieben. Die industrielle Reservearmee wird größer und größer und setzt die noch in Arbeit stehenden beträchtlich unter Druck. Der gravierende Rückgang etwa des Krankenstandes und der

Für diesen rapiden Rückgang bei den Kuren gibt es im wesentlichen zwei Ursachen. Erstens die zunehmende Massenarbeitslosigkeit und die damit steigende Angst um den Arbeitsplatz. Arbeiter und Angestellte verzichten unter diesem materiellen und psychischen Druck oft auch dann auf eine Kur, wenn sie vom Arzt dringend angeraten und verordnet wird.

Zweitens aber ist der enorme Rückgang bei den Kuren die Folge der mehrfachen gesetzlichen Einschränkungen, die in diesem für die Gesundheit der Arbeiter und Angestellten so wichtigen Bereich der medizinischen Rehabilitation und Prophylaxe in den vergangenen Jahren bereits erfolgt sind. Schon mit dem Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz wurde 1978 festgelegt, daß für Kuren der

Kuranträge beim gleichzeitigen Anschlagen des Anteils der Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten zeigt den stummen Zwang der Verhältnisse an.

Ob die Rückführung des Wirtschaftsbürgers zum Proletariat auch zu einer Renaissance klassenkämpferischen Denkens führen wird, ist noch nicht ausgemacht. Die Barbarei des Faschismus hat vieles ausgelöscht. Wir schulden es jedoch unseren Kindern und nachfolgenden Generationen, für Verhältnisse einzutreten, unter denen es sich lohnt zu leben. Doch von einer Humanisierung der Verhältnisse entfernen wir uns mehr und mehr.

Wenn wir die gnadenlose Mechanik kapitalistischen Wirtschaftens nicht aufheben können (pro Jahr etwa 6 Millionen Entlassungen und knapp 5 Millionen „innerbetriebliche Umsetzungen“, die weitgehend arbeitgeberveranlaßt sein dürften), dürfte die Gegenwehr weitgehend vergeblich sein. Doch die Entwicklungen in der Endzeit der Weimarer Republik sind eine Mahnung für uns alle, der wir uns erinnern sollten: gerade in den jetzigen Tagen.

Krankenkassen die Verordnung des behandelnden Arztes nicht mehr genügt, sondern in jedem Fall der Vertrauensarzt die Kur befürworten muß und Kuren in ausländischen Heilbädern von den Kassen nicht mehr bezuschußt werden.

Die Zeit für die Wiederholung einer Kur wurde zunächst auf zwei Jahre festgesetzt, dann auf drei Jahre verlängert. Stark gekürzt wurde das Übergangsgeld bei Kuren der Rentenversicherung, auf das Arbeiter und Angestellte dann angewiesen sind, wenn für die Kur kein Anspruch auf Lohn- oder Gehaltsfortzahlung besteht. Eine Kur gibt es jetzt nicht mehr, wenn die Erwerbsfähigkeit eines Versicherten „nur“ gefährdet ist, sie muß „erheblich“ gefährdet sein. Und Arbeitern und Angestellten, die das 59. Lebensjahr vollendet haben, wurde der Anspruch auf eine Kur der Rentenversicherung praktisch entzogen, eine Maßnahme, die jetzt für die 59- bis 62jährigen wieder aufgehoben wurde. Als „Krönung“ dieser geballten Ladung von Rotstiftmaßnahmen gegen die Inanspruchnahme von Kuren jetzt die zusätzliche finanzielle Barriere, die geforderte Zuzahlung von 280 DM bei einer vierwöchigen Kur.

Die intensivere Beanspruchung der Arbeiter und Angestellten und die deshalb steigende Frühinvalidität aber würde mehr, vor allem mehr prophylaktische Heilbehandlungen erfordern. Rund 52 Prozent aller 1981 neu zugegangenen Versichertenrenten waren Renten wegen Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit! Sparen bei den Kuren ist da sparen am falschen Platz, durch das die Krankheits- und Rentenkosten weit mehr steigen werden, als bei den Kuren eingespart wird. Das hinauschieben der Frührente um nur ein Jahr durch eine Kur bedeutet für die Rentenversicherung bereits einen „Gewinn“ von 100 Prozent. Ungleich größer sollte der „Gewinn“ an Gesundheit und damit an Lebensqualität und Lebensfreude veranschlagt werden, wenn es in der Sozialpolitik der Bundesrepublik nach humanen, gesundheitspolitischen und sozialen Gesichtspunkten ginge.

Der starke Rückgang bei den Kuren hat aber auch den massenhaften Verlust von Arbeitsplätzen in den Kurorten zur Folge. Die ÖTV bezeichnet deshalb die 10-DM-Zuzahlung pro Kurtag als „Gefahr für die Arbeitsplätze und höchste Alarmstufe für Kureinrichtungen und Bäder“. Allein die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte hat 1982 6300 Kurbetten gekündigt bzw. aufgegeben. Schon bis Mitte 1982 waren 15 000 Beschäftigte in den Heilbädern arbeitslos geworden.

Der 12. DGB-Kongreß im Mai 1982 hat gefordert, die Rentenversicherung müsse „zielstrebig den Kampf gegen die Frühinvalidität verstärken und ihre Leistungen zur medizinischen und beruflichen Rehabilitation ausbauen statt – wie vom Gesetzgeber vorgesehen – einzuschränken“. Arthur Böppele

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT

Kollektive Beschwerden im Betrieb

Im Vorfeld von Streik- und Protestaktionen gibt es in der betrieblichen Praxis eine Reihe von Widerstandsformen, z. B. gegen Entlassungen und Entlassungsdrohungen, gegen die Verschärfung der Arbeitsbedingungen und gegen unternehmerische Willkürakte. Da die Rechtsprechung Meinungsäußerungen im Betrieb und Aktionen daran mißt, ob der „Betriebsfrieden“ gestört wird, ist es besonders wichtig, die eigentliche Ursache der Konflikte aufzudecken.

Nach der Logik der Unternehmer stören natürlich nicht sie – z. B. durch massenhafte Existenzvernichtungen bei Entlassungen –, sondern diejenigen den Betriebsfrieden, die dagegen in irgendeiner Form protestieren. In der Auseinandersetzung muß von vornherein klargestellt werden, wer der eigentliche Störer des Betriebsfriedens ist. Außerdem sollten die – sehr bescheidenen – rechtlichen Möglichkeiten, Protest im Betrieb zu artikulieren, offensiv genutzt werden. Streiks und Massenproteste sind im allgemeinen erst dann in den Betrieben geben, wenn die Belegschaft es lernt, den Widerstand und den Protest lautstark zum Ausdruck zu bringen und durch betriebliche Aktionen den Druck auf den Unternehmer zu steigern und zu verbreitern.

1. Unterschriften und Fragebogenaktionen

sind einer der häufigsten betrieblichen Aktionsformen. Organisiert der Betriebsrat Fragebogenaktionen, so verstößt er dabei nicht gegen seine Friedenspflicht. Dies hat das Bundesarbeitsgericht ausdrücklich entschieden (BAG, Urteil vom 8. Februar 1977; so auch Fitting-Auffahrt-Kaiser, Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz, zu § 74 Rdn. 7).

2. Anträge auf der Betriebsversammlung

Eine gutbesuchte, kämpferische Betriebsversammlung mit den entsprechenden Diskussionsbeiträgen ist ein wichtiges Mittel kollektiver Meinungsäußerung. Um ihr größeres Gewicht zu geben, sollte die Betriebsversammlung konkrete Forderungen aufstellen. In § 45 Abs. 1 BetrVG heißt es: „Die Betriebs- und Abteilungsversammlungen können dem Betriebsrat Anträge unterbreiten und zu seinen Beschlüssen Stellung nehmen.“ In den Betriebsversammlungen – das verbietet das Gesetz nicht – können jedoch auch Re-

solutionen und Stellungnahmen verabschiedet werden, die direkte Forderungen an den Unternehmer zum Inhalt haben. Es empfiehlt sich, derartige Anträge und Stellungnahmen im Vertrauensleutkörper vorzubereiten.

3. Kollektive Beschwerden beim Betriebsrat

In § 39 Abs. 3 BetrVG ist geregelt: „Versäumnis von Arbeitszeit, die zum Besuch der Sprechstunde oder durch sonstige Inanspruchnahme des Betriebsrats erforderlich ist, berechtigt den Arbeitgeber nicht zur Minderung des Arbeitsentgeltes des Arbeitnehmers.“ Das Recht, den Betriebsrat während der Arbeitszeit aufzusuchen, ist also ausdrücklich gesetzlich geregelt. Es ist nicht einzusehen, warum dieses Recht nur einzeln wahrgenommen werden sollte – eine große Anzahl von betrieblichen Problemen betreffen viele Kollegen gemeinsam.

Trotzdem versuchen die Unternehmer, die kollektive Inanspruchnahme des Betriebsrats zu verhindern. Das Arbeitsgericht Hamburg hat in einem Urteil vom 18. Dezember 1981 (Az. 10 Ca 204/81, nicht rechtskräftig) ausdrücklich entschieden, daß kollektive Beschwerden zulässig sind. Da die Aufgaben des Betriebsrats in den §§ 80 und 75 BetrVG sehr weit definiert worden sind, ist kaum ein betrieblicher Konflikt denkbar, bei dem diese Beschwerdemöglichkeit nicht in Frage kommt.

4. Das Beschwerderecht der §§ 81 ff. BetrVG

Mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 wurden die Beschwerderechte der §§ 81 ff. in das Betriebsverfassungsgesetz eingeführt mit dem Ziel, die Rechte des einzelnen im Betrieb zu stärken. Trotz dieser problematischen Zielrichtung können die Beschwerderechte – kollektiv angewandt – ein wirksames Protestmittel darstellen. Zu der Frage, wann eine Beschwerde zulässig ist, heißt es in § 82: „Der Arbeitnehmer hat das Recht, in betrieblichen Angelegenheiten, die seine Person betreffen, von den nach Maßgabe des organisatorischen Aufbaus des Betriebs hierfür zuständigen Personen gehört zu werden. Er ist berechtigt, zu Maßnahmen des Arbeitgebers, die ihn betreffen, Stellung zu nehmen sowie Vorschläge für die Gestaltung des Arbeitsplatzes und des Arbeitsablaufs zu machen.“ § 84 Abs. 1 lautet: „Jeder Arbeitnehmer hat das

Recht, sich bei den zuständigen Stellen des Betriebs zu beschweren, wenn er sich vom Arbeitgeber oder von Arbeitnehmern des Betriebs benachteiligt oder ungerecht behandelt oder in sonstiger Weise beeinträchtigt fühlt. Er kann ein Mitglied des Betriebsrats zur Unterstützung oder Vermittlung hinzuziehen.“

Die Form der Beschwerde ist nicht gesetzlich geregelt. So sollten Beschwerden sowohl mündlich als auch schriftlich vorgebracht werden (gemeinsame Überbringung eines Beschwerdeschreibens oder einer Aufzählung über bestimmte Unternehmenspläne Aufklärung zu erteilen). Beschwerden und Anfragen können sowohl gegenüber dem Betriebsrat als auch gegenüber dem Unternehmer abgegeben werden. Der Unternehmer ist verpflichtet, „über die Behandlung der Beschwerde zu beschreiben und, soweit er die Beschwerde für berechtigt erachtet, ihr abzuhelfen“ (§ 84 Abs. 2 BetrVG).

Die wichtigste Rechtsvorschrift in diesem Zusammenhang ist § 85 BetrVG. Hier haben nämlich Betriebsrat und Belegschaft die Möglichkeit, den Unternehmer zur Stellungnahme zu betrieblichen Konflikten zu zwingen. § 85 BetrVG setzt voraus, daß der Betriebsrat eine Beschwerde erhält und diese für berechtigt hält. Er muß dann beim Unternehmer auf Abhilfe hinwirken. In § 85 Abs. 2 ist weiter geregelt: „Bestehen zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber Meinungsverschiedenheiten über die Berechtigung der Beschwerde, so kann der Betriebsrat die Einigungsstelle anrufen. Der Spruch der Einigungsstelle ersetzt die Einigung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat. Dies gilt nicht, soweit Gegenstand der Beschwerde ein Rechtsanspruch ist.“

Gibt es beispielsweise in einem Betrieb Entlassungsgerüchte und beschweren sich Arbeiter und Angestellte, daß der Unternehmer seine Verpflichtung, sie „über Veränderungen in ihren Arbeitsbereichen rechtzeitig zu unterrichten“ (§ 81 Abs. 2 BetrVG), nicht eingehalten hat, so besteht über § 85 BetrVG die Möglichkeit, auf eine Stellungnahme des Unternehmers, gegebenenfalls über die Einigungsstelle, zu drängen.

5. Pausendiskussionen

Bei wichtigen betrieblichen Ereignissen haben sich intensive Pausendiskussionen als wirkungsvolles Druckmittel erwiesen. Am wirkungsvollsten sind sie, wenn sie an vielen Stellen des Betriebes gleichzeitig, z. B. durch den Vertrauensleutkörper anhand eines gewerkschaftlichen Flugblattes, organisiert werden. Oft ergibt es sich dann fast „automatisch“, daß die Pausen verlängert werden. In vielen Fällen haben sich so spontane betriebliche Streikaktionen entwickelt. Florott

Frankreich am Jahresanfang Unternehmer blockieren

Die gewerkschaftliche Situation in Frankreich ist in diesen Wochen von verschiedenen Problemen geprägt. Die Unternehmer finden sich mit dem linken Regierungsbündnis nicht ab und betreiben weiterhin Obstruktionspolitik. Über zwei Millionen Arbeitslose und nach Aufhebung des verordneten Preisstopps wieder sprunghaft ansteigende Lebenshaltungskosten bilden die negativen Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeit.

Der Unternehmerverband Frankreichs setzt seine Blockadepolitik fort, um die linke Regierung weiterhin unter Druck zu setzen. Sie sträuben sich gegen wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ebenso, wie sie Bemühungen, den gesetzlich festgelegten Mindestlohn „SMIC“ konsequent durchzusetzen und dessen Niveau zu heben, sabotieren.

Die prinzipielle Haltung der Gewerkschaften zur Regierung bleibt unverändert. In vielen Fragen ist die Regierung Kontrahent, muß die Gewerkschaftsbewegung ihre Interessen – auch im Kampf – durchsetzen. Das Verhältnis zu dieser Regierung ist jedoch ein grundlegend anderes als zu Zeiten konservativer Politiker wie Chirac oder Barre, die mit dem Großunternehmertum aufs engste verbunden waren. Am 1. November ist der von der Regierung verhängte Preisstopp aufgehoben worden. Hatte sich das Preisniveau in den Monaten vorher nur um rund 0,3 bis 0,4 Prozent nach oben bewegt, so holten private und öffentliche Unternehmen schon am 1. November zum großen Schlag aus.

Dafür einige Beispiele:

Brotpreise	+ 2 cent. am 1. 11.
Benzin	+ 6,5 Prozent
	+ 9 cent. am 12. 11.
Import-Kfz	+ 4 Prozent
Metro	+ 10 Prozent
Schulspeisungen	+ 9,5 Prozent

Die Gewerkschaften, und insbesondere die CGT, legen in dieser Situation größtes Gewicht darauf, daß der Mindestlohn SMIC, wie von der Regierung versprochen, um 4 Prozent angehoben wird. Die Regierung hat hingegen deutlich gemacht, daß sie diese Anhebung mit dem Hinweis auf die schlechte Wirtschaftslage hinauszögern möchte. Die CGT sieht in der Anpassung des SMIC eine prinzipielle Frage, sich für die am schlechtesten Verdienenden, für die „simcards“, besonders einzusetzen. Unter einer Regierung Giscard/Barre genauso wie unter Mitterrand/Mauroy.

Niedrige Einkommen blieben weiterhin in Frankreich eine traurige Realität. 2 Millionen Beschäftigte werden nach dem SMIC bezahlt, 20 Prozent aller Be-

schäftigten verdienen unter 3200 FF. Die Ziele der CGT sollen mit aller Kraft durchgesetzt werden: Anhebung des SMIC in mehreren Etappen auf 3700 FF bei einer monatlichen Arbeitszeit von 169 Stunden. Angesichts der zunehmenden Angriffe der politischen Rechten und der Unternehmer auf den Mindestlohn kommt es für die CGT darauf an, nun zügig eine neue und verbindliche Regelung abzuschließen.

Unter den geschilderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen fanden im letzten Monat die Wahlen für die gewerkschaftlichen Beisitzer bei den Arbeitsgerichten statt. Diese Wahlen haben für die Gewerkschaften Frankreichs große Bedeutung, da sie das Kräfteverhältnis der Gewerkschaften untereinander widerspiegeln. Diese kandidieren bei den Wahlen gegeneinander.

IGM und DGB in der DDR

Anfang Dezember war eine Delegation der IG Metall mit Eugen Loderer an der Spitze in der DDR Gast der gleichnamigen Gewerkschaft. Während ihres Aufenthalts wurden die IG-Metall-Funktionäre auch vom FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch empfangen. In dieser Unterredung sprachen sich beide Seiten für größere Anstrengungen und verstärktes Engagement auf nationaler und internationaler Ebene zur Einstellung des Wettrüstens sowie zur Abrüstung aus. Dazu sollen auch die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften beider deutscher Staaten einen wichtigen Beitrag leisten.

Während seines Aufenthalts besichtigte der IG-Metall-Vorsitzende u. a. den VEB IFA-Kombinat Nutzkraftwagen in Ludwigsfelde bei Potsdam. Wie Loderer nach seiner Rückkehr der „Frankfurter Rundschau“ berichtete, sei er aufgefordert worden, zu 60 Personen zu sprechen, „darunter auch Arbeiter, die ich gerade erst beim Rundgang im Blaumann an ihren Maschinen gesehen hatte“.

Wegen seiner Behauptung, die DDR-Gewerkschaften seien „keine richtigen Gewerkschaften“, sei er in der anschließenden Diskussion in die Zange genommen worden. „Es sei doch klar“,

Ergebnisse (in Klammern Erg. v. 1979):

CGT	37 Prozent (42)
CFDT	23 Prozent (23)
FO	18 Prozent (17)
CFTC	8 Prozent (7)
CGC	10 Prozent (5)
Sonstige	4 Prozent (5)

Das Ergebnis zeigt einen gewissen Zuwachs für kleinere, auf Sozialpartner-schaft orientierende gewerkschaftliche Gruppen. Nach Auffassung der CGT spiegelt sich darin die Unzufriedenheit großer Teile der Arbeiterbewegung mit der nach wie vor schlechten Lebenssituation wider, das Empfinden, Protest gegen ein an ihnen verübtes Unrecht auszudrücken. Nicht zuletzt hat sicherlich die passive Propaganda der bürgerlichen Parteien zugunsten dieser Gruppen eine Rolle gespielt.

Trotz der selbstkritischen Einschätzung der CGT hat der größte Teil der Arbeiter und Angestellten wieder diese Gewerkschaft gewählt. Und das, obwohl die große Zahl der über 2 Millionen Arbeitslosen, und unter ihnen überwiegend Anhänger der CGT, von diesen Wahlen als Nicht-Beschäftigte ausgeschlossen waren. Die CGT sieht im Wahlergebnis eine Aufforderung, die konsequente Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Angestellten zu verstärken und dies auch öffentlich deutlich zu machen. a.p.

so habe er laut „FR“ seine Gesprächspartner belehrt, „daß Unterschiede in den Arbeitnehmerorganisationen bestehen. Im Westen seien die ‚Kapitalisten die Eigentümer der Produktionsmittel‘, in der DDR aber gehörten die Produktionsmittel ‚nach dem eigenen Selbstverständnis den Arbeitern‘. Da seien die dortigen Aufgabenstellungen mit denen der Westgewerkschaften gar nicht vergleichbar.“

Wie Eugen Loderer gegenüber der „FR“ weiter erklärte, habe die IG Metall im FDGB der DDR einen Referentenaustausch vorgeschlagen. Ob diesem Vorschlag zugestimmt wird, soll der IG-Metall-Vorstand entscheiden.

Mit dem Einverständnis des DGB-Bundesvorstands in der Tasche unternahmen zum gleichen Zeitpunkt 40 Betriebs- und Personalräte sowie ehren- und hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre des DGB-Kreises Frankfurt eine Gedenkfahrt in das ehemalige Konzentrationslager Buchenwald. Im Gedenken an die Opfer legte DGB-Kreisvorsitzender Manfred Kiesewetter am Mahnmahl einen Kranz nieder. Darüber hinaus wurde die dreitägige Reise dazu genutzt, sich über die politischen und sozialen Verhältnisse im anderen deutschen Staat zu informieren. G. M.

Unterschied: Israel offiziell oder mit eigenen Augen gesehen

Israel sei ein Land, wo viele früheren Gegensätze der Gesellschaft abgeschafft und allhergebrachte Vorstellungen widerlegt würden. Und alte gute Wertvorstellungen des Lebens würden wieder zum Leben gebracht. So der offizielle Sprachgebrauch gegenüber allen Besuchern dieses Landes, unabhängig, aus welcher Schicht sie auch stammen. Mag sein, daß altgediente europäische Gewerkschafter und Funktionäre der Arbeiterbewegung, aus welchen Gründen auch immer, einmal daran geglaubt haben, soziale Gegensätze in ihrem neuen Lebensbereich beseitigen zu können, selbst wenn sie nicht dem Irrglauben des Zionismus aufgesessen waren.

Mit der Einwanderung von Europäern kamen auch die gesamten Klassenaus-einandersetzungen der kapitalistischen Industriestaaten in diesen Teil der Welt. Unsere Gesprächspartner der Histadruth (israelischer Gewerkschaftsbund) konnten noch soviel von ihren Aufbauleistungen des Staates Israel reden, am Ende ist das Ergebnis ihrer Anstrengungen ein Klassenstaat wie alle kapitalistischen Länder dieser Welt. Auch wenn heute die Gewerkschaft in Israel gezwungen ist, die arabischen Arbeiter mit zu vertreten, so spürt man doch ständig, daß sie die Vergangenheit noch nicht überwinden können. Zu stark waren und sind sie noch in der zionistischen Eroberungspolitik verstrickt.

Die jüdische Arbeiterbewegung war eine Hauptkraft beim Aufbau von Industrie und einer rationellen Landwirtschaft, und so kam es, daß die Gewerkschaft Besitzer von großen Industrie-, Bau- und Handelsunternehmen wurde. Aber anstatt ihre starke ökonomische Kraft zu nutzen, um einen sozialistischen Weg einzuschlagen, ging sie den reformistischen Kurs des Burgfriedens mit dem privaten Kapital. Immer mit der Begründung, es sei oberste nationale Pflicht, den Aufbau des Landes und den Erhalt des Staates zu unterstützen. Bei allen Unterhaltungen über soziale Fragen, Streiks, Inflation oder politische Probleme wie das Verhalten gegenüber der eigenen arabischen Bevölkerung und den Nachbarn kam zum Ausdruck, daß die Führung der Gewerkschaft diesen Weg weitergeht.

Die israelischen Arbeiter stehen auf sozialem Gebiet vor vergleichbaren Problemen wie wir. Wurden vor Jahren wichtige soziale Errungenschaften erkämpft, später von der Sozialgesetzgebung übernommen, so sollen sie heute abgebaut werden. Wer nun glaubt, daß die Beschäftigten in den Histadruth-Betrieben, immerhin 26 Prozent der Bevölkerung, von den Auswirkungen des Sozialabbaus verschont würden, sieht sich getäuscht. Sie arbeiten unter den

gleichen Bedingungen wie die der privaten kapitalistischen Wirtschaft. Da der kapitalistische Teil der Wirtschaft, noch stark beeinflusst von den kapitalistischen Industrieländern, bestimmt, was zu geschehen hat, müssen die Gewerkschaftsunternehmen entsprechend reagieren und teilweise kooperieren. Damit sind sie abhängig vom kapitalistischen System. Der erfolglose Kampf der ELAL-Beschäftigten um ihre Arbeitsbedingungen ist ein Zeichen dafür.

Beim Besuch der Bank Ha'poalim (Arbeiterbank) konnten wir erfahren, wie die Automatisierung auch dort verstärkt Einzug hält. Aber wie die wegrationalisierten Arbeitsplätze durch andere ersetzt werden, darauf gab es keine Antwort. Wenn wir die hohe Inflationsrate und die absolut hohen Preise, gemessen am Einkommen, täglich erleben, fragten wir uns, wie ein normaler Durchschnittsverdiener damit fertig wird. Oftmals erfuhren wir, daß viele Menschen zwei Arbeitsplätze haben, um einigermaßen leben zu können.

In Finnland Kampagne gegen Automatisierung

Nachdem im finnischen Gaststätten-gewerbe in den letzten zehn Jahren die Beschäftigtenzahl um 45 Prozent zurückgegangen ist, haben einige Gewerkschaften des Landes zu einer Kampagne gegen Automatisierung und weiteren Abbau der persönlichen Dienstleistungen aufgerufen. Dies berichteten die „IUL-Nachrichten“ der Internationalen Union der Lebens- und Genußmittelarbeiter-Gewerkschaften in der letzten Ausgabe des abgelaufenen Jahres. Beteiligt sind an dieser Aktion die Gewerkschaften der Hotel- und Restaurantarbeiter sowie der Einzelhandelsangestellten. Immer mehr werde das Wiegen und Verpacken von Waren den Kunden angelastet, kritisieren die Gewerkschaften.

Trotz ständigem Zitieren von der Gleichheit und Einheit des jüdischen Volkes ist bei der Rundreise nicht zu übersehen, daß dies nicht stimmt, und sei es nur an den herrlichen Villenvierteln am Rande der Städte.

Überlagert werden diese Klassengegensätze von dem ständigen Kriegszustand, in dem dieses Land gehalten wird. Es ist schon erschreckend, mit welcher Leichtigkeit Erklärungen gefunden werden, um Fragen von Besuchern zu begegnen. Dabei besteht kein Unterschied zwischen Vertretern des Militärs oder führenden Funktionären der Gewerkschaft. Ohne auch nur mit dem Auge zu zucken, wird zugegeben, daß man internationales Recht bricht, wenn es dem Staat Israel nützt. Die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit werden geleugnet, indem man nur die nationale Einheit aller Juden beschwört, die sich gegen die gemeinsame Front der Araber wehren müssen. Selbst bei Gewerkschaftsfunktionären hört man nichts davon, daß sich die arbeitende Bevölkerung der jüdischen und arabischen Welt gegen das Kapital vereinen könnte, zum Nutzen aller friedliebenden Menschen.

Bei Besuchern ohne Wissen über Klassengegensätze haben die Argumente des offiziellen Israels einen gewissen Erfolg. Eigentlich nicht anders als bei uns, früher und heute, wenn das Kapital will, daß die Masse des Volkes seinen Kopf hinhalten soll, um die Gewinne zu sichern. Am deutlichsten wurde mir dies beim Aufenthalt in einem von der Arbeiterbewegung beeinflussten Grenzkibbuz. Zum Schutz der Banken im inneren Land dürfen die kleinen Leute bewaffnet an der Grenze siedeln.

Aber auch dort brechen soziale Konflikte auf. Mit dem Einsatz von Landarbeitern durch den Kibbuz, der vom Grundsatz her eigentlich mehr als eine Produktionsgemeinschaft sein sollte, werden starke Elemente des kapitalistischen Systems auch auf diesen Lebensbereich übertragen. Waren sie früher nur in der Landwirtschaft tätig, so haben sie heute auch eine hohe industrielle Kapazität.

Zwischen den israelischen und unseren Gewerkschaften wird der Besucheraustausch sehr gefördert und oft so dargestellt, als ob wir von dort lernen könnten, ein Land mit schwindenden Klassengegensätzen zu gestalten. Wenn man in diesem Glauben dorthin fährt, geschieht das Gegenteil. Wie auch immer die Klassenharmonie gelehrt werden soll, ob auf zionistischer, religiöser oder nationaler Ebene, sie wird an den Realitäten scheitern. Das zeigen auch in Israel die täglichen Kämpfe gegen den Abbau von Arbeitsplätzen und sozialen Leistungen und auch die größer werdende Bewegung um Frieden mit den arabischen Nachbarn.

Rolf Knecht

Jahrbuch 5 des IMSF und andere Bucheingänge

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.): Jahrbuch 5, Frankfurt 1982, 361 Seiten, Preis 30,— DM.

Wer sich informieren will über den Zusammenhang zwischen neuen sozialen Bewegungen und Arbeiterbewegung, über Frauenbewegung, Friedensforschung, Rüstung, Rüstungsökonomie oder Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Krise, kommt um das Jahrbuch des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) nicht herum. Namhafte Wissenschaftler sind den Problemen, wie sie sich heute stellen, nachgegangen. Und wie ein roter Faden zieht sich neben der Analyse der unterschiedlichen neuen sozialen Bewegungen die Frage nach ihren sozialpsychologischen Verbindungen zur Arbeiterklasse und ihren Einflüssen auf die Arbeiterbewegung durch mehrere der über 20 Beiträge.

Besonders interessant für Gewerkschafter – wobei der Wert der anderen Beiträge nicht herabgemindert werden soll – ist das Kapitel „Arbeiterklasse, soziale Bedürfnisse und gewerkschaftliche Politik“. Der Autor Witich Roßmann beschäftigt sich u. a. mit dem Potential, auf das sich „strategische Konzeptionen einer autonomen Klassenpolitik im nächsten Kampfzyklus der 80er Jahre stützen“ können, und wirft die Frage auf, welche Bedürfnistendenzen und -strukturen, die in „Ansätzen in den sozialen Kämpfen der 70er Jahre artikuliert werden... integraler Bestandteil einer autonomen Klassenpolitik werden“ müßten.

Hervorzuheben ist in dem Beitrag von Roßmann die Chronologie. Sie gibt Auskunft über soziale Kämpfe, über Kampfebene und Kampfformen sowie die Mitgliederentwicklung der DGB-Gewerkschaften. Alles in allem ist das

Gaspar traf sich mit Kirkland

Ende des vergangenen Jahres hatte der „Rat der Nordischen Gewerkschaften“ zu einer Tagung in Oslo internationale Gäste eingeladen. Am Rande dieser Tagung kam es erstmalig zu einem Treffen des Präsidenten des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) und Generalsekretärs der ungarischen Gewerkschaften, Sandor Gaspar, mit dem Präsidenten des US-amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL/CIO, Lane Kirkland. Die Initiative zu dieser Begegnung war von der Landesorganisation Norwegens ausgegangen.

5. IMSF-Jahrbuch – wie übrigens auch seine vier Vorgänger – ein Handwerkszeug für jeden Wissenschaftler und Gewerkschaftsfunktionär.

Peter Bartelsheimer: „35 Stunden sind genug – Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung“, Isp-Verlag, Frankfurt/M. 1982, 86 Seiten, Preis 8,— DM.

Über zwei Millionen Arbeitslose und Hunderttausende Menschen, die arbeiten wollen und nicht dürfen, sind ein trauriger Nachkriegsrekord. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist zur entscheidenden gewerkschaftlichen Frage geworden. Ein Mittel, um zumindest der weiteren Vernichtung von Arbeitsplätzen begegnen zu können, ist die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Diese Schrift, der ein Vorwort von Jakob Moneta vorangestellt ist, liefert weitere Argumente für die Diskussion, zeigt Widerstände in den eigenen gewerkschaftlichen Reihen auf und ist eine Hilfe für die Gewerkschaften.

IG-Metall-Vorstand: „Erfolgreicher Kampf gegen die Vernichtung von Ausbildungsplätzen – dargestellt am Beispiel Peine + Salzgitter AG, Dokumentation, Frankfurt 1982, 152 Seiten.

Rund ein halbes Jahr – von September 1981 bis April 1982 – dauerte der gewerkschaftliche Kampf gegen die Absicht des Stahlkonzerns Peine + Salzgitter, die Zahl der Ausbildungsplätze um 110 zu reduzieren. Faktisch minutiös werden die Aktivitäten von Jugendvertretung, Betriebsrat und Gewerkschaft dargestellt sowie entsprechende Pressemeldungen fotokopiert und durch Fotos aufgelockert. Absicht dieser Dokumentation ist es, Signale für den erfolgreichen Kampf um Ausbildungsplätze zu setzen. Und für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist sie ein Mittel, um exemplarisch aufzuzeigen, wie wichtig und notwendig Aktionen gerade in der Krise sind.

Fischer Taschenbuch Verlag und Werkzeugs Literatür der Arbeitswelt: „Kein Dach überm Leben“, Frankfurt/Köln 1982, 147 Seiten, Preis 7,80 DM.

300 000 Kinder und Jugendliche sind obdachlos und rund 20 Prozent aller Großstadtwohnungen sanitär unzureichend ausgestattet. Zwischen vier und acht Millionen Menschen gehen pro Jahr wegen psychischer und psychosomatischer Krankheiten zum Arzt. 100 000 Menschen in unserem Land unternehmen jährlich Selbstmordversuche. Und kaum noch zu zählen sind diejenigen, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen, über all diese Probleme erzählt das Buch.

G. M.

VERLAGSINTERNES

Auch in dieser Ausgabe nehmen Artikel gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau einen großen Raum ein. Und wie es aussieht, wird diese Problematik auch künftig einen Schwerpunkt unserer Redaktionsarbeit bilden, denn konsequent setzen die Kohl, Strauß und Genscher die Politik des sozialen Kahlschlags fort, die von der SPD/FDP-Koalition begonnen wurde. Wie der noch kurz vor Weihnachten in hektischer Eile beschlossene Haushalt '83 zeigt, werden vor allem die Ärmsten der Armen gerupft. Wenn wir auch noch nicht von amerikanischen Verhältnissen bei uns sprechen können mit Suppenküchen, Wärmehallen, Angst vor dem Verhungern und Erfrieren, so bewegen wir uns langsam darauf zu.

Eng im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den sozialen Kahlschlag steht natürlich die Vorbereitung und Durchführung der Tarifkämpfe. Hauptziel ist es, das Erreichte zu sichern. Aber auch dieses Ziel kann nur durch entschlossenen Kampf der Gewerkschaften erreicht werden. Daß wir dabei solidarisch an der Seite der Gewerkschaften stehen werden, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Schließlich wird es weiter unsere Aufgabe sein mitzuhelfen, daß am 6. März nur solche Abgeordneten gewählt werden, die sich gewerkschaftlichen Beschlüssen verpflichten, damit die Stationierung von Cruise-Missiles verhindert wird. Was diese Aufgabe betrifft, so befinden wir uns in guter Gesellschaft. Kaum zu zählen sind entsprechende Beschlüsse aus dem gewerkschaftlichen Raum, sie müssen jedoch – sollen sie Wirkung zeigen – realisiert werden. Höhepunkt im Kampf gegen die Raketenstationierung werden zweifellos die Ostermärsche sein, aber auch der 8. März und der 1. Mai sind Gelegenheiten, auf die große Gefahr, die uns durch NATO-Raketen droht, aufmerksam zu machen.

Wie es am Jahresende üblich ist, so haben wir auch Ende 1982 Bilanz unserer Abonnemententwicklung gezogen. Erfreulicherweise ist sie – trotz Krise und damit verbundener Geldknappheit – positiv. Dieser Erfolg wurde nicht zuletzt durch die Hilfe unserer Leser erreicht, die NACHRICHTEN weiterempfohlen haben. Dafür an dieser Stelle herzlichen Dank.

Leider verzögert sich das Erscheinen der nr 23 „Konzerne beherrschen den Handel“ und der nr 24 „Heinz Seeger – Leben, Reden, Aufsätze“, die in unserem Verlagsprogramm bereits für Ende 1982 angekündigt waren. Wir hoffen, daß wir in den nächsten Wochen doch die Manuskripte in Druck geben können.

jaco

Terminkalender

- **29. Januar**
Kundgebungen in Hamburg, Köln, Frankfurt und München zum 50. Jahrestag des Beginns der faschistischen Diktatur
- **1. bis 3. März**
7. Bundesfrauenkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Stuttgart-Fellbach (Schwabenlandhalle)
- **5. bis 6. März**
Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier in Springen/Taunus
- **10. bis 11. März**
11. Angestelltenkonferenz der IG Metall in Duisburg
- **12. bis 15. März**
Internationale wissenschaftliche Konferenz des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen zum 100. Todestag von Karl Marx in Trier
- **19. bis 20. März**
8. Bundesfrauenkonferenz der IG Druck und Papier in Springen/Taunus
- **5. Mai**
Außerordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst in München
- **6. Mai**
3. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst in München
- **12. bis 14. Mai**
14. Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Osnabrück
- **12. bis 14. Mai**
13. ordentliche Jugendkonferenz der IG Metall in Böblingen
- **23. bis 30. Juni**
13. Kongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in Oslo
- **25. bis 30. September**
13. Bundeskongreß der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) in Hamburg (CCH)
- **9. bis 15. Oktober**
14. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in München (Bayernhalle)
- **16. bis 22. Oktober**
13. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Nürnberg
- **23. bis 29. Oktober**
14. ordentlicher Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Hannover
- **30. Oktober bis 4. November**
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Mannheim

D3476E

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt.
NACHRICHTEN-
Verlags-GmbH,
Glauburgstr. 66,
Postf. 18 03 72,
6000 Frankfurt/M.

0603650 NL 83.001 0039 13
FREIE UNIVERSITÄT B.
VORN. OTTO-SUHR-INSTITUT
IHNESTR. 21
1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

Merkwürdigkeiten

Im „Stern“ vom 9. Dezember 1982 berichteten Dieter Straubert und Heiko Tornow: „Das Treffen war streng geheim. Die acht Herren kamen einzeln und in der Dunkelheit. Im Roten Salon des historischen Restaurants ‚Schloß Hugenpoet‘ in Essen-Kettwig ließen sie sich vom Hausherrn ein umfängliches Menü à la carte vorschlagen: . . . Die Teilnehmer der trauten Runde . . . waren die vier nordrhein-westfälischen Bezirksleiter der Industriegewerkschaft Metall und der geschäftsführende Vorstand des Arbeitgeberverbandes Eisen- und Stahlindustrie mit dem Vorstandsmitglied von Mannesmann, Dr. Franz Josef Weisweiler, an der Spitze. Man habe sich über Privatreisen nach Amerika, über Blumen in Vorgärten und über Familienerlebnisse unterhalten, verriet Dr. Lamppenau, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, nach dem Plausch. Karlheinz Bräuer, Chef der IG Metall in Köln, berichtete lediglich, worüber man in einer ‚sehr angenehmen Atmosphäre‘ nicht gesprochen habe: ‚Nicht über irgend etwas von Bedeutung‘. Vor allem, so Bräuer, sei kein Wort über die künftige Tarifrunde gefallen: ‚Nein, nein, um Gottes willen.‘“

Aufgewühltes

Der DGB-Bundesjugendausschuß hat es mehrheitlich abgelehnt, sich zum x-tenmal mit Solidarnosc zu befassen und erneut eine Resolution zu verabschieden. Der „Grundstein“ Nr. 12/82, die Zeitung der IG Bau – Steine – Erden, ist mit der Ablehnung nicht einverstanden. Sie bemerkt bissig: „Soll damit ein neuer Stil in die Arbeit der Gewerkschaftsjugend eingebracht werden?“

Hier werden die Dinge auf den Kopf gestellt. Offensichtlich gibt es in den Gewerkschaften nach wie vor Kräfte, die einer militant antikommunistischen Haltung anhängen und jedes Abgehen von ihr als frevelhaft empfinden. Sie wollen einfach nicht zur Kenntnis nehmen, daß in Polen in der Gewerkschaftsarbeit ein neuer Anfang gemacht wird und alle ehemaligen Mitglieder der aufgelösten Branchengewerkschaften und Solidarnosc aufgerufen sind mitzuhelfen, neue unabhängige und selbstverwaltete Gewerkschaften aufzubauen, von unten nach oben. Jeder, dem das Wohl der polnischen Arbeiter am Herzen liegt, sollte sich darüber freuen. Sperrfeuer gegen den Konsolidierungsprozeß, von wem auch immer, schadet nur.

Sch.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare

ISSN 0047-8598

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main; Tel. (06 11) 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00
Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der Nachrichten-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 40,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Heinz Schäfer, Sternstraße 52, 6103 Griesheim.

Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 31. Dez. 1982

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.



NACHRICHTEN-Verlags-
Gesellschaft mbH
Frankfurt am Main